



Bundesverband e. V.

## Schriftenreihe Theorie und Praxis 2012

### 3. Sozialkonferenz der AWO 2012

*Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer  
Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für  
Kinder, Jugendliche und Familien*

## Impressum

Herausgeber: AWO Bundesverband e. V.  
Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender  
Redaktion: Abteilung Kinder, Jugend, Frauen, Familie  
Satz: Linda Kutzki, Berlin  
Fotos: AWO Bundesverband e. V.

© AWO Bundesverband e. V. (AWO)  
Heinrich-Albertz-Haus  
Blücherstr. 62/63  
10961 Berlin  
Telefon: 030 2 63 09-0  
Fax: 030 2 63 09-325 99  
E-Mail: [info@awo.org](mailto:info@awo.org)  
[www.awo.org](http://www.awo.org)

November 2012

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages oder Herausgebers.  
Alle Rechte vorbehalten.



Schriftenreihe Theorie und Praxis 2012

### **3. Sozialkonferenz der AWO zur Zukunft der Sozialpolitik / Kinder- und Jugendhilfe**

Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung –  
(An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien

21.06.2012 in Weimar



## Inhaltsverzeichnis

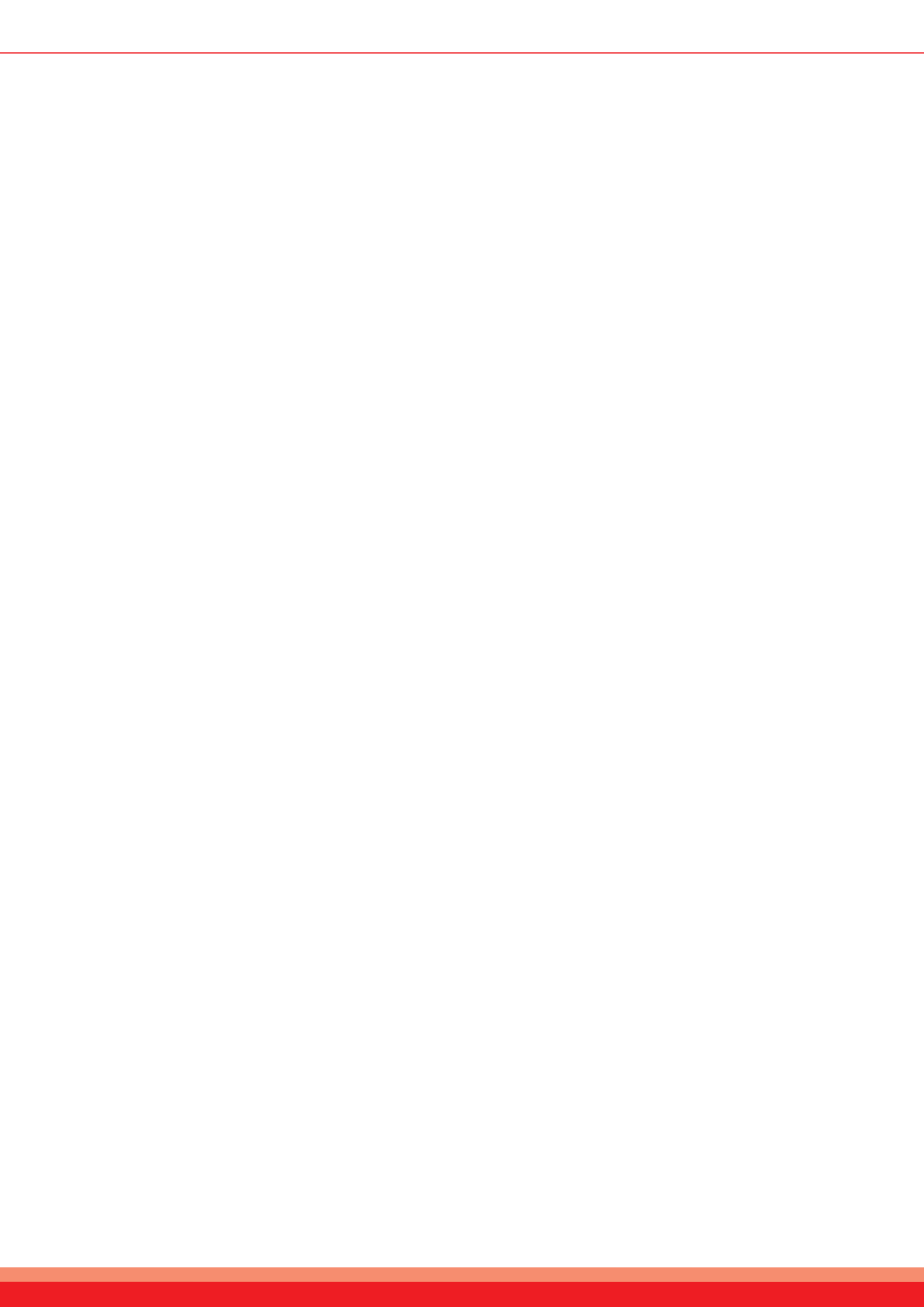
<b>Tagungsprogramm</b>	7
<b>Begrüßung</b>	9
<i>Wilhelm Schmidt</i> <i>Präsidiumsvorsitzender des AWO Bundesverbandes e. V.</i>	
<i>Werner Griese</i> <i>Vorsitzender des AWO Landesverbandes Thüringen e. V.</i>	12
<b>Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien</b>	14
<i>Heike Taubert</i> <i>Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Thüringen</i>	
<b>Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – Die Weimarer Erklärung der AWO zur Kinder- und Jugendhilfe</b>	21
<i>Wolfgang Stadler</i> <i>Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes e. V.</i>	
<b>Aufwachsen im Wohlergehen</b>	27
<b>Was wir brauchen – was wir wollen! Was sagen die Kinder und Jugendlichen (Film)</b>	
<i>Alexander Brettin</i> <i>Jugendwerk Thüringen</i>	
<b>Kinder- und Jugendhilfe im Sog des Kita-Ausbaus und im Strudel von Strukturen, Personal und Qualität</b>	28
<i>Prof. Dr. Stefan Sell</i> <i>Rhein-Ahr Campus, Remagen</i>	
<b>15 Jahre AWO-ISS-Armutsstudie – Zentrale Erkenntnisse und Konsequenzen für ein Aufwachsen im Wohlergehen. Gelingendes Aufwachsen benötigt starke Familien (Vortragsdialog)</b>	41
<i>Gerda Holz</i> <i>Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt am Main</i> <i>Dr. Katrin Jurczyk</i> <i>Deutsches Jugendinstitut, München</i>	
<b>Gemeinsame Verantwortung für ein chancengerechtes Aufwachsen meint mehr als pädagogische Angebote. Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe</b>	49
<i>Prof. Dr. Gaby Flösser</i> <i>Universität Dortmund</i>	

<b>Arbeitsgruppen</b>	55
AG 1: Zukunft der Jugend(verbands)arbeit <i>Katrin Riedel, Jakob Immer</i>	55
AG 2: Inklusion – Barrieren auflösen, Vielfalt ermöglichen <i>Michael Komorek, Katharina Vogt</i>	57
AG 3: „We are familiy“ <i>Natali Reindl, Claudia Lisewski, Melike Çinar</i>	59
AG 4: „Lasset die Kindlein zu uns kommen ...“ – Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung zwischen Ausbaudynamik und Qualitätsgebot <i>Karin Kaltenbach, Matthias Ritter-Engel, Kathrin Najasek</i>	61
AG 5: Chancengerechte Bildung in der Schule – (An)Forderungen an eine zukunftsorientierte Jugendhilfepolitik <i>Angelika Herzog, Dieter Eckert</i>	65
AG 6: Familien unterstützen – Eltern stärken <i>Otto Meyer, Verena Wittke</i>	67
AG 7: Integration in Ausbildung und Beschäftigung <i>Antje Helbig, Klaus Wagner</i>	68
Plenum: Das Wichtigste aus den Arbeitsgruppen <i>Wolfgang Stadler</i> <i>Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes e. V.</i>	70
<b>Weimarer Erklärung</b> „Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien“ Beschluss des AWO Präsidiums vom 24.08.2012	75

## Tagungsprogramm

### Donnerstag, 21.06.2012

09:00 – 10:00 Uhr	Anmeldung und Begrüßungskaffee/-imbiss
10:00 – 10:20 Uhr	Begrüßung <i>Wilhelm Schmidt, Präsidiumsvorsitzender AWO Bundesverband e. V.</i> <i>Werner Griese, Vorsitzender des AWO Landesverbandes Thüringen e. V.</i>
10:20 – 10:40 Uhr	Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien <i>Heike Taubert, MdL, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Thüringen</i>
10:40 – 11:00 Uhr	Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – Die Weimarer Erklärung der AWO zur Kinder- und Jugendhilfe <i>Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender AWO Bundesverband e. V.</i>
11:00 – 11:15 Uhr	Aufwachsen im Wohlergehen Was wir brauchen – was wir wollen! Was sagen die Kinder und Jugendlichen (Film) <i>Alexander Brettin, Jugendwerk Thüringen</i>
11:15 – 12:00 Uhr	Kinder- und Jugendhilfe im Sog des Kita-Ausbaus und im Strudel von Strukturen, Personal und Qualität <i>Prof. Dr. Stefan Sell, Rhein-Ahr Campus, Remagen</i>
12:00 – 12:45 Uhr	Mittagspause
12:45 – 13:30 Uhr	15 Jahre AWO-Armutsstudie – Zentrale Erkenntnisse und Konsequenzen für ein Aufwachsen im Wohlergehen Gelingendes Aufwachsen benötigt starke Familien (Vortragsdialog) <i>Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt a. M.</i> <i>Dr. Karin Jurczyk, Deutsches Jugendinstitut, München</i>
13:30 – 14:15 Uhr	Gemeinsame Verantwortung für ein chancengerechtes Aufwachsen meint mehr als pädagogische Angebote. Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe <i>Prof. Dr. Gaby Flösser, Universität Dortmund</i>
14:15 – 14:45 Uhr	Kaffeepause
14:45 – 16:00 Uhr	Arbeitsgruppen zur Weimarer Erklärung Moderation durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AWO Bundesverbandes
16:00 – 16:30 Uhr	Plenum: Das Wichtigste aus den Arbeitsgruppen <i>Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender AWO Bundesverband e. V.</i>
16:30 Uhr	Ende der Veranstaltung
Moderation:	<i>Klaus Theißen</i> <i>AWO Bundesverband e. V.</i>





## Begrüßung

*Wilhelm Schmidt,  
Präsidiumsvorsitzender des AWO Bundesverbandes e. V.*



Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur **dritten Sozialkonferenz der Arbeiterwohlfahrt** hier in Weimar. Ich freue mich sehr über Ihr und Euer zahlreiches Kommen, das unsere Erwartungen deutlich übertrifft. Es zeigt uns, dass wir mit dem Thema dieser Sozialkonferenz genau richtig liegen – und die Bestätigung erhalten wir dafür ja tagtäglich durch die aktuellen politischen Entwicklungen.

Mit großer Freude stelle ich immer wieder fest, dass sich viele unserer Ehrenamtlichen im Verband in diese Themen und die damit verbundenen Aufgabeneinbringen. Auf den Sozialkonferenzen – so ist mittlerweile unsere Erfahrung – und das ist auch unser Ziel – kommen ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO zusammen. Der lebendige Austausch über fachliche Themen bringt uns hier alle weiter. Er befördert das gegenseitige Verständnis und verhilft uns dazu, die AWO als Verband in den wichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen zu justieren und uns zu positionieren. Ich bin stolz darüber, dass wir in der AWO damit wieder eine besondere Kultur der Meinungsbildung und des Informationsaustausches gefunden haben.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte Sie ganz besonders herzlich begrüßen und Ihnen dafür danken, dass Sie es in den Zeiten turbulenter politischer Debatten um Themen, um die es auf dieser Konferenz maßgeblich gehen wird, zeitlich eingerichtet haben, ein Statement abzugeben.

Wir sind sehr gerne nach Weimar gekommen. Einige haben gestern bereits eine interessante Führung durch diese schöne Stadt genießen können. Die Vorsitzenden der Bezirks- und Landesverbände haben sich auch bereits gestern hier getroffen,

um die Bundeskonferenz vorzubereiten, und ab heute Abend tagt hier zwei Tage das Bundespräsidium der AWO.

Weimar ist historisch gesehen für die AWO ein ganz besonderer Ort. Ich erinnere daran, dass hier in Weimar am 31. Juli 1919 die Reichsverfassung verabschiedet wurde, die erste praktizierte demokratische Verfassung Deutschlands und damit eine entscheidende Voraussetzung für die Errichtung von Wohlfahrtsverbänden.

Am 13. Dezember 1919, also ca. ein halbes Jahr später gründete Marie Juchacz die Arbeiterwohlfahrt als „Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt“ in Berlin und war bis 1933 ihre erste Vorsitzende. Aber damit nicht genug der historischen Verbindung! Marie Juchacz war Frauensekretärin beim Parteivorstand der SPD und wurde als eine von 37 Frauen 1919 in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. Sie gehörte als einzige Frau dem „Ausschuss zur Vorberatung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs“ (eben der Weimarer Verfassung) der Nationalversammlung an. Und ... am 19. Februar 1919 sprach sie ca. 500 Meter von hier entfernt, im heutigen Nationaltheater Weimar, als erste Frau im Parlament. Den Beginn ihrer Rede zitiere ich:

„Meine Herren und Damen!“ (Heiterkeit.) „Es ist das erste Mal, dass eine Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland, die alten Vorurteile überwunden hat.“

Diese bedeutsame historische Verbindung hat bereits ein Symbol gefunden im Marie-Juchacz-Saal

im hiesigen Rathaus. Vielleicht kann man in dieser schönen Stadt zusätzlich eine Straße/einen Platz nach Marie-Juchacz benennen, so wie es in vielen deutschen Groß- und Kleinstädten bereits geschehen ist.

Von der Vergangenheit in die Gegenwart zu unserer heutigen Tagung. Ganz herzlich begrüßen möchte ich natürlich unsere Gäste, die diese Konferenz mit ihren fachlichen Impulsen bereichern. Eine der schwierigen Fragen in der Vorbereitung der Konferenz war: Welche Themen für eine 6-stündige Konferenz auswählen, worauf konzentrieren? Wir haben uns dafür entschieden, den Schirm weit aufzuspannen, weniger im Detail auf Einzelfragen einzugehen, sondern grundsätzlich die „großen Linien“ in den Blick zu nehmen.

Begrüßen möchte ich Herrn Professor Stefan Sell, der die Arbeit der AWO in unterschiedlichen Themenfeldern und auf verschiedene Weise seit mehreren Jahren fundiert unterstützt und kritisch begleitet und der uns mit seinem Auftaktreferat sicherlich pointiert in die Thematik einführen wird.

Das Thema oder die Themen der Kinder- und Jugendhilfe können nicht behandelt werden, so wurde schnell deutlich, ohne sie nicht in einen größeren sozialpolitischen Zusammenhang zu stellen.

Ich möchte zwei Referentinnen ganz herzlich begrüßen, die dieses für uns leisten sollen:

Frau **Gerda Holz** vom Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Frankfurt. Liebe Frau Holz, die AWO und das ISS sind mit der von uns an das ISS in Auftrag gegebenen Studie zur Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland seit über 15 Jahre ganz besonders verbunden. Mit dem im letzten Jahr veröffentlichten 4. Teil zur „Jugendarmut“ stellt sie als einmalige Langzeitstudie einen umfassenden Fundus an Erkenntnissen zu diesem wichtigen Thema dar. Das stärkt seit vielen Jahren die AWO in zweierlei Weise:

- als sozialpolitische Akteurin, in dem wir das Thema der Armut von Kindern in Deutschland immer wieder politisch skandalisieren und in die politische Debatte einbringen und

- als Trägerin von sozialen Einrichtungen und Diensten vor Ort, in der Entwicklung von konkreten Konzepten zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, um Ihnen auch ganz persönlich für Ihren sehr engagierten Einsatz für dieses Thema zu danken.

Ihren Vortrag werden Sie in einem – so ich finde – spannenden Dialog mit Frau Karin Jurczyk vom Deutschen Jugendinstitut halten – herzlich willkommen Frau Jurczyk.

Das Deutsche Jugendinstitut ist mit seiner wissenschaftlichen Expertise aus der Theorie und Praxisentwicklung der Sozialen Arbeit in Deutschland nicht mehr wegzudenken. Wir haben Sie als Leiterin des Bereiches Familienpolitik eingeladen, um wichtige Aspekte aus dem Bereich der Familienforschung und zur Situation von Familien in Deutschland zu unserer Diskussion beizusteuern.

Besonders begrüßen und bedanken möchte ich mich bei Frau Prof. Dr. Gaby Flösser. Den Namen von Frau Flösser finden Sie nicht in der ersten Programmausschreibung, sondern den von Herrn Münchmeier. Herr Münchmeier musste kurzfristig seine Teilnahme absagen. Umso mehr freue ich mich, dass Sie so kurzfristig eingesprungen sind. Wir sind sehr gespannt auf Ihren Beitrag zum Thema *Gemeinsame Verantwortung für ein chancengerechtes Aufwachsen meint mehr als pädagogische Angebote – Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe*. Herzlich willkommen!

Auf der Bundeskonferenz 2008 ist ein Beschluss gefasst worden: „Junge Menschen aktiv in der AWO“. Dieser Beschluss hatte zum Ziel, Strategien zu entwickeln, wie die AWO für junge Menschen, insbesondere aus dem Jugendwerk attraktiv(er) werden kann. Es sollten Strategien entwickelt werden,

- wie Beteiligungs- und Kooperationsformen gestaltet sein müssen um eine stärkere Zusammenarbeit zwischen AWO und Jugendwerk zu fördern und
- wie die gegenseitigen Kompetenzen auf den verschiedenen Gliederungsebenen zusammengeführt und genutzt werden müssen, um sowohl in jugendpolitischer Hinsicht (z.B. Bekämpfung von Kinderarmut, Kinder- und

Jugendschutz, Kinderrechte) als auch auf der Ebene der konkreten fachlichen Angebote (z.B. Ferienfreizeiten, Jugendarbeit und Schule, Erziehungshilfen, Kita) stärkere Synergieeffekte zu erreichen?

Hierzu hat nicht nur eine Kommission Vorschläge erarbeitet, sondern in der Zwischenzeit hat sich auch bereits gelebte Praxis weiterentwickelt. So sind an der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz das Bundesjugendwerk und das Landesjugendwerk Thüringen der AWO beteiligt. Ein wichtiges Signal, auch in fachpolitischer Hinsicht, gilt es doch die Strukturen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit zu stärken, die als sogenannte „Sollleistungen“ häufig die ersten sind, bei denen der Rotstift angesetzt wird. Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft gemeinsam zur Wehr setzen.

Für die Veranstaltung hieß das:

Wie lassen wir die Kinder und Jugendlichen selber zu Wort kommen – keine einfache Frage angesichts der knappen Zeit und vor dem Hintergrund des Ziels der Veranstaltung. Wir haben uns entscheiden und darüber freue ich mich sehr, dass Kinder und Jugendliche aus Thüringen einen Film produzieren, den wir um 11:00 Uhr sehen werden. Einen Film, in dem sie zu Wort kommen. Ihre Aussagen bilden sozusagen den inhaltlichen Auftakt und wir sollten gut zuhören und zuschauen.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesverbandes, die diese Veranstaltung vorbereitet haben und aktiv an ihrer Durchführung mitwirken, sowohl in organisatorischer Hinsicht wie auch inhaltlicher. Heute Nachmittag werden Arbeitsgruppen stattfinden, die von den Referentinnen und Referenten der Abteilung „Kinder, Jugend, Frauen und Familie“ des Bundesverbandes kompetent moderiert werden und die dazu beitragen sollen, die Themen zu vertiefen und wichtige Impulse aus dem Verband mit aufzunehmen in die zukünftige Arbeit – aber auch in die Weimarer Erklärung der AWO, die wir als ein Ergebnis der Konferenz im August im Präsidium verabschieden wollen.

Mit dieser 3. Sozialkonferenz sehen wir uns auf einem wichtigen und guten Weg, meine Damen

und Herren, liebe Freundinnen und Freunde. Die erste Konferenz im Jahr 2010 in Essen hatte das gesamte Spektrum der sozialen Politik in Deutschland im Blick. Die daraus entwickelte „Essener Erklärung“ hatte eine große Resonanz weit über die Grenzen der AWO hinaus. Ein starker Sozialstaat ist ein Markenzeichen für die Demokratie, so haben wir in Essen gemeinsam festgestellt.

Auf der 2. Sozialkonferenz zur Pflege im Dezember 2011 haben wir uns mit einem Thema befasst, das mehr oder weniger auf alle von uns zukommt und – das zeigen die politischen Entscheidungen, bei der jetzigen Bundesregierung nicht gut aufgehoben ist. Die dort verabschiedete Berliner Erklärung ist heute noch aktuell.

Die heutige Konferenz ist einem Thema gewidmet, dass mehr als jedes andere mitentscheidend ist für die Zukunft unseres Landes, nämlich die Zukunft unserer Kinder und den Bedingungen ihres Aufwachsens. Nicht nur Politik sondern alle gesellschaftlichen Kräfte müssen sich mächtig anstrengen, um uns zukunftsstark zu machen, um chancengerechte Bedingungen für ein Aufwachsen im Wohlergehen zu schaffen und zu sichern.

Das ist unsere gemeinsame Aufgabe und dafür werden wir und müssen wir uns, unterstützt von den Ergebnissen dieser Konferenz, in Zukunft weiter einsetzen.



## Begrüßung

*Werner Griese,  
Vorsitzender des AWO Landesverbandes Thüringen e. V.*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe AWO-Freundinnen und AWO-Freunde, liebe Heike, liebe Ehrengäste. Im Namen des Landesverbandes Thüringen der Arbeiterwohlfahrt begrüße auch ich Euch recht herzlich hier in Weimar, in Thüringen zu unserer 3. Sozialkonferenz und – wie Wilhelm gesagt hat – ich könnte ja zur AWO fast sagen: Willkommen zu Hause. Wir haben uns sehr gefreut, dass sich der Bundesverband entschlossen hat, die 3. Sozialkonferenz in Thüringen zu veranstalten. Wir wissen um die Dichte der Termine, die in diesem Jahr auf uns alle warten. Fast jeder Landes- und Bezirksverband hat Konferenzen abzuhalten, die Bundeskonferenz ist vorzubereiten mit ihren wichtigen Entschlüssen und trotzdem haben wir die Zeit und einen Termin gefunden, diese Konferenz hier in Thüringen abzuhalten. Noch einmal herzlichen Dank, vor allem auch ein herzlicher Dank an diejenigen vom Bundes- und Landesverband, die im Vorfeld für das Gelingen dieser Konferenz gearbeitet haben. Ich freue mich, wenn ich sehe, dass der Saal fast bis auf den letzten Platz besetzt ist, über die gute Resonanz, die unsere Konferenz heute haben wird.

Wenn man über aktuelle Entwicklungen und politische Entscheidungen in der Kinder- und Jugendhilfe diskutiert, dann kommt man an Thüringen nicht vorbei, denn der Freistaat Thüringen war in den letzten Jahren quasi ein Testlabor für einige Dinge, die jetzt auch bundesweit eingeführt werden sollen. Manchmal fühle ich mich in der Diskussion um das Betreuungsgeld um sieben Jahre in die Vergangenheit zurück versetzt. Damals, im Jahr 2005, hat der damalige Ministerpräsident in Thüringen, Dieter Althaus, die sogenannte „Familienoffensive“ eingeleitet. Im Wesentlichen ist das eine Variante des heutigen Betreuungsgeldes,

das in Höhe von 150 Euro, ausgezahlt wird in der Zeit zwischen dem zweiten und dritten Lebensjahr und anrechnungsfrei auf das ALG II ist. Im Gegenzug – das Geld muss irgendwie finanziert werden – wurde massiv Geld bei Kitas und beim Personal in den Kitas eingespart. Die AWO hat sich lange und lautstark gegen diese Familienoffensive gewehrt und gestemmt und unsere Kampagne „Danke Dieter“ hat, glaube ich, bundesweit etwas Aufsehen erregt und uns heftige Kritik der damaligen CDU-Landesregierung eingebracht. Leider habe ich eines der schönen Stücke aus dieser Kampagne, den „Falschen Dieter“, nicht mehr zum Vorzeigen. Das war ein 150 Euro-Schein mit dem Konterfei des Ministerpräsidenten.

Unser Hauptargument war damals schon, dass sich vor allem Eltern aus problembelasteten und bildungsfernen Häusern für das Erziehungsgeld und gegen den Besuch in der Kita entscheiden werden. Eltern mit geringem Einkommen, Niedriglöhnen, mit Mini- und Midi-Jobs oder mit Hartz IV-Bezug, haben eben keine Wahlfreiheit. Wer so wenig Geld hat, hat nicht die Wahlfreiheit, 150 Euro im Monat mehr oder weniger, ist viel für diese Familien. So ist es letztendlich auch gekommen, zu Lasten der Kindertagesstätten. Die weiteren Argumente gegen das Erziehungs- oder Betreuungsgeld möchte ich jetzt gar nicht weiter ausführen. Dafür sitzen die Fachleute im Saal, die alle Argumente kennen. Eines können wir nur lernen: eine schlechte Idee wird nicht besser, auch wenn sie sieben Jahre alt ist.

Es gibt hinsichtlich der Kinder- und Jugendhilfe über Thüringen natürlich nicht nur negatives zu berichten. Seit 2009 haben wir eine Große Koalition und das Kindertagesstättengesetz wurde

geändert. 2000 Erzieher/-innen wurden zusätzlich eingestellt, zudem wurde der Thüringer Bildungsplan in allen Einrichtungen verwirklicht. An der Entwicklung dieses Thüringer Bildungsplans war die AWO mit beteiligt. Der Bildungsplan garantiert den Kindern eine individuelle, fachgerechte Förderung, verankert Qualität und Professionalität in den Einrichtungen und verzahnt frühkindliche Bildung und schulische Bildung miteinander. Das ist eine positive Sache, die sich sehr gut auswirkt. Thüringen hat damit, in meinen Augen, eines der fortschrittlichsten Kindertagesstättengesetze in der Bundesrepublik. Beim Ausbau der Kita-Plätze sind wir – das ist jetzt keine alleinige Thüringische Spezialität, sondern eine ostdeutsche Stärke – sehr weit. Wir haben heute schon eine Betreuungsquote von 65 Prozent bei den Unter-2-Jährigen, aber es gibt trotzdem noch sehr viel zu tun, denn besonders in den großen Städten Erfurt, Weimar und Jena fehlen Plätze, hauptsächlich im Krippenbereich.

Gute oder schlechte Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung entscheiden sich an der Frage, ob die Politik und die Gesellschaft sie als Zukunftsinvestition begreifen oder einfach nur als Kostenfaktor und Belastung. Diese unterschiedliche Herangehensweise ergibt unterschiedlichste politische Konsequenzen.

Ich freue mich, dass auch zunehmend die Wirtschaft in Thüringen erkennt, wie wichtig frühkindliche Bildung ist, das zeigt sich auch daran, dass wir als AWO eine ganze Reihe von Betriebskindergärten betreiben und ich nenne da nur – allein für Erfurt – Betriebe wie EON, Ikea, die Landes- und Entwicklungsgesellschaft, den Mitteldeutschen Rundfunk, die Sparkasse Mittelthüringen, die Siemens AG und auch die Zeitungsgruppe Thüringen. Investitionen im Kinder- und Jugendbereich sind Investitionen in unser aller Zukunft, das ist das Wichtige, das auch diese Sozialkonferenz und die Forderungen der Weimarer Erklärung, die wir heute verabschieden, vermitteln soll und vermittelt wird.

Ich wünsche daher unserer Konferenz einen guten Verlauf und freue mich auf die interessanten Vorträge und die sicherlich spannende Diskussion.





## Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien

*Heike Taubert,  
Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit, Thüringen*

Lieber Wilhelm Schmidt, lieber Werner Griese, lieber Ulf Griesmann, liebe AWO-Freundinnen und AWO-Freunde,

für mich ist das ja heute auch ein Heimspiel. Ich sehe den Vorstand in der zweiten Reihe, wir haben eine Zeit lang, wenn auch nur eine kurze, zusammengearbeitet. Diese Zeit war gut und intensiv.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ich bin Schwachstromerin von Beruf. Das heißt, dass soziale Engagement ist in meinem Ursprungsberuf gar nicht zu erkennen. Aber wie das so ist, wenn man 1990 gerufen wird und es heißt, die AWO muss in Ostdeutschland wieder gegründet werden, folgt man natürlich aus dem sozialen und sozialdemokratischen Gewissen heraus.

Ich habe es bis heute nicht bereut, mich 1990 in Gera mit anderen getroffen zu haben – nicht nur mit SPD-Mitgliedern, es war eine ganz bunte Mischung – und zu sagen, wir wollen im Ostthüringer Raum die AWO mitgründen.

Ich hatte und habe in meinem Leben unterschiedliche Sichtweisen auf soziales Engagement: Den Blick ausgehend vom eigenen sozialen Engagement, die Bewertung aus der Sicht einer Stadtkämmerin – wenn man nur diese als Ansprechpartnerin hat –, die Sichtweise als Sozialdezernentin – wenn man auch auf die Kosten schauen muss – und mittlerweile auch die Sicht als Ministerin.

Ich kann darum heute sagen, dass das soziale Engagement, das in den Wohlfahrtsverbänden und gerade auch in der AWO stattfindet, dass das

tatsächlich das Rückgrat unserer Gesellschaft ist. Das ist nicht hoch genug zu bewerten. Deswegen schon einmal vorab mein Dank an alle, die heute hier im Raume sind.

Die allermeisten von euch sind auch ehrenamtlich tätig. Ein paar Hauptamtliche sind wohl auch dabei, aber doch eher weniger. Die Ehrenamtlichen möchte ich zu dem Schritt beglückwünschen, den sie getan haben und mich auch für ihre Arbeit bedanken.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

heute ist das Thema „Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung“. Damit bringt die AWO auch die Frage der Verantwortung für die Sorge der nächsten Generation bereits im Titel der Veranstaltung auf den Punkt. Nicht ein einzelner muss dafür einstehen, sondern Eltern, Schule, Kindergarten, Familienpolitik, Kommunen und Wohlfahrtsverbände. Wir alle müssen gemeinsam auf dieses Ziel hinarbeiten.

Dennoch hat freilich jede gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Kraft eine spezifische Aufgabe, um Bedingungen eines chancengerechten Aufwachsens zu ermöglichen. Die AWO in Thüringen ist auf diesem Gebiet – wie gesagt – von Anfang an ganz aktiv und beteiligt sich rege am Diskurs um dieses Thema.

Ich denke dabei nicht nur an die vielfältigen Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch an die Mitarbeit an den beiden „Gemeinsamen Sozialen Worten“, die wir in Thüringen haben. Zum einen war das 2008. Da war das gemeinsame soziale Wort zur „Überwindung der

Kinderarmut“ das Oberthema und im Jahr 2010 das gemeinsame soziale Wort zur „Bildung als Schlüssel zur Überwindung von Kinderarmut in Thüringen“.

Die „Gemeinsamen sozialen Worte“ sind, denke ich, bundesweit – zumindest mir – nur einmal bekannt, nämlich hier in Thüringen. Vielleicht könnt ihr mir eine Rückmeldung geben, wo es das noch gibt. Diese sozialen Worte unterbreiten Wege, die gemeinsam von der Liga der Wohlfahrtsverbände, vom Landesjugendring, von Verbänden, Kirchen getragen werden und das ist das Besondere dabei. Diese Worte haben natürlich auch ihren Niederschlag in der Thüringer Politik gefunden. Wir befinden uns da seit vielen Jahren auf einem guten Weg.

Liebe AWO-Freundinnen und AWO-Freunde,

die meisten Umfragen und Studien malen die Lage und Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen in düsteren Farben. Im jüngst vorgelegten Kinderbarometer der Landesbausparkassen für Kinder zwischen neun und 14 Jahren geben ein Drittel aller befragten Jungen und Mädchen an, dass sie Angst vor Armut und Arbeitslosigkeit haben. Das ist, wie ich finde, ein alarmierendes Zeichen.

Dennoch, der demografische Wandel beinhaltet für die zukünftigen Generationen auch Chancen. Angesichts des bevorstehenden Fachkräftemangels haben unsere Kinder und Jugendlichen gute Perspektiven auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt.

Freilich müssen wir Ihnen bei der Ausbildung auch das nötige Rüstzeug mitgeben. Politik muss hier Weichen stellen für chancengerechtes Aufwachsen. Kinder benötigen, unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen, aber auch ethnischen und weltanschaulichen Herkunft Bedingungen, die ihnen eine bestmögliche Entwicklung in unserer Gesellschaft ermöglichen. Ich sage dabei bewusst Politik im Allgemeinen, denn ein öffentlicher Diskurs über die Lebenslage junger Menschen sollte nicht nur als Bestandteil von familien- und sozialpolitischen Debatten geführt werden.

Familie bedeutet mehr als nur Eltern mit kleinen Kindern, sondern betrifft alle Facetten

der Gesellschaft. Es geht um Infrastruktur, um Städteplanung, um Verkehr, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, öffentliche Haushalte in Bund, Ländern und Kommunen. All dies hat Einfluss auf die Qualität des Lebens von Familien und die Qualität des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen.

Ich will meinen weiteren Ausführungen noch etwas voran stellen: Erstens, die demografischen, die gesellschaftlichen und strukturellen Entwicklungen machen es erforderlich, dass Kinder und Jugendliche als die nachwachsende Generation Chancen und Zukunftsperspektiven haben und sie das durch ihre Familien und von der Gesellschaft erfahren. Sie müssen erfahren können, wie die Chancen einer nachhaltigen – im Sinne von Vielfalt und Toleranz gelebten – Entwicklung von und Verantwortung gegenüber Familien ausgeweitet und verbessert werden.

Deswegen haben wir in Thüringen auch die Familienpolitik, aber auch die Bildungschancen in die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie geschrieben, also dort verankert.

Ein Zweites: Familienpolitik und Politik für Kinder und Jugendliche sollten dabei durchaus als zwei separate Bausteine der Sozialpolitik wahrgenommen und auch behandelt werden. Eine eigenständige Jugendpolitik lässt junge Menschen teilhaben und fördert ihre Potenziale. Gelingende Familienpolitik bedeutet, dass gesamtgesellschaftlich eine kinder- und jugendfreundliche und familienfördernde Kultur praktiziert wird. Die Aufgabe der Politik als Familienpolitik muss auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Eltern ausgerichtet werden. Denn Familienpolitik versteht ihre Aufgabe als Ermöglichung von Familie. Der Mehrwert von Familie muss offensichtlicher und transparenter werden.

Familie ist in der heutigen globalisierten Gesellschaft vielfältig ausgeprägt. Das wissen Sie alle: Neben den klassischen Familien von verheirateten Eltern mit Kindern, gibt es gleichberechtigt nicht-verheiratete Eltern, Stiefeltern, Pflegefamilien, allein Erziehende mit Kindern, Generationenfamilien, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, eingetragene Lebenspartnerschaften und Erwachsene, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil zusammenleben.

Gleich in welcher Konstellation, Familie gibt im Idealfall Anerkennung, Vertrauen und Zuneigung und damit Kindern unverzichtbare Voraussetzungen für ihre gesunde seelische Entfaltung. Die funktionierende Familie verschafft Kindern eine lebenslang prägende Erfahrung alltäglich geübter solidarischer Verbundenheit, die später an jüngere und ältere Generationen in der Familie und in Gesellschaft weitergegeben werden. Sie ist die Basis für Vertrauen in sich selbst und in andere.

Familie befähigt zur Bindung wie auch zum respektvollen Austragen von Konflikten. Auch das ist, wie ich finde, ganz wichtig. Denn wenn Kinder nicht in der Familie lernen, Konflikte so auszutragen, dass man hinterher wieder gemeinsam etwas tun kann, dann werden sie das auch im Erwachsenenleben mit anderen zusammen viel weniger können.

Gleichzeitig kann nicht davon ausgegangen werden, dass Familie aus sich heraus, allein aus der biologischen Verwandtschaft, all diese Aufgaben erfüllt. Familie muss also befähigt werden, Familie immer wieder neu herzustellen und zu leben. Menschen benötigen kulturelle, gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen, damit sie Solidarität und Vertrauen erzeugen können.

Familien benötigen darum vor allem Zeit, Geld und Strukturen. Familienpolitik muss sich auch um die problematischen Seiten des Familienlebens kümmern, wie Streit, aber auch Gewalt, Armut und Pflege. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Rahmenbedingungen für all das zu schaffen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ich möchte jetzt etwas auf die Aspekte Infrastruktur, Zeit und Geld, als Kernelemente einer gelingenden nachhaltigen Familienpolitik eingehen.

Erstens: Die Infrastruktur. Bei der Infrastruktur wird in der Regel als erstes auf die Kindertagesstättenbetreuung hingewiesen und auf Ganztageseinrichtungen verwiesen. Dies ist aus Gründen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und aus entwicklungspädagogischer Sicht von großer Bedeutung. Die Kindertagesbetreuung hat insbesondere bei Kindern aus benachteiligten Familien einen förderlichen Effekt auf die Entwicklung.

Ja, so steht es in meiner Rede, aber ich sage auch einmal, für die anderen ist es ebenfalls gut. Ich selbst war ab meinem dritten Lebensjahr ein begeistertes Kindergartenkind. Ich möchte die Zeit in gar keiner Weise missen. Ich denke, ich gehörte nicht zu den Benachteiligten. Also auch die, die nicht benachteiligt sind, haben dadurch einen großen Mehrwert, weil sie eben das Sozialverhalten in einer Art und Weise üben können, wie es später einmal zum Beispiel für das Ehrenamt sehr förderlich sein kann.

Von daher sind wir auch stolz, dass wir in Thüringen in dieser Hinsicht – Werner Griese hat es angesprochen – den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung haben – und zwar ab dem ersten vollendeten Lebensjahr bis zum Ende der Grundschulzeit.

Da möchte ich mich ganz herzlich bei allen AWO-Freundinnen und AWO-Freunden in Thüringen auch dafür bedanken. Denn das war tatsächlich eine gelungene Gemeinschaftsarbeit. Wir haben die FDP-Farbe Gelb dafür genutzt, um ein Bündnis, das überparteilich ist, was von Werner Griese angesprochen worden ist, zu gründen.

Wenn das so nicht gewesen wäre und wenn am Ende nicht auch im Landtag durchaus die Vernunft gesiegt hätte, hätten wir das Kindertagesstättengesetz nicht in der Form, wie wir es heute haben.

Wir wissen, auch das hat wiederum Grenzen. Kaum war das Kindertagesstättenengesetz beschlossen, haben Eltern gesagt: Das ist aber noch nicht drin. Erzieher haben gesagt: Da ist noch ein Mangel. Die Kommune hat gleich gesagt: Das können wir gar nicht finanzieren, ihr seid an allem schuld, vor allem bei den Gebühren.

Trotzdem, denke ich, ist das Kindertagesstättengesetz wirklich ein ganz guter Ansatz, der uns helfen kann. Aber ich will auch sagen – das sage ich kritisch und sage ich nicht auch nur in eine Richtung, sondern allgemein an uns alle: Wir haben nach der politischen Wende mit dem bestehenden Gut weitergearbeitet und es weiterentwickelt.

Trotzdem muss ich immer wieder nachfragen: Warum haben wir noch so viele Kinder, die aus dem Kindergarten herauskommen und bei ihrer Einschulung immer noch solche Defizite haben? Ich



denke, es ist eben nicht nur der Kindergarten, der das beheben kann, der Defizite auffangen kann. Aber das muss unser Anspruch sein.

Bei allen guten Dingen, die auch Werner Griesse angesprochen hat, wie den Bildungsplan, der wirklich sehr gut ist und mit dem die Erzieher in sehr vorbildlicher Weise arbeiten – auch da ein Dank an all die, gerade die Hauptamtlichen, die da geholfen haben, den einzuführen –, aber da ist noch eine Herausforderung für uns.

Wir wollen kein Kind zurücklassen und trotzdem gelingt es uns an vielen Stellen nur zum Teil. Da sage ich, dass hier unser gesamter Ehrgeiz gefordert ist. Denn wenn wir am Anfang wirklich richtig Gutes tun, für das Kind Gutes tun, dann haben wir für die Gesellschaft sehr viel getan. Und zwar so viel, das können kein Bundes- und kein Landesfinanzminister am Ende in Geld aufwiegen, was wir da an Ersparnissen für die Gesellschaft auch fiskalisch umgesetzt haben.

Zur Infrastruktur gehört aber auch, dass wir Familien unterstützende und -fördernde Einrichtungen haben. Auch gibt es in Thüringen ein breites Angebot, von dem wir 1990 noch gar nicht so richtig wussten. Ich will einmal kurz zurückschauen, warum wir das brauchen. Wir haben es dann Anfang der 1990er Jahre aber relativ schnell gemerkt. Die Gesellschaft war nun anders strukturiert und deswegen brauchten wir die Angebote. Sie werden bis heute vor allem von den Kommunen, aber auch vom Freistaat finanziell mit unterstützt.

Es ist uns wichtig, dass wir ganz deutlich machen, wie bedeutsam diese Infrastruktur ist. Es ist eben nicht nur schmückendes Beiwerk, wenn es eine Schwangerenkonfliktberatungsstelle gibt. Es ist nicht nur eine Intention einer Sozialpolitikerin oder eines Sozialpolitikers, wenn wir eine Schuldnerberatung haben oder eine Insolvenzberatungsstelle. Sondern es ist ganz besonders für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, die in Not sind. Das merkt man immer erst dann, wenn man selber einmal in die Not kommt – auch wenn man denkt, man hat alles im Griff – und dahin gehen muss.

Wenn ich jetzt beispielsweise einmal an die Familienberatungsstellen denke: Da gehen ja nicht

nur Familien hin, die nun gar nichts mehr auf die Reihe kriegen. Jeder der sich scheiden lässt, geht zuerst einmal zur Familienberatungsstelle. Das sind mitunter hochintelligente Leute, die eigentlich selber wissen müssten, wie sie damit umgehen. Trotzdem haben wir als Menschen viel Gefühl in uns und brauchen auch die Beratung.

Das ist natürlich für uns in Thüringen auch schwierig, weil wir ein kleines Bundesland sind. Ich sage dies auch einmal ganz offen, ich finde, wir sind zu klein. Das können wir in nächster Zeit aber auch nicht ändern. Der Bundestag müsste sich darum kümmern.

Die Thüringer werden es nicht machen. Die Nordthüringer wollen lieber nach Sachsen-Anhalt, die Westthüringer nach Hessen, die Süidthüringer sind sowieso Franken und eigentlich was eigenes. Und die Ostthüringer, zu denen ich gehöre, haben mit den Sachsen ohnehin keine Probleme. Also müsste der Bundestag das für uns regeln.

Aber es macht uns zunehmend fiskalische Probleme, dass wir ein kleines Bundesland sind. Ich habe schon mit Sorge gehört, dass unser Thüringer Finanzstaatssekretär kürzlich in der Runde bei der Ministerpräsidentin mit der LIGA im Brustton der Überzeugung gesagt hat: Wir haben kein Einnahmeproblem. Aber wir merken, wir haben ein Problem bei den Ausgaben. Denn wir können das Mehr gar nicht zur Verfügung stellen, das soziale Infrastruktur braucht. Das da mehr notwendig ist, bei gar nicht viel Aufwuchs in Stellen und dergleichen, das ist völlig offenkundig. Ich sage Ihnen, das ist insgesamt schon eine schwierige Situation.

Wir haben in Thüringen natürlich an zwei Fronten zu kämpfen. Da ist einmal die Schrumpfung. Wir haben in einer ganzen Reihe von Regionen in Thüringen schon über 25 Prozent an über 65-jährigen Menschen. Das heißt, wir haben ganze Landstriche, von denen wir nicht wissen, wie sie in 20 Jahren aussehen werden.

Wir haben mit den Ballungsräumen, das betrifft vor allen Dingen Erfurt und Jena, relativ junge Städte, die auch Zuzug verzeichnen können und die Bedarf haben. Dort bekommen die Sozialdezernenten das Problem, dass sie keine

Krippenplätze haben. Man glaubt es kaum, aber so etwas gibt auch es im Osten. Es ist nicht nur so, dass wir völlig und ausreichend versorgt sind. Wir haben eben auch andere Landstriche.

Für uns „rächt“ sich jetzt, dass wir in den vergangenen 20 Jahren nichts dafür getan haben, die Abwanderung, vor allem von jungen Frauen, zu stoppen. Das ist einfach ein Problem. Das wird sich durch mehrere Generationen durchziehen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ein zweiter Punkt: Die Familien brauchen Zeit. Ich denke, das ist selbstverständlich für alle, die heute hier sind und für die, die nicht allein auf der Welt sind. Familien brauchen Zeit. Das wünschen sie sich auch. Im Übrigen wünschen sich das sehr intensiv auch die Kinder, vor allen Dingen, dass ihre Väter Zeit für sie haben, weil das klassische Rollenbild doch immer noch stark verankert ist. Auch für uns in Thüringen ist das ein Thema.

Zeit ist ja auch ein Punkt, der im 8. Familienbericht der Bundesregierung angesprochen wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ganz besonders wichtig. In dem Zusammenhang will ich noch einmal auf das Betreuungsgeld des Bundes eingehen.

Zur Diskussion um das Landeserziehungsgeld: Wir haben einerseits als SPD – auch ich – das Landeserziehungsgeld immer abgelehnt. Das taten wir genau aus dem Grund, den Werner Griese schon beschrieben hat. Ich denke, auch hier im Raum ist niemand, der per se ablehnt, dass junge Familien mit Kindern ausreichend Geld bekommen. Das ist, glaube ich, nicht das Problem.

Vielmehr stellt sich die Frage: Wenn wir begrenzte steuerliche Mittel haben, wo setzen wir sie dann ein und wo erzielen wir mit diesen steuerlichen Mitteln auch den größten Mehrwert. Für mich ist die Antwort darauf eindeutig: Das ist einfach die Investition in die Bereitstellung von Kindertagesstättenplätzen. Deswegen haben wir bei den Kindertagesstätten erst einmal aufgestockt. Das ist gut und richtig! Nebenbei auch herzliche Grüße von Christoph Matschie. Er ist der Bildungsminister bei uns in Thüringen und er hat auch die Verantwortung für die Kindertagesstätten im Bildungsministerium.

Andererseits merken wir auch in persönlichen Gesprächen mit Betroffenen, die das Landeserziehungsgeld in Anspruch nehmen, dass dieser Geldbetrag als zusätzliches Einkommen wahrgenommen und genutzt wird. Vor allem von Menschen, die keine Arbeit haben. Ich habe noch keine Frau, keinen Mann getroffen, die gesagt haben: Ich nehme die 150 Euro und bleibe dafür zu Hause und erziehe mein Kind.

Die Wahlfreiheit, von der in Bezug auf das Erziehungsgeld immer geredet wird, – und von der mir der eine oder die andere jetzt auch per E-Mail geschrieben haben, dass dann die Wahlfreiheit auch bundesweit wäre – diese Wahlfreiheit wäre doch nur dann gegeben, wenn die Familie ein Familieneinkommen hat, das sie überhaupt in die Lage versetzt, eine Wahl zu treffen.

Erst dann gibt es tatsächlich Wahlfreiheit. Erst, wenn jemand – ob Mann oder Frau, spielt keine Rolle – so viel Einkommen hat und der unbedingte Wunsch besteht, das Kind zu Hause zu erziehen – und das auch durchführen kann – nur das ist dann echte Wahlfreiheit.

Die Menschen, die heute arbeiten gehen – also Mann oder Frau –, die gehen nicht nur auf Arbeit, weil das wichtig für die eigene Persönlichkeit ist. Sondern die gehen zumeist auch auf Arbeit, weil sie das Einkommen als Familieneinkommen brauchen. Deswegen ist die in Bezug auf das Erziehungsgeld oft unterstellte Wahlfreiheit erst recht keine Wahlfreiheit.

Das Landeserziehungsgeld in Thüringen und das Bundesbetreuungsgeld werden keine Wahlfreiheit bringen. Die Wahlfreiheit kann nur dadurch erleichtert werden, in dem jemand sagen kann: Ich nehme eine Arbeit auf und muss nicht zu Hause bleiben. Alle die das Landeserziehungsgeld in Anspruch nehmen und Arbeit suchen, die sagen mir auch: Ich würde sofort tauschen, wenn ich dafür auch berufstätig sein könnte – ob nun halbe oder ganze Tage, das ist erst einmal zweitrangig.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

drittens will ich noch das Thema Geld ansprechen. Brauchen Familien Geld? Wer wüsste das nicht. Auch die Thüringer Sozialministerin weiß noch wie das ist, wenn man viel Monat und wenig Geld hat.

Das war in der DDR nicht so einfach, auch wenn viel zu oft das Gegenteil erzählt wird.

Ich war „nur“ Ingenieurin und mein Mann war „nur“ Ingenieur. Da war nicht so viel mit Einkommen, weil Ingenieure in der Regel weniger verdient haben als in der Produktionsarbeit mit Schichtsystem. Das einmal als Fußnote für die, die das so nicht kannten.

Deswegen ist es wichtig, dass wir schauen, dass die Familien – ich will gar nicht immer sagen: die jungen Familien, weil wir heute ja auch schon manch Älteren dabei haben, der Familie neu gründet – mit einer richtig guten Arbeitsmarktpolitik unterstützt werden. Ich halte das für ganz entscheidend.

Wir haben in Thüringen seit 2008 die „Allianz für Familie und Beruf“. Das ist ein Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Es ist sehr bedauerlich gewesen, dass die Handwerkskammer in Thüringen im letzten Moment gesagt hat: So etwas brauchen wir nicht in Thüringen. Sie sind abgesprungen. Ich denke, das war eine politische Reaktion, und zwar keine, die langfristig durchdacht war.

Wir wissen, dass mittlerweile auch in der Wirtschaft sehr intensiv darüber nachgedacht wird, wie man Familie unterstützen kann. Denn das ist auch für den Betrieb, neben dem Einkommen, das gezahlt wird, ein wichtiger Faktor für die Beschäftigten. Das ist damit ein harter Wirtschaftsfaktor und den sollten wir ganz intensiv auch unterstützen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ich will es damit in Sachen Familienpolitik beenden lassen. Das sind unsere Schwerpunkte. Ich will zum Schluss vielleicht noch kurz das Thema Jugendpolitik ein Stück weit beleuchten. Wir haben in Thüringen natürlich auch, gemeinsam mit dem Landesjugendhilfeausschuss, Planungen durchgeführt.

Es ist uns dabei besonders wichtig, dass wir jungen Menschen helfen, sich politisch zu engagieren – nicht unbedingt nur in einer Partei oder in der Nachwuchsorganisation, sondern eben auch aus der Schule und im Ehrenamt heraus.

Die Selbstorganisation junger Menschen ist ein wichtiges Instrument für eine eigenständige Jugendpolitik. An vielen Stellen ist es notwendig eben auch auf die jungen Leute zu hören. Ich bin um die 50. Mir ist es ganz wichtig, zu hören, wie nicht nur die nächste, sondern auch schon die übernächste Generation denkt. Was hat sie selbst auch für Zielstellungen und wo sollten wir als die, die Politik gerade ganz aktiv betreiben, wo sollen wir ihre Einmischungspolitik nicht nur zulassen, sondern sie auch dazu auffordern. Ich finde, das bereichert das politische Bild ganz intensiv. Wir müssen gemeinsam mit ihnen natürlich auch absprechen, was da passiert.

Wir geben zusätzlich zu dem Teil der Landesförderung für die Jugendorganisationen auch noch einmal 11 Millionen in eine sogenannte Jugendpauschale. Ihre Einführung gab es schon einmal unter einer sozialdemokratischen Sozialministerin. Das war damals Irene Ellenberger. Sie hat uns da intensiv weitergebracht.

An der Stelle sei auch noch einmal an ihren verstorbenen Staatssekretär erinnert, denn Klaus Theo Schröder war uns gerade in diesen Dingen immer eine große Hilfe. Wir waren Anfang des Jahres schon stark betroffen als die Nachricht eintraf, dass er verstorben ist. In der Jugendhilfe ist es so, dass wir mit 60 Prozent die offene Jugendarbeit fördern. Die Kreise und kreisfreien Städte organisieren diese selbständig. Oftmals ist es auch so, dass die Kreise und die Städte die restlichen 40 Prozent gemeinsam aufbringen. So hat der Freistaat die Möglichkeit relativ weiträumig, wenn auch noch nicht genug, die offene Jugendarbeit zu finanzieren.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

als letztes will ich noch etwas ansprechen, was uns als Landesregierung – zumindest den sozialdemokratischen Teil – momentan umtreibt: Wir sehen, dass wir einen großen Bedarf an Schulsozialarbeit haben. Wir sind ein Bundesland, in dem Schulsozialarbeit immer nur freiwillige Leistung gewesen ist.

Wir haben 99 Schulsozialarbeiterstellen in Thüringen. Aber die sind meist in den städtischen Zentren zu finden, weniger im ländlichen Raum. Da sage ich auch: Der Einsatz von

Schulsozialarbeitern ist auch Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Denn wenn wir sie nicht haben, wie sollen aus dem Personenkreis, der in Schule geht und der auch seine Probleme hat, wie sollen wir aus diesen Schülerinnen und Schülern Facharbeiter und Ingenieure machen, wenn wir ihnen nicht bei den elementaren Dingen helfen?

Die Kinder brauchen Ruhe, um lernen zu können, um Schule durchführen zu können. Deswegen ist uns das besonders wichtig. Wir wollen 200 Stellen in Thüringen finanzieren, und zwar voll finanzieren. Wir werden sehen, ob uns das gelingt.

Momentan sagt der Finanzminister: Das geht gar nicht. Er hat ein paar charmante Ausreden für sich parat. Die kann ich aber leider nicht akzeptieren. Da müssen wir sehen, was wir da auf die Reihe bekommen. Das wäre für uns in Thüringen schon ganz wichtig, dass wir in der Frage Schulsozialarbeit weiterkommen. Denn da hätten wir auch im Bereich der Jugendarbeit einen großen Schritt getan, der uns ein Stück weit auch wieder Perspektive geben kann. Ich habe ja die Demografie angesprochen. Deshalb gilt: Wir müssen jedes Kind mitnehmen, keiner darf zurück bleiben. Das ist unsere Devise.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ich wünsche dem Kongress einen guten Verlauf, auch Mehrwert und freue mich natürlich, dass ihr hier in Weimar seid. Weimar braucht immer auch so positive Dinge.

Wir haben heute, deswegen bin ich auch so spät gekommen, im Landtag die Regierungserklärung des Thüringer Innenministers gehabt zum Thema Rechtsextremismus. Das ist ein Thema, das uns sehr intensiv bewegt, auch mich persönlich.

Wir haben ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus in meiner Ressortzuständigkeit. Da ist es eben auch ganz wichtig, dass wir als Gesellschaft hinschauen, dass wir da auch keinen jungen Menschen an diese menschenverachtende Gesinnung abgeben.

Dafür steht natürlich auch Weimar in doppelter Sache: In der positiven, aber auch in dieser geschichtlich von uns sehr kritisch zu behandelnden Vergangenheit.

Danke für die Aufmerksamkeit.



## Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung –

### Die Weimarer Erklärung der AWO zur Kinder- und Jugendhilfe

Wolfgang Stadler,  
Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes e. V.

Ich freue mich sehr, dass wir heute diese Konferenz mit dem Schwerpunkt „Kinder- und Jugendhilfe“ veranstalten. Ich möchte dies noch deutlicher formulieren: Ich freue mich, dass wir es endlich geschafft haben, der Kinder- und Jugendhilfe mit dieser Konferenz den Stellenwert zu geben, den sie in unserer sozialen Arbeit haben muss.

Dabei hatten und haben wir nicht nur inhaltlich und fachlich allen guten Grund dazu. Bevor ich die aktuellen Entwicklungen und Fragestellungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe skizzieren möchte, sei mir ein kurzer Rückblick erlaubt. Denn von den ersten Schritten an, war die Geschichte der AWO auch immer eine Geschichte der Hilfen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien. Ein chancengerechtes Aufwachsen von Kindern war das Ziel von Marie Juchacz und vielen anderen Frauen, die gemeinsam in den Kinderschutzkommissionen engagiert waren. Die Verantwortung für eine Verbesserung der Bedingungen für Kinder und Jugendliche war gleichzeitig der Motor der kommenden Entwicklungen und das Fundament, auf dem die AWO entstehen und wachsen konnte.

Marie Juchacz und ihr besonderer Bezug zu Weimar ist heute schon erläutert worden. Interessant ist aber auch die Rolle der Kinderschutzkommissionen, die bereits lange vor Gründung der AWO Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden waren. Ihre Tätigkeit bezog sich vornehmlich darauf, den Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes von 1903 Geltung zu verschaffen.

Man wollte, ich zitiere jetzt Marie Juchacz „so manches arme Kind vor ungesetzlicher Ausbeutung ...

beschützen. Bei dieser Tätigkeit kamen die Frauen auch unendlich vielen Fällen von Kindesmisshandlung, drohender und vollendeter Verwahrlosung auf die Spur. Sie halfen überall, soweit es in ihren Kräften stand.“ Marie Juchacz berichtet dann weiter über Aktivitäten, die für die Kinder angeboten wurden, insbesondere Ferien- und Freizeitprogramme. Um schließlich zu verkünden: „Weitere Pläne zu eigenen Arbeiten in der Jugendpflege lagen in der Luft.“

Bereits 1921, also zwei Jahre nach Gründung der Arbeiterwohlfahrt wurde auf der ersten AWO Reichskonferenz in Görlitz in einer zentralen Entscheidung „die missbilligende Ansicht der Konferenz zur Verzögerung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes dargelegt, ebenso zu den zwischen den Landesregierungen, dem Städtetag und der Reichsregierung bestehenden Differenzen über die Kostendeckung.“

Und im Januar 1923 fand bereits die erste Fachkonferenz der Arbeiterwohlfahrt zum Thema Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in Berlin statt.

Hier möchte ich wieder Marie Juchacz selbst zu Wort kommen lassen. Die Konferenz forderte, „dass der Erziehungsanspruch jedes Kindes unbedingt erfüllt werde, dass die gesamte Jugendhilfe von öffentlichen Jugendämtern zu tragen sei, die als lückenloses Netz das Reich überziehen und mit einem Reichsjugendamt zusammengefasst werden solle.“ Darüber hinaus erfahren wir von Marie Juchacz, dass die Tagung den „weitest gehenden Schutz der unehelichen Kinder im Sinne der Verfassung auf dem Gebiet des öffentlichen- und Privatrechts“ gefordert habe. Außerdem wurde in Görlitz „die energische

Verwirklichung des Versprechens der Reichsverfassung (gefordert), bezüglich ausgleichender Fürsorge für kinderreiche Familien, die insbesondere in Folge der augenblicklichen Teuerungswelle in große Bedrängnis geraten sind.“

Wir sehen, die Hilfe und Unterstützung für Kinder- und Jugend war für den jungen Wohlfahrtsverband in den zwanziger Jahren wichtig und für die weitere Arbeit und die Ziele bestimmend.

Aber wir müssen heute leider konstatieren, dass sich dieses Verständnis und die Wertigkeit in den letzten 90 Jahren nicht ungebremst weiterentwickelt haben. Die Arbeiterwohlfahrt hat die Kinder- und Jugendhilfe nach dem 2. Weltkrieg und insbesondere mit ihrem starken ökonomischen Anwachsen in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts zumindest in einigen Regionen etwas aus dem Auge verloren. Salopp gesagt, der Motor wurde gedrosselt und nicht ausreichend gepflegt. Leider galten andere Arbeitsfelder aus ökonomischer Sicht als interessanter.

Deshalb haben wir in den letzten Jahren als Bundesverband und Bundesgeschäftsstelle damit begonnen, die Kinder- und Jugendhilfe wieder in den Fokus zu rücken. Wir haben sichergestellt, dass dieser wichtige Arbeitsbereich wieder auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Arbeitsfeldern der Arbeiterwohlfahrt agieren kann. Die neue Abteilung Kinder, Jugend, Frauen, Familie und zahlreiche Arbeitskreise der Geschäftsführerkonferenz belegen, dass dieser erste Schritt erfolgreich war. Nun ist wieder eine „gemeinsame Verantwortung“ für die fachlichen und inhaltlichen Fragen in der Kinder- und Jugendhilfe möglich und gewollt.

„Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien“

Die gemeinsame Verantwortung ist der entscheidende Aspekt des Mottos dieser Konferenz. Aber das ist noch nicht genug. Der vollständige Titel lautet ja: „Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien“. Das „An“ steht in Klammern, so dass der 2. Teil des Titels auch zu lesen ist als „Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien“.

Diese beiden Varianten weisen auf das Ziel dieser Konferenz hin. Wir wollen zum einen mit Ihnen die Anforderungen an die Voraussetzungen und Bedingungen für ein chancengerechtes Aufwachsen erörtern und diskutieren. Dabei soll es aber nicht bleiben! Wir wollen und müssen auch Forderungen stellen, an Politik, an Verwaltung und an **die** gesellschaftlichen Akteure, in **deren** Händen es liegt, die Weichen für **die** Bedingungen zu stellen, die ein Aufwachsen im Wohlergehen fördern und ermöglichen.

Unsere Forderungen sollen aber nicht nach dieser Konferenz ungehört verhallen. Wir wollen sie festschreiben in der „Weimarer Erklärung“. Wir möchten diesen Entwurf hier und heute mit Ihnen diskutieren.

## Ein aktueller Einschub

Die AWO wird sich mit der Weimarer Erklärung deutlich für bessere Chancen für alle Kinder und Jugendlichen positionieren. Allerdings fordern die aktuellen politischen Entwicklungen und Entscheidungen von uns heute und hier eine schnelle Reaktion. Deshalb möchte ich die Chance nutzen und von dieser Konferenz ein Signal und ein Statement an die politisch Verantwortlichen übermitteln.

Deshalb möchte ich kurz auf die drei Baustellen im Bereich der Kinderbetreuung eingehen, den Kita-Ausbau, das Betreuungsgeld und den Fachkräftemangel. Alles wird gut, das ist offensichtlich das Mantra unserer Bundesministerin Kristina Schröder zu diesen Fragen. Alles wird gut, beim Elterngeld, beim Betreuungsgeld, bei den Freiwilligen und natürlich auch beim Betreuungsausbau. Aber wenn alles gut werden soll, muss man auch alles machen, damit es gut werden kann.

Erstens: der KITA-Ausbau: Im Herbst 2007 haben Bund und Länder zusammengesessen und ein Versprechen abgegeben – das Versprechen lautete: wir werden bis zum 01. August 2013 für jedes dritte Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen.

Die Geschichte ist uns allen bekannt und wir wissen, nicht zuletzt aufgrund unserer Erfahrungen in unseren AWO-Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege, dass



- die Annahme (mehr war es nämlich nicht) der 35-Prozent-Quote schon damals zu niedrig angelegt war und
- die Annahme, dass ein Drittel der Angebote in der Kindertagespflege entstehen könnte, viel zu ehrgeizig war und
- die gesamte Finanzarchitektur auf äußerst töneren Füßen stand und steht.

Der Betreuungsausbau ist gut, richtig und von uns immer gefordert und dann auch konsequenter Weise begrüßt worden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Ausbaubeschluss, den wir auf der letzten Bundeskonferenz gefasst haben. Wir haben mit diesem Beschluss die Herausforderung angenommen und uns bundesweit am Ausbau von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege beteiligt. Und es war uns klar, dass der Ausbau von Betreuungsplätzen nicht nur quantitativ sein darf und kann. Während im Ministerium nur die Zahlen im Blick sind, haben wir immer wieder betont, dass wir gute und sichere Betreuungsplätze benötigen. Dies ist nicht nur die Einschätzung der Fachleute und Pädagogen bei der AWO.

Ich möchte auf einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 07.06.2012 mit dem Titel „Bedürfnisse von Kindern“ aufmerksam machen. Der dänische Erziehungswissenschaftler Jesper Juul hat dort untersucht, welche Qualitätsmerkmale eine Kindertagesbetreuung haben muss, damit die Kinder sich wohlfühlen. Wie die wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigen, ist der „Wohlfühlfaktor“ von Kindern immer abhängig von den Betreuungspersonen, den Räumlichkeiten und dem Konzept der Betreuungseinrichtung. Wenn für die politisch Verantwortlichen nun aber nur noch Zahlen zählen, dann rücken naturgemäß diese Faktoren in den Hintergrund, denn das sind genau die Faktoren, die Kosten verursachen. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist also gerade dabei, eine fatale Entwicklung zu nehmen.

Wir müssen uns in unserer Funktion als Anwalt für Kinder dafür einsetzen, dass das Ausbauziel nur mit guten Rahmenbedingungen für die Kinder und auch die Beschäftigten in der Kita erreicht wird. Konsequenterweise müssen wir dann auch deutlich machen, wo wir unterstützen

und mitgehen. Aber wir müssen auch eindeutig unsere Grenzen definieren und unter Umständen dem ehrgeizigen Ziel ein starkes „Nein“ entgegensetzen.

Wir haben zur Qualität in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege vor einigen Monaten ein sehr gutes Papier geschrieben. Hinter die dort formulierten Forderungen dürfen wir nicht zurückfallen.

Zweitens: Das Betreuungsgeld. Der aktuelle Stand des Kita-Ausbaus lässt vermuten, dass der Rechtsanspruch vielerorts nicht eingehalten werden kann. Dies müsste für die Regierung und die Kommunen eigentlich ein Warnschuss sein, der auch gehört wird. Doch es scheint, dass die Verantwortlichen hier taub sind. Anstelle von gebündelten Aktivitäten und neuen Programmen und Anreizen, erleben wir monatelang die Grabenkämpfe um das Betreuungsgeld – mit immer noch offenem Ausgang.

Und egal, was die Bundesregierung jetzt in der durch den Hammelsprung im Bundestag vom letzten Freitag verursachten Zwangspause nun noch verspricht und verhandelt, es macht das Betreuungsgeld weder richtiger noch sinnvoller.

Zum Betreuungsgeld ist nur zu sagen, dass auf Kosten der Gesellschaft, der Familien und vor allem der Kinder, versucht wird, ein Koalitionsfrieden um jeden Preis zu erkaufen. Und diejenigen, die die Rechnung zahlen werden, nämlich die Menschen in Deutschland, wollen diese Leistung noch nicht einmal. Im letzten AWO-Sozialbarometer, veröffentlichen wir die aktuelle Befragung des Meinungsforschungsinstitutes TNS Emnid. Dieses beauftragten wir im Mai mit der telefonischen Befragung von 1.000 zufällig ausgewählten Menschen. Thema war das geplante Betreuungsgeld. Die Ergebnisse decken sich mit denen anderer Befragungen, 59 Prozent der Befragten lehnen das Betreuungsgeld ab. Wobei die größte Ablehnung von der relevantesten Empfängergruppe der unter 30-jährigen kam.

Kurz und knapp: Niemand braucht das Betreuungsgeld und niemand will es wirklich. Deshalb sollten die bereits eingeplanten Mittel für diesen Unsinn in den qualitativen Ausbau der Betreuungsplätze investiert werden.

Drittens: Der Fachkräftemangel. Der Ausbau von Betreuungsplätzen stößt an eine weitere Grenze. Selbst wenn die Mittel für einen Ausbau von guten und ausreichenden Plätzen vorhanden wären, käme das nächste Problem auf uns zu. Der Mangel an gut ausgebildeten und engagierten Fachkräften. Auch hierzu kurz ein paar wichtige Fakten:

In den Kindertageseinrichtungen sind Menschen unterschiedlicher Qualifikation beschäftigt. Die größte Gruppe sind die Erzieher/innen, ihr Anteil beträgt ca. 2/3 des Personals. Bei vielen Veranstaltungen sowohl regional wie auch auf Bundesebene haben wir seit längerem vor dem Kollaps gewarnt. Wir haben Strategien dafür entwickelt, wie sich mehr Menschen für diesen Beruf entscheiden könnten. Aber in der Realität läuft uns die Zeit davon. Es fehlen zwischen 25.000 bis 35.000 Fachkräfte, Tendenz steigend. Und trotzdem reagiert die Politik immer noch nicht. Auch dieser Warnschuss verhallt seit Jahren ungehört. So wurden zum Beispiel Landesgesetze, die kaum zu überwindende Hürden bei der Gründung von Fachschulen errichten, immer noch nicht novelliert. Der Beruf der Erzieher/in ist nur dann attraktiv, wenn auch die Rahmenbedingungen attraktiv und die Zugänge zur Ausbildung durchlässig und effektiv sind. Davon sind wir zurzeit weit entfernt.

Ich komme zurück zu unserem Thema der Konferenz: Wie können wir ein chancengerechtes Aufwachsen gewährleisten? Welche Rolle hat hier die Kinder- und Jugendhilfe? Ich habe eben über aktuelle Fragen aus dem Bereich der Kinderbetreuung berichtet. Aber der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist sehr vielgliedrig.

Unterschiedliche Arbeitsfelder sind angesprochen, Kindertagesbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, um nur vier aus dem Regelungsbereich des SGB VIII zu nennen.

Aber auch zu den Arbeitsfeldern querliegende Themen, wie etwa das der sog. „Großen Lösung“, oder das „Thema Kinderschutz“. Dazu kommen noch ausgesprochen kontrovers diskutierte Themen, wie z.B. das der freiheitsentziehenden Maßnahmen in der Jugendhilfe. Jeder Bereich, jedes Thema wäre also aufgrund der jeweils eigenen Problematiken und Fragestellungen bereits eine eigene Tagung wert. Erweitert man die Perspektive landen wir bei komplexen gesellschaftlichen Sachverhalten: Armut, Bildungsförderung und/oder Benachteiligung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gesundheit u.v.m.

Auf eines der vielen Themen aus dem Bereich möchte ich aus aktuellem Anlass an dieser Stelle intensiver eingehen. Es geht um den Bereich der Hilfen zur Erziehung. Ein großer Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Hilfs- und Unterstützungsangebote von der Erziehungsberatung bis hin zu Tagesgruppen oder Heimaufenthalten anbietet.

Im letzten Jahr wurden die Verantwortlichen der Kinder- und Jugendhilfe durch das sogenannte „A-Länder-Papier“ – Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung“ aufgeschreckt. Es enthielt sehr weitgehende Vorschläge für eine Umstrukturierung der Hilfen zur Erziehung und stellte gesetzlich verankerte Rechtsansprüche in Frage. Hintergrund der Initiative ist die steigende finanzielle Belastung der kommunalen Haushalte im Bereich





der Jugendhilfe. Mittlerweile hat dazu auch die Jugend- und FamilienministerInnenkonferenz getagt. Nun sollen konkrete und zwischen den Ländern abgestimmte Vorschläge zur Weiterentwicklung der erzieherischen Hilfen vorgelegt werden. Diesen Prozess müssen wir aufmerksam und kritisch begleiten. Um nur einige Aspekte herauszugreifen:

- Es wird eine stärkere sozialraumräumliche Angebotsorientierung, Fallsteuerung und Vernetzung angestrebt. Dagegen kann niemand ernsthaft etwas einwenden. Auch, dass eine erforderliche individuelle Unterstützung zuvorderst aus den Regelsystemen heraus geleistet wird/werden soll, ist aus der sozialstaatlichen Verantwortungskette heraus gedacht, eine richtige Strategie, der sich Freie Träger nicht verschließen können – im Gegenteil. Allerdings dürfen lebensweltbezogene, niedrigschwellige Regelangebote und subjektive mit einem Rechtsanspruch versehene Sozialleistungen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen als nebeneinander und sich ergänzend verstanden und entsprechend konzipiert werden.
- Eine ausreichende und qualifizierte Personalausstattung der Jugendämter/des ASD's steht – und das klingt vermutlich aus dem Mund eines Vertreters der freien Träger verwunderlich – im Hinblick auf den Mitteleinsatz mit an vorderster Stelle. Die Jugendämter müssen selbstverständlich in die Lage versetzt werden, ihren strukturellen und einzelfallbezogenen Beratungs-Steuerungs- und Interventionsaufgaben gerecht zu werden. Ein gut ausgestatteter ASD spart Kosten – und den Freien Trägern Nerven.
- Die Jugendhilfeplanung muss kleinräumig und alle relevanten Akteure einbeziehend durchgeführt werden. Mit dem Gesetz zur Kooperation und Kommunikation im Kinderschutz sind neue Erfordernisse zur Bildung von Netzwerkstrukturen entstanden, die im Rahmen der Angebotsplanung und -steuerung genutzt werden müssen.
- Die Zusammenarbeit der Systeme Schule und Jugendhilfe war bislang vorrangig auf die Angebote der Schulsozialarbeit und des Hortes

konzentriert. (Ganztags-)Schule muss mit dem Sozialraum, dem Kiez verzahnt werden. Sie muss zukünftig ein Ort im sozialräumlichen Kontext sein, an dem sich die Kompetenzen von Fachkräften unterschiedlicher Profession ergänzen. Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung müssen zusammengeführt werden.

- Und schließlich: Es existieren mittlerweile umfangreiche Erkenntnisse darüber, wie Hilfen konzipiert und ausgestattet sein müssen, um erwünschte Wirkungen zu erzielen. Diese Erkenntnisse finden erstaunlicherweise in der Praxis der Hilfeplanung und -steuerung kaum Anwendung. Vielmehr ist ein fortschreitender teilweise ruinöser Wettbewerb der Leistungserbringer zu beobachten. Hier wird nicht nach Fachlichkeit und belegten Qualitätsmerkmalen organisiert, sondern nur nach dem Preis. Insgesamt gesehen eine Geldverschwendung. Das schadet dem Ansehen der Profession, denn es produziert die Wirkungen, die keiner will, nämlich keine oder ungenügende – und ist damit letztlich ... Geldverschwendung. Von den freien Trägern wird Transparenz erwartet – das ist kein Problem. Dann muss aber anerkannt werden, dass eine fachlich fundierte Leistung, die entsprechende Wirkungen entfalten soll, ihren Preis hat – und dass dieser anerkannt wird. Billiglösungen sind keine Lösungen!

Ich fasse zusammen: Hilfen zur Erziehung leisten einen wesentlichen Beitrag zur Förderung und Integration von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern und damit einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit. Das stellt so pointiert die schon zitierte Konferenz der Jugend- und Familienminister/innen fest. Die Ausgaben mögen in den letzten Jahren gestiegen sein, aber hier zu sparen hieße, Entwicklungs-, Teilhabe- und Verwirklichungschancen für Kinder und Jugendliche in schwierigen oder benachteiligten Lebenslagen weiter einzuschränken.

Wilhelm Schmidt hat es in seiner Begrüßung bereits angesprochen. Wir brauchen eine starke Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit. Diese ist ein weiterer wichtiger Pfeiler der Kinder- und Jugendhilfe. Wir brauchen sie,

- ... damit Jugendliche Möglichkeiten haben, in selbstorganisierten Räumen und Freiräumen gemeinsam und eigenverantwortlich ihre eigenen Interessen, Wünsche und Bedürfnisse leben und entfalten zu können.
  - ... als wichtige Instanz neben Elternhaus und Schule zur Förderung von Verantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit und demokratischem Bewusstsein,
  - ... zur Hinführung an soziales Engagement und gesellschaftliche Mitverantwortung,
  - ... um strukturell eine aktive Beteiligung zu ermöglichen bzw. sicherzustellen, an bundes-, länder- und kommunalen Entscheidungen, die die Belange von Kindern und Jugendlichen berühren, als Mitgestalten von kinder- und jugendfreundlichen Sozialräumen und einer an den Kinderrechten orientierten Politik.
- Stärkeren und Schwächeren gerechter zu gestalten?
  - Worin und in wen investiert die Gesellschaft? Wie balanciert sich die Gesellschaft in den anstehenden Verteilungsfragen zwischen Jung und Alt aus?
  - Wie müssen Finanzierungskonzepte und infrastrukturelle Leistungen ausgestaltet werden, um Familien effektiv unterstützen zu können?
  - Wie kann Ressortdenken überwunden und föderale Hürden abgebaut werden, um den Aufbau aufeinander bezogener, integrativ konzipierter und miteinander vernetzter Angebote und Hilfen zu ermöglichen. –
  - Wie können insbesondere Kommunen besser als bisher finanziell in die Lage versetzt werden, die erforderlichen Leistungen zu erbringen?

Dafür bedarf es guter Rahmenbedingungen, besseren als den bestehenden sowohl in struktureller, wie insbesondere in finanzieller Hinsicht. Dafür machen wir uns stark innerhalb und außerhalb der AWO.

Zum Schluss – wichtige Fragen, auf die wir hoffentlich hier und in der weiteren Arbeit eine Antwort finden:

- Wie kann der wachsenden Armut von Kindern und Jugendlichen entgegengesteuert werden?
- Was heißt Chancengerechtigkeit? Welche Umverteilungen müssen stattfinden, um zukünftig die Chancenverteilungen zwischen den sog.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, liebe Freundinnen und Freunde – ich wünsche uns allen eine interessante und ertragreiche Konferenz.

## Aufwachsen im Wohlergehen

### Was wir brauchen – was wir wollen! Was sagen die Kinder und Jugendlichen (Film)

Alexander Brettin,  
Jugendwerk Thüringen



Liebe AWO-Freundinnen, liebe AWO-Freunde, liebe Gäste,

wir haben versucht mit diesem Filmeinspieler weniger über Kinder und Jugendliche zu reden, sondern Kinder und Jugendliche zu Wort kommen zu lassen und ihnen damit selbst eine Stimme zu geben. Der Arbeitstitel des AWO Bundesverbandes war „Aufwachsen im Wohlergehen“, Untertitel sozusagen was wir wollen, was wir brauchen. Wenn man in dem Filmbeispiel, was jetzt folgt, die leuchtenden Kinderaugen sieht, dann kann man doch durchaus hinter diesem Arbeitstitel auch ein großes Ausrufezeichen setzen. Aber ich würde gerne hinter dieser Aussage noch ein

großes Fragezeichen setzen, denn einige Aussagen der Kinder und Jugendlichen, die in dem Film gemacht worden, werfen durchaus große Fragen für die Kinder- und Jugendhilfe auf, mit denen wir uns sicher heute auch beschäftigen werden. Der folgende Film ist ein Zusammenschnitt aus einem Workshop, der in einer Jugendhilfeeinrichtung stattgefunden hat, in einer Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und in einer Kita. Die Aufnahmen geben den Kindern und Jugendlichen das Wort und sie geben einen kleinen Einblick in die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den jeweiligen Einrichtungsformen. Ich wünsche spannende Minuten beim Blick in die Welt der Kinder und Jugendlichen.





## Kinder- und Jugendhilfe im Sog des Kita-Ausbaus und im Strudel von Strukturen, Personal und Qualität

*Prof. Dr. Stefan Sell,  
Rhein-Ahr Campus, Remagen*

Herzlichen Dank für die Einladung, ich bin gerne hierher gekommen zu dieser Tagung, vor allem zu diesem Thema und ich will auch gleich loslegen vor dem Hintergrund der Zeit. Sie werden gleich etwas überrascht sein, welche Perspektive auf das Thema „Im Sog des Kita-Ausbaus und im Strudel von Strukturen, Personal und Qualität die Kinder- und Jugendhilfe“ ich zu entwickeln versuche.

Ich möchte allerdings mit einem anderen, unangenehmen Thema starten, es sind ja schon zwei, drei Anmerkungen gemacht worden zu diesem Thema, wozu eigentlich fast alles gesagt worden ist, aber eben nicht alles. Weil unabhängig davon, was man von der aktuellen Ausgestaltung dieses Instruments hält oder nicht, muss man bei einem längeren Nachdenken zur Kenntnis nehmen, dass das Betreuungsgeld gleichzeitig und im Zusammenhang steht mit einer anderen Entscheidung, die parallel getroffen wurde und die ein wenig im Strudel der Diskussion untergegangen ist: Ich meine das Erpressungsergebnis der FDP, nämlich den „Pflege-Bahr“, also diese fünf Euro, die über die Menschen jetzt ausgegossen werden. Beide Leistungen zusammen haben eine Gemeinsamkeit: Ich arbeitete gerade an einem Papier mit dem Titel „Der Pflege-Bahr und das Betreuungsgeld als Lehrbuchbeispiel für eine Playmobil-Sozialpolitik“. Aus einer sozialpolitischer Perspektive ist doch das Hauptproblem darin zu sehen, dass man sich mal klar machen muss, dass beide Leistungen nicht einkommensabhängig sind und außerdem noch sehr niedrig dimensioniert sind. Auch jeder Verteidiger einer besseren finanziellen Ausstattung von jungen Familien müsste ja mit Blick auf das Betreuungsgeld sagen, die einhundert Euro (ab 2014 einhundertfünfzig) sind eher ein Schlag ins Gesicht der Familien, als ein adäquater

Ausdruck der Anerkennung von Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsleistungen innerhalb der Familie, wie das so propagiert wird. Das Problem ist, dass hier in Zeiten, wo an allen Ecken und Enden soziale Leistungen gekürzt werden, die existenzieller Art und Weise sind, Leistungen mit der Gießkanne ausgegossen werden auch über Haushalte, über Familien, die ohne Probleme mit ihrer eigenen Hände Arbeit ihre Familie selber ernähren können und nicht angewiesen sind auf solche Subventionen. Und das Problem ist natürlich, dass diese Subventionen gerade der Pflege-Bahr natürlich mitgenommen werden von Familien, die sich im mittleren und höheren Einkommensbereich befinden, sich selber privat vorsorgen und für die unteren Einkommensgruppen sind die fünf Euro kein Anreiz, so dass wir ähnliche fragwürdige Verteilungseffekte sehen werden wie bei der „Riester-Rente“.

In der jetzigen Diskussion wird diese typisch deutsche Entweder-Oder-Haltung diskutiert. Betreuungsgeld versus Kita-Ausbau – in diese Richtung läuft die Debatte. Der Kita-Ausbau ist unzweifelhaft notwendig, aber er ist nicht per se gut. Diesen Fehler dürfen diejenigen, die in der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, nicht machen. Man sollte nicht in die Falle laufen der polarisierenden Diskussion, wie sie von interessierter Seite vorangetrieben wird. Wenn man etwas ablehnt, wie das Betreuungsgeld, und dann sagt, Kitas sind per se gut, dann ist das problematisch. Es ist eine Frage der Bedingungen und es ist nicht nur eine Frage der Bedingungen, sondern es ist, wenn man es radikal subjektorientiert denkt, eine Frage des einzelnen Kindes, ob eine Kita gut ist oder nicht. Und eigentlich besteht die große Gefahr darin, dass wir den fachlich notwendigen Schritt nicht gehen,



den wir aber gehen müssten, nämlich zu fragen, welches Setting passt für ein bestimmtes Kind in einer bestimmten Situation in der es sich befindet. Denn das wäre ja die eigentlich zielführende Frage, wenn wir aus der Betroffenenperspektive schauen. Und wir kommen gar nicht mehr dazu, sie zu stellen, weil wir im Tageskampf aufgerieben werden zwischen den Fronten des Entweder-Oder.

Und das Ganze ist deswegen auch so problematisch, weil wir uns gegenwärtig in einem Dilemma befinden. Die Kampagne des AWO Bundesverbandes wurde bereits angesprochen, die ich sehr wichtig finde und natürlich muss man jetzt die Situation dahingehend ausnutzen, dass man sagt, wir drängen auf die Umsetzung des Rechtsanspruches. Wir fordern ihn ein. Aber meine Damen und Herren, ich sage das an dieser Stelle mal ganz offen, auch wenn Herr Stadler oder ich Bundeskanzler werden würden, und wir würden sagen, alles wird auf den Kita-Ausbau fokussiert, dann werden Sie, wenn Sie ehrlich sind zu dem folgendem Ergebnis kommen: Wir würden es auch nicht schaffen bis zum 01. August 2013 in einigen nicht unbedeutenden Gebieten Westdeutschlands, wenn ich beispielsweise an die vielen Städte in Nordrhein-Westfalen denke, den Rechtsanspruch auch nur annähernd erfüllen zu können. Auch wenn wir Millionen Euro zusätzlich in die Kitas pumpen würden, uns würde schlichtweg das Personal fehlen. Und die Gefahr, die wir offen diskutieren müssen, auch als Fachleute der Kinder- und Jugendhilfe, besteht jetzt natürlich darin, dass die Politik in ihrer Not vor Ort, denn der Rechtsanspruch richtet sich ja gegen die Kommunen und nicht gegen die Ministerin Schröder in Berlin, versuchen wird, Betreuungsangebote irgendwie und so billig wie möglich zu implementieren. Und dann kann ich mir schon die Fernsehberichte im Sommer nächsten Jahres vorstellen, über katastrophale Zustände in Krippen, wo eine Praktikantin alleine zehn Kleinkinder betreut und der Fernsehbeitrag wird nicht sagen, das komplizierte Finanzierungssystem ist Schuld an diesen Bedingungen, sondern man wird fragen, wer ist der Träger dieser Einrichtung und dann wird man sagen: Katastrophale Zustände bei Diakonie, bei AWO, bei Caritas oder wo auch immer. Und das darf nicht passieren, einmal natürlich in Ihrem Interesse, aber denken Sie mal noch weiter, die zynische Logik, die letztendlich dahinter steckt, ist die Perspektive, dass das

Feld insgesamt schwer beschädigt wird, weil bei den Eltern durch eine solche erwartbar selektive Berichterstattung der Eindruck erweckt wird, du kannst doch nicht ernsthaft ein Kind in dem Alter in so eine Einrichtung schicken. Und dann werde ich mit der Folge konfrontiert, dass die Leute ihren Rechtsanspruch nicht mehr wahrnehmen, weil sie sozusagen so abgeschreckt sind von den Zuständen in den Einrichtungen (oder was davon an die Öffentlichkeit getragen wird).

Deswegen ist es von fundamentaler Bedeutung, sich offen darüber auseinanderzusetzen, wo die Grenzen an dieser Stelle sind, was brauchen wir für das Feld – und wo muss man auch über eine Verweigerung streiten.

Lassen Sie uns einen notwendigen Blick auf das Geld werfen. Betrachtet man das Sozialbudget Deutschlands, dann kann man erkennen: 3,2 Prozent, das ist der Ausgabenanteil der gesamten Kinder- und Jugendhilfe innerhalb des deutschen Sozialbudgets. Also ich könnte jetzt ein bisschen zynisch fragen, was ist eigentlich hier das Problem, wir reden doch aus der Perspektive des gesamten Sozialbudgets über Peanuts. Jetzt stellen Sie sich aber auf der anderen Seite mal vor, die gesamte Kinder- und Jugendhilfe wird eingestellt, alle Leistungen. Das wäre ein gnadenloser Kahlschlag, aber wir würden in unserem Sozialbudget eine vergleichsweise lächerliche Summe einsparen. Die großen Hauptkampffelder liegen nämlich im Bereich Alter und Hinterbliebene sowie im Bereich Gesundheit und Invalidität. Das sind die großen Brocken. Wenn man sozialpolitisch unter Druck ist, muss man in diesen Bereichen etwas tun und wenn Sie mal genau hinschauen, da tut sich natürlich die Politik am schwersten, weil das die größten Bereiche sind, weil da die größten Umsätze generiert werden – aber auch, weil hier mit den älteren Menschen Wähler vertreten sind, die eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufweisen.

Also eigentlich könnte man sagen: Das kann ja wohl nicht wahr sein, dass man jetzt eine Sparwelle im Bereich Kinder- und Jugendhilfe macht, rein ökonomisch, weil es würde in der Gesamtbilanz nichts bringen und die Schäden – einschließlich der Folgekosten – durch massive Einsparungen im Kinder- und Jugendhilfebereich wären so groß, das jeder Ökonom sofort sagen

müsste: „Komm, lass die Finger von dem Bereich, kümmere dich um Rente und kümmere dich um die Pflege- und Krankenversicherung, aber doch nicht um Kinder- und Jugendhilfe, da machst du eher mehr mit kaputt“.

Aber das Problem liegt natürlich darin, dass es sich hier um eine Globalbetrachtung unseres Sozialbudgets handelt. Wir haben keinen nationalen Topf, aus dem alle Leistungen bezahlt werden, sondern die Kinder- und Jugendhilfe gehört leider, muss man jetzt aus dieser Perspektive sagen, eben zu einem Finanzierungssystem, in dem im Wesentlichen die Kommunen die Finanzverantwortung haben und das ist das zentrale Problem und darüber müssen wir nachdenken, wenn wir über Kinder- und Jugendhilfe heute reden, wir müssen über die Finanzierungsfrage reden und über die Frage, wer ist der Kostenträger und wer sind die Nutzer.

Ich mache weiter mit den Finanzen. Schauen wir uns die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung, der Kommunen, der Bundesländer und des Bundes bis zum Jahr 2009 an. Da hört ganz bewusst in diesem Jahr auf, weil: Sie sehen hier den Aufwuchs der Staatsverschuldung in Deutschland *bis zur Krise*. Seit diesem Jahr geht die Verschuldung des Bundes und der Bundesländer noch weiter hoch, macht noch einmal einen großen Sprung. Das sind die Kosten der Bankenrettung, die Kosten der Wirtschaftsrettung, die wir bezahlt haben auf Pump, die kommen zusätzlich auf die Staatsschulden der vergangenen Jahrzehnte. Was ich Ihnen zeigen wollte: Wir haben heute ein doppeltes Schuldenproblem in unserem Land. Da sind nämlich die Schulden, die wir schon aufgehäuft haben vor der Finanzkrise. Man darf nicht den Fehler machen und sagen, dass die ganzen öffentlichen Schulden auf die Bankenrettung zurückgehen. Das ist offensichtlich falsch. Wir haben uns schon vorher massiv verschuldet und wenn man genau hinschaut, wann die Verschuldung nach oben geht, dann sehen Sie, dass das nicht zufälligerweise die Jahre 1990/1991 waren. Was man sehen muss ist, dass die gesamten Kosten der Deutschen Einheit im Wesentlichen a) über die Sozialversicherungen, also über den Faktor sozialversicherungspflichtige Arbeit und b) über öffentliche Verschuldung finanziert wurde. Das ist die wahre Kohl'sche „Portokasse“.

Das Problem ist nur, das die hier aufgenommenen Staatsschulden 10, 20, 30 Jahre lang abbezahlt werden müssen. Dieser Schuldenberg ist aufgenommen worden im Wesentlichen um die Kosten der Deutschen Einheit zu finanzieren und das ist eine Belastung, die wir heute und auch in den nächsten Jahren mitschleppen müssen.

Man fragt sich, was hat jetzt dazu geführt, dass es zu diesem Schuldenberg, dem ersten Schuldenberg vor der Banken- und Finanzkrise gekommen ist. Neben der Frage der Finanzierung der Deutschen Einheit muss man zur Kenntnis nehmen, dass der Staat die Verschuldung selber produziert hat, indem er seit den 80er Jahren, damals unter dem Finanzminister Stoltenberg, massive Steuerreformen durchgeführt hat. Die größten Steuerausfälle allerdings hat Rot-Grün produziert und zwar in einem ganz erheblichen erheblichem Umfang. Bund, Länder und Kommunen könnten heute über 58 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen verfügen, wenn wir die Steuergesetzgebung von 1998 hätten, als Gerhard Schröder Bundeskanzler wurde. 58 Milliarden Euro, die uns in den öffentlichen Kassen fehlen, um einmal zu zeigen, um welche gigantische Größenordnung es hier geht und das Ganze ging ja einher mit der Entlastung der oberen Einkommensgruppen, Verschiebung von den direkten zu den indirekten Steuern sowie einer Entlastung der Kapitaleinkommen.

Und jetzt haben wir auch noch die doppelte Problematik: Seit der Banken- und Finanzkrise kam noch einmal ein ordentlicher Schuldenberg oben drauf und das Ganze paart sich jetzt mit grundsätzlichen Problemen, die Sie nicht unterschätzen dürfen, wenn wir über Kinder- und Jugendhilfe reden, nämlich einer föderalen Verzerrung bei Ausgaben und Einnahmen.

Man kann das hervorragend verdeutlichen am Beispiel der Kindertageseinrichtungen. Die Kindertageseinrichtungen sind vollständig fehlfinanziert, weil der größte Kostenblock auf die Kommunen entfällt und in den meisten Bundesländern dann an zweiter Stelle auf die Eltern, mit ihren Elternbeiträgen. Aber der größte Nutzen wird beim Bund und der Sozialversicherung realisiert. Diese beiden Akteure sind aber nur wenig bzw. die Sozialversicherung gar nicht an der Finanzierung der Kitas beteiligt. Und das meine ich hier mit föderaler Verzerrung und das dürfen sie überhaupt

nicht unterschätzen. Wenn Sie Politiker sind, dann kommt ja nicht nur die AWO und sagt wir brauchen mehr Geld für Kinder- und Jugendhilfe, sondern da kommen andere, die mit guten Argumenten sagen, wir brauchen z. B. mehr Geld für Straßen oder für kommunale Infrastruktur und dann muss man sehen, dass wir einen riesigen Investitionsstau haben in unserem Land vor allem in Westdeutschland und wir haben neue zusätzliche Investitionsbedarfe, die man nicht unterschätzen sollte.

Als wenn das nicht schon alles genug wäre, kommt jetzt auch noch: die Schuldenbremse. Sie wissen alle, die große Koalition hat die Schuldenbremse in das Grundgesetz verankert, die wird beim Bund planmäßig 2016, bei den Bundesländern 2020 scharf gestellt. Ich frage mich immer noch, wie die politische herrschende Klasse das realistisch hinbekommen will, wenn sie sich die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben anschauen. Wenn Sie das in einem Bundesland wie Rheinland-Pfalz mal durchrechnen, müssten wir ein Drittel unserer Landesbeamten entlassen, um in die Nähe eines ausgeglichenen Haushalts zu kommen. Einschließlich einer fast 90 Prozentigen Kürzungen der Landesinvestitionen.

Und für die Bundesländer ist die Schuldenbremse auch deswegen eine besondere Herausforderung, weil die Bundesländer fast keine eigenen Steuereinnahmen haben, an denen sie drehen können. Sie haben aber ein massives Personalkostendilemma: Die meisten Beamte sind Landesbeamte, Lehrer, Polizisten, Richter, Hochschullehrer. Viele, die in den 1970er Jahren eingestellt worden sind, gehen in den kommenden Jahren in den Ruhestand. Das heißt, es gibt eine massive Pensionswelle, die die Bundesländer vor sich herschieben und der Freiheitsgrad der Bundesländer bei den Ausgaben wird in den nächsten Jahren auf Null sinken, weil die gesamten laufenden Einnahmen gebunden sind durch diese Kosten. Das muss man wissen, wenn man bedenkt, dass Kinder- und Jugendhilfe im Wesentlichen abhängig ist von kommunalen Haushalten und von landesseitigen Regelungen und Zuschüssen.

Das ist natürlich alles schon schwierig genug und dann bekommen wir jetzt auch noch den Fiskalpakt. Ich will Sie auch dafür sensibilisieren. Wenn die Politik gerade verhandelt über den Fiskalpakt,

dann müssen Sie sich klar machen, dass der Fiskalpakt eine erhebliche Zuspitzung darstellt, weil die Kommunen bisher nicht von der Schuldenbremse betroffen waren, durch den Fiskalpakt werden die Kommunen aber genauso unter die Schuldenbremse und zwar noch schneller gezwungen, weil der Fiskalpakt auf europäischer Ebene die Implementierung der Schuldenbremse ist und die EU-Ebene sagt, dazu gehören die gesamten Staatsausgaben, d.h. auch die kommunalen Haushalte. Das heißt, die Kommunen werden über den Umweg des Fiskalpaktes unter die Schuldenbremse gedrückt und das wird die von Kommunalfinanzen abhängigen Sozialbereiche fundamental treffen. Das muss berücksichtigt werden, denn: Man kann noch soviel fachlich diskutieren, aber das wird unglaublich viel Druck ausüben.

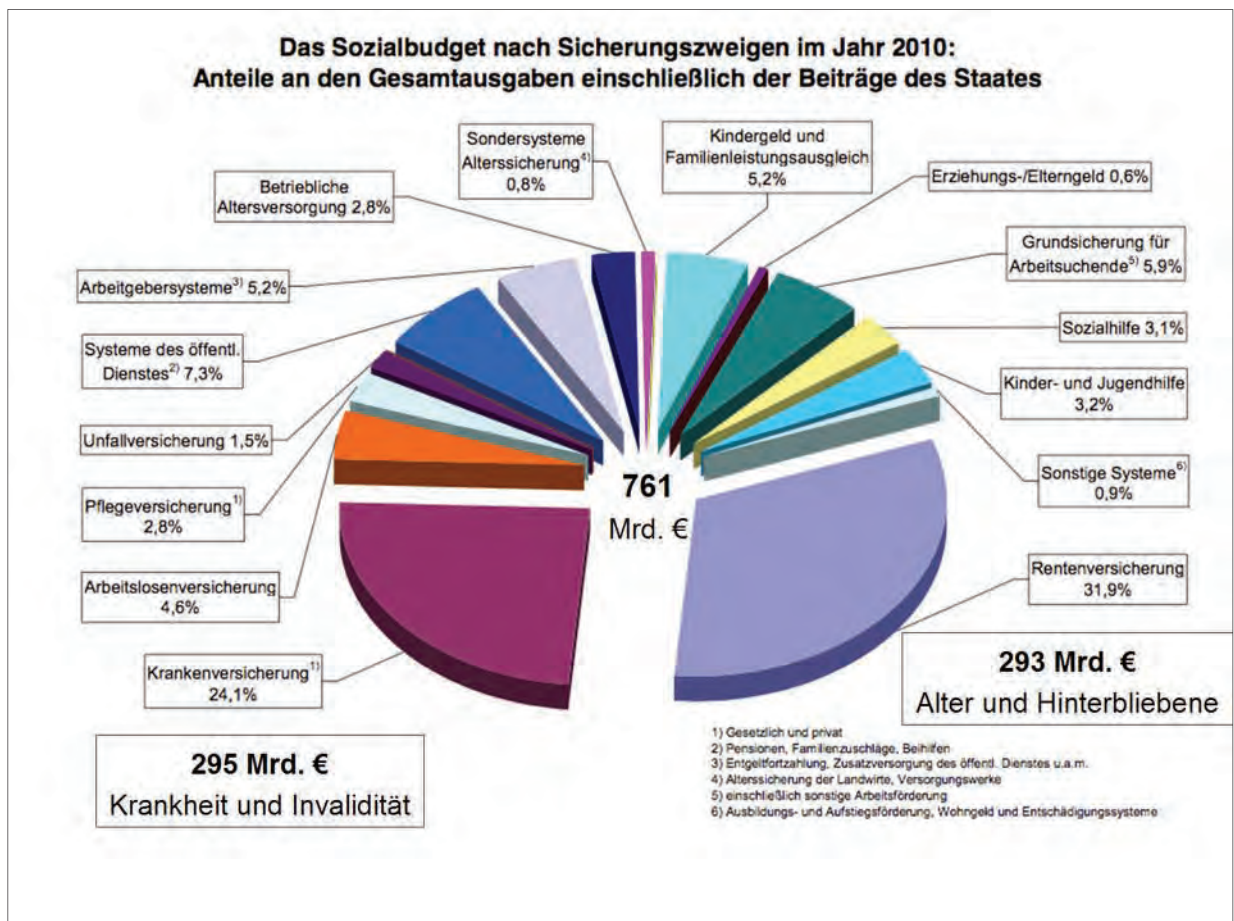
Ein letzter Punkt noch: Investitionsstau und Bedarf an echten Neuinvestitionen. Schaut man sich die Nettoinvestitionen des Staates in Deutschland an, dann erkennt man, dass diese Anfang der Nuller-Jahre in den negativen Bereich gerutscht sind. Jeder Ökonom weiß, was das bedeutet. Wir sind in Deutschland in die Phase des Verfalls der öffentlichen Infrastruktur eingetreten – betriebswirtschaftlich gesprochen – denn die Abschreibungen sind höher als die gesamten Bruttoinvestitionen. Wir leben seit Jahren nicht nur von der Hand in den Mund, sondern von der Substanz, die früher einmal geschaffen wurde.

Ein Drittel aller Autobahnbrücken sind so morsch, dass sie im Prinzip abgerissen und neu gebaut werden müssen. Es ist jedoch viel zu wenig in die Erhaltung investiert worden. Und das sind nur die Autobahninvestitionen. Wir brauchen neue Energienetze, massive Investitionen, und unsere Infrastruktur im Westen verfällt sehenden Auges. Und dann kommt die AWO in den Kommunen und sagt, wir brauchen aber ganz viele Kindertageseinrichtungen, Jugendhilfeeinrichtungen usw. Ich will Sie auf dieses immer stärker werdende Spannungsverhältnis hinweisen und das hat Auswirkungen, weil viele Segmente der sozialen Arbeit von der kommunalen Haushaltslage, von kommunalen Entscheidungen abhängig sind.

Sie werden von der Kommune unter Druck gesetzt durch diese finanziellen Entwicklungen und gleichzeitig haben wir auch in den großen

Systemen negative Effekte der Ökonomisierung, wo man nicht mehr quersubventionieren kann: Sehen Sie sich den Kostendruck an, den man hat, wenn man mit so großen Organisationen wie der Bundesagentur für Arbeit arbeiten muss oder wenn man im Fallpauschalensystem im Krankenhaus arbeitet. Da wird alles durchökonomisiert und da gibt es auch keine Entlastungsmöglichkeiten mehr. Ganz besonders problematisch ist die Verengung auf eine Auftragsfunktionalität mit der doppelt negativen Folge der ausschließlichen Abhängigkeit von Budgetaspekten bei den Auftraggebern und eine Instrumentalisierung durch diese. Und das trifft die Kinder- und Jugendhilfe genauso. Wenn sie von außen schauen: Was haben wir erlebt, wo war Wachstum in der letzten Zeit im großen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe neben dem Kitaausbau?: Vor allem in der Reduktion von Hilfen zur Erziehung. Diesen Aspekt haben Sie auch dankenswerter Weise in Ihrer Weimarer Erklärung ganz deutlich hervorgehoben unter dem Stichwort Kinderschutz, auf den Aspekt einer sehr eng zusammengeschnurrten Kontroll- und Überwachungsfunktionalität von Kinder- und Jugendhilfe, was den Fall der Kindesmisshandlung

angeht und da wird man beauftragt und dafür kriegt man auch Geld. Aber die Frage ist ja, ist das wirklich Kinder- und Jugendhilfe so in dem Verständnis wie man sich das wünschen würde? Und des Weiteren ist zu nennen der Aspekt, den ich eben gerade am Beispiel der Krippen dargestellt habe: dieses Träger-Bashing: Durch diese finanziellen Entwicklungen werden bestimmte Bereiche wie Pflege und beispielsweise auch das Übergangssystem im Bereich zwischen Schule und Beruf derart unter Druck gesetzt, dass wir überall problematische Arbeitsverhältnisse haben, weil dieser Druck weiter gegeben wird an die eigenen Beschäftigten. Dann gibt es Träger-Bashing, was bedeutet, Sie werden dafür verantwortlich gemacht. Denn in der Berichterstattung heißt es dann: Die AWO zahlt schlecht. Oder die Diakonie gründet irgendwelche GmbHs um Lohndumping zu machen, da wird doch nicht gesagt das ist eine Folge eines komplizierten Finanzierungsnetzwerkes und von Preiswettbewerb oder so, sondern die Träger werden in die Haftung genommen und das sollte man nicht unterschätzen, weil das bleibt bei den Menschen hängen und natürlich haben die Wohlfahrtsverbände auch selbstgemachte

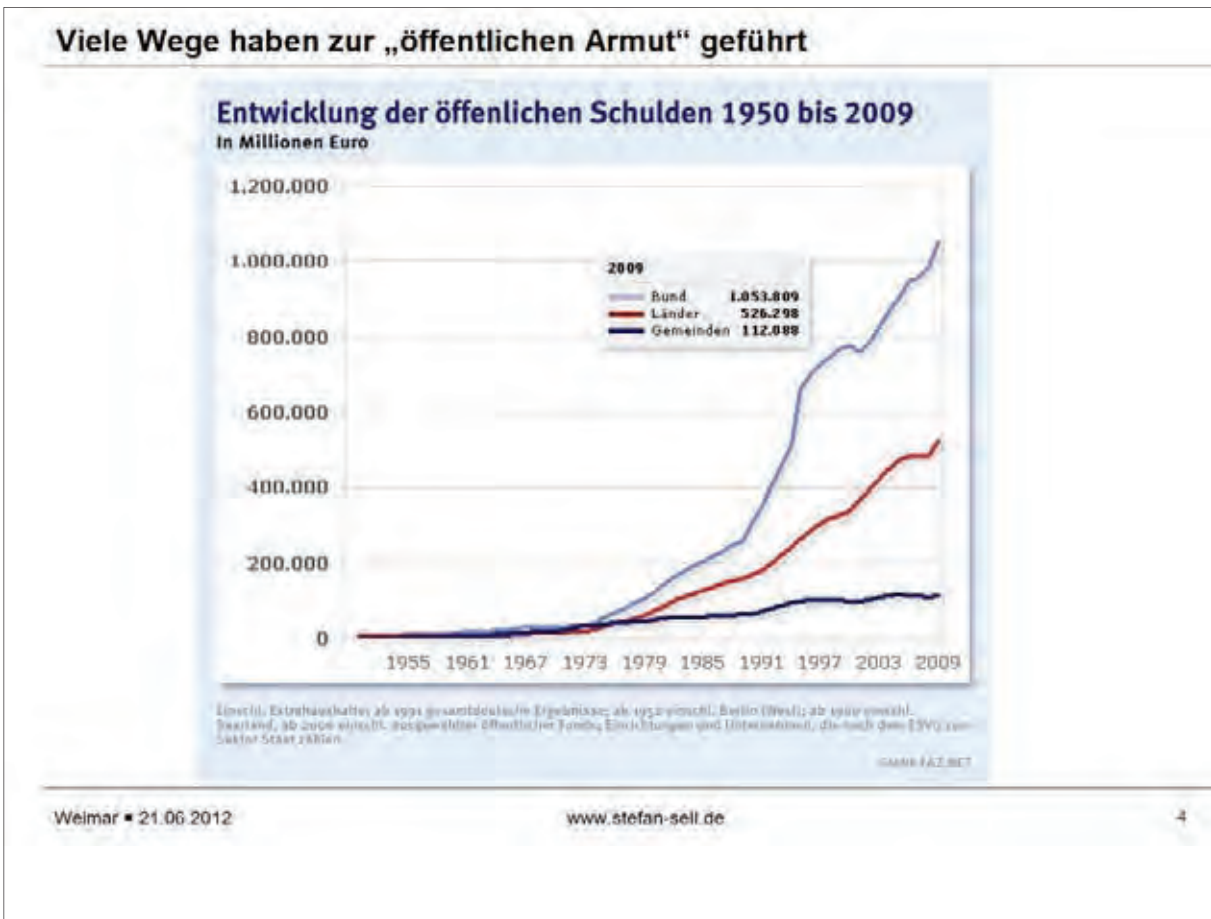




Verstärker, die ich hier schon angedeutet habe. Das spielt für die AWO Gott sei dank keine Rolle. Aber die großen kirchlichen Wohlfahrtsverbände stehen sich mit dem dritten Weg selber im Weg – der Ausgründung mit dem Ziel der Lohnkostensenkung. Das sind doch die Themen, die in den Verbänden eine große Rolle spielen. Was heißt das an Perspektiven? An allererster Stelle sollte aus meiner Sicht die Finanzfrage stehen. Sie werden auch noch in den nächsten zehn Jahren Kongresse zu Kinder- und Jugendhilfe und der grandiosen schlechten Finanzausstattung machen, wenn die Verbände nicht begreifen, dass heute die Finanzfrage an allererste Stelle gesetzt werden muss. Die soziale Arbeit ist nun mal eine abgeleitete Größe der öffentlichen Haushalte. Wenn man nicht begreift, dass Steuerpolitik eine neue und zentrale Komponente wohlverbandlichen Handels sein muss und dass als Zielgröße eine Neuordnung der föderalen Finanzverfassung auf die Agenda gesetzt werden muss, dann werden noch so berechnete fachliche Forderungen gegen eine unsichtbare, aber total harte Mauer laufen, nämlich die Mauer der (angeblich bzw. im System tatsächlich auch) nicht vorhandenen

Finanzen. Das heißt, die Einnahmeseite muss zu einem zentralen Thema der Wohlfahrtsverbände werden und zwar aggressiv und auch offensiv vorgetragen.

Eine weitere Strategie wäre eine Gegenkartellierung in den Bereichen, die unter dem Druck stehen, dass Sie sich auf sogenannten „Märkten“ bewegen wo es eine monopolistische Nachfrage gibt, die Ökonomen sprechen hier von einem Monopson. Ein Jugendamt ist für den Jugendhilfeträger, wenn er konkurrieren muss um Aufträge, ein monopolistischer Nachfrager. Das Jugendamt hat einen Vorteil: Es ist sozusagen der alleinige Nachfrager und dann sind da AWO, Diakonie, Caritas und konkurrieren um den Auftrag. Das ist eine der übelsten Marktformen für die Anbieterseite. Das merkt auch jeder von Ihnen vor Ort, wenn Sie in Preis(dumping)verhandlungen sind. Die normale Reaktion nach dem Lehrbuch wäre: Die Anbieter müssen sich gegenkartellieren, sie müssen sich zusammenschließen und sagen: Unter einem bestimmten, natürlich zu begründenden Preis bieten wir nicht an. Das fordere ich schon seit vielen Jahren. Jetzt weiß ich natürlich, wie



schwierig das ist, ich weiß wie schwierig das im verbandlichen Bereich ist und deswegen möchte ich etwas anderes hervorheben. Ich versuche jetzt, eine Bypass-Strategie zu definieren: Sie können und müssen Standards guter Arbeit definieren. Denn ansonsten haben sie keine Basis dafür, dass Sie sagen, unter diesem Preis kann ich nicht und will ich nicht mehr anbieten und dürfen wir auch nicht mehr anbieten. Das ist die andere Argumentation: Nicht ich will, weil sonst sagt man ihnen sofort, die AWO will doch nur „Gewinn“ machen. Nein, nur wenn ich Standards guter Arbeit definiert habe, kann ich sagen, unter diesem Preis kann ich diese Standards nicht erfüllen.

Und wenn wir über Kinder- und Jugendhilfe reden und über das Gefälle zwischen der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen und klassischer Jugendhilfe/HzE: Ich weiß, wie die Kollegen im HzE-Bereich unter Druck sind, aber wenn Sie den HzE-Bereich vergleichen mit dem Kita-Bereich, dann werden Sie einen Unterschied sehen: Man kann teilweise noch, das ist lokal natürlich unterschiedlich, mit „klassischer“ Jugendhilfe Geld verdienen, schwarze Zahlen schreiben. Und

das kann man nur, weil in der Wachstumsphase der klassischen Jugendhilfe in den 70er und 80er Jahren auch auf Grund eines hohen Professionalitätsgrades, eines hohen Akademikeranteils und einer wissenschaftlichen Unterstützungen an den Hochschulen hohe Standards definiert wurden – bitte immer relativ – hohe Standards und deswegen werden die Kämmerer ja auch so nervös, wenn die das Wort HzE hören. Weil in Kombination mit individuellen Rechtsansprüchen und diesen Standards werden aus ihrer Sicht natürlich hohe Ausgaben generiert. Und jetzt schauen Sie sich mal die sogenannten Standards im Kita-Bereich an: 1,5 Erzieherinnen in einer Gruppe ist nicht nur mathematisch eine Zumutung, sondern auch inhaltlich nicht begründbar. Das ist nicht begründbar. Es ist das Ergebnis einer historischen Fortschreibung.

Dazu gehört natürlich auch drittens die Diskussion über Verweigerung und Exit-Option, also an einer bestimmten Stelle zu sagen, wir verweigern uns einer weiteren Auftragsübernahme, die letztendlich auf unsere Kosten geht und wir steigen auch als Option aus, bzw. wir drohen mit einem

### Viele Wege haben zur „öffentlichen Armut“ geführt

- **Steuerreformen** seit den 1980er Jahren, vor allem aber seit Rot-Grün in den Jahren 1998 ff. mit der Folge erheblicher Steuermindereinnahmen (in Relation zu den öffentlichen Ausgaben)
  - Entlastung der oberen Einkommensgruppen
  - Verschiebung von den direkten zu den indirekten Steuern
  - Entlastung der Kapitaleinkommen
- **doppelte Verschuldungsproblematik** des Staates
  - **vor** der Banken- und Finanzkrise
  - **seit** der Banken- und Finanzkrise
- **föderale Verzerrungen** bei Ausgaben und Einnahmen
- **Investitionsstau** und **neue, zusätzliche Investitionsbedarfe**
- Umbau des Sozialversicherungsstaates zum **(steuerfinanzierten) Grundsicherungsstaat**

Ausstieg. Was glauben Sie denn, wenn die Verbände, die zwei Drittel aller Kita-Plätze stellen, Kirchen, AWO und Parität, wenn die gemeinsam sagen würden, wenn bestimmte Standards nicht erfüllt werden können in der jetzigen Situation, dann werden am 01. Januar des Jahres 2013 oder 2014 alle Kitas in kommunale Hand übergeben. „Machen Sie das doch alleine!“ – erst mal als Drohung, natürlich in der Hoffnung das die Politik einlenkt, aber regional kann das durchaus mal bedeuten wirklich zu sagen: Wenn du da nur noch Geld reinbutterst, zu sagen, komm nimm deine Kita und mach das selber. Die Politik reagiert meiner Erfahrung nach erst und heute nur noch auf solchen Druck. Sie reagiert doch kaum noch auf fachliche Argumente. Das meine ich mit Exit-Option. Ich weiß, das ist eine große Zumutung, auch an die Verbände, und es ist auch schwierig.

So, nun komme ich zum Ende. Der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Ideal und Realität. Meine Studenten sagen immer, wenn sie das SGB VIII gelesen haben, das sei das schönste Sozialgesetzbuch, das es gibt, von der Philosophie her, vom Aufbau her, da sind individuelle

Rechtsansprüche normiert. Denn sagen die immer, ein in sich stimmiges Gesetzbuch, vor allem im Vergleich zum schlimmsten Gegenüber, dem SGB II. Die Philosophie des SGB VIII: Einheit der Kinder- und Jugendhilfe, dieses Wort ist heute noch gar nicht gefallen. Es gibt diese faszinierende Grundphilosophie, wenn wir wie an die KJHG-Entstehungsgeschichte denken.

Und was passiert jetzt? Oder was ist jetzt passiert? Die Einheit der Kinder- und Jugendhilfe ist eine proklamatorische und sie hat sich in der Realität ganz anders entwickelt. Wir haben auf der einen Seite den Bereich der Kitas, wir haben auf der anderen Seite den Bereich der klassischen Jugendhilfe mit seinem Schwerpunkt Hilfe zur Erziehung, vorgelagert Erziehungsberatung usw., aber HzE als Schwerpunkt. Dazwischen war eine dicke Mauer und ist eine dicke Mauer. Und jetzt haben wir ein Problem: Der Kita-Bereich der wächst, der expandiert durch die Einführung von Rechtsansprüchen, aber doch nicht nur dadurch, sondern weil immer mehr Kinder in die Kita gehen, weil immer mehr Kinder immer länger in die Kita gehen, weil immer mehr Kinder früher





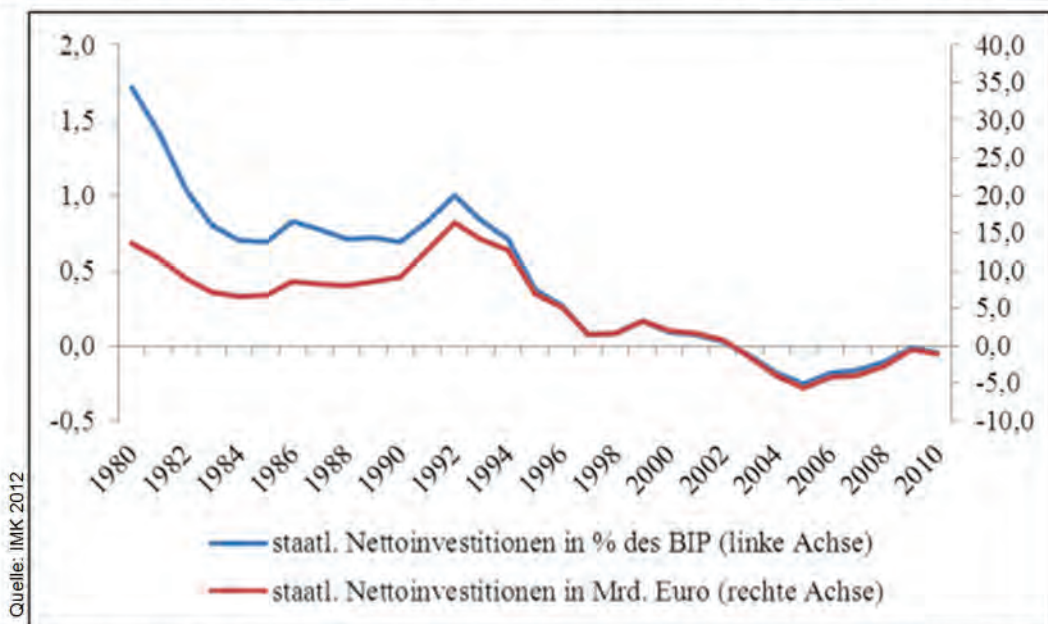
in die Kita gehen und weil die Kitas immer flexibler werden sollen, weil sich unsere Arbeitswelt ändert usw. Der Kita-Bereich expandiert in alle Richtungen mit den Problemen, die daraus natürlich entstehen. Stichwort Personal. Die Frage war: Wer soll das eigentlich alles machen?

Der HzE-Bereich hingegen ist in einem doppeltem Sinne in den letzten Jahren schwer unter Druck, in einem Sinne einer Kompression, d.h. er wird zusammengedrückt und zwar nicht nur dahingehend, dass er immer stärker reduziert wird auf das, was unbedingt sein muss, sondern damit einhergehend ist ein enorme Erhöhung der Fallschwere zu verzeichnen in den Hilfen, wenn man an die stationären Hilfen denkt. Gleiches Problem habe die Altenpflegeheime: Wenn Sie Pflegeheime von vor 20 Jahren vergleichen mit heute, dann werden Sie sehen, dass diese genau das gleiche durchgemacht haben, was die stationären Hilfen heute durchmachen. Immer später kommen die Leute mit einem immer höherem pädagogischem Schweregrad, also wenn es überhaupt nicht mehr geht, wenn ihre Biografie schon total beschädigt ist. Und so ist es auch in den Altenheimen auch: Bei 86 Jahre liegt

das Heimeintrittsalter heute. Die Menschen sind so gut wie alle in der Pflegestufe 2 oder 3, 60 Prozent sind demenzkrank. Vor 15–20 Jahren dagegen gab es noch ein Drittel Menschen, die im Wesentlichen nur Hotellerie-Leistungen in Anspruch genommen haben. Diese Menschen gibt es ja heute gar nicht mehr in den Pflegeheimen. Aber der Personalschlüssel hat sich nicht annähernd an diese veränderte Grundgesamtheit angepasst und das merken auch die HzE-Leute jetzt auch in dem stationären Bereich, der die gleiche Transformation erlebt. Es ist genau der gleiche Prozess, das sind die Analogien und dann versucht man hier eine „Entlastung“ durch Sozialraumorientierung usw. (ist auch so ein Catch-All-Begriff geworden), durch ambulant vor stationär, weil das angeblich billiger ist. Angeblich billiger. Es ist aber nirgendwo nachgewiesen.

Die nächste Baustelle: Ich beobachte immer mit großem Interesse, was so im Ganztagsschulbereich passiert, z.B. in Nordrhein-Westfalen. Und sie wissen alle, dass dieser Bereich wichtig ist, wir haben den Trend zu Ganztagschulen. Da wird ausgebaut. Aber es wird durch die Finanzierungsprobleme, die ich anfangs geschildert habe,

### Die Entwicklung der staatlichen Nettoinvestitionen in Deutschland



Gesamtwirtschaftlich sind wir in die **Phase des Verfalls der öffentlichen Infrastruktur** eingetreten. Technisch gesprochen: Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen der Kommunen übersteigen ihre Investitionen erheblich. Dabei wären nicht nur Reparaturen und Ersatzinvestitionen notwendig, sondern auch Neuinvestitionen.

wieder möglichst billig umgesetzt. Und in Nordrhein-Westfalen macht sich die AWO auch „die Hände schmutzig“, mit den Preisen, mit denen sie dort arbeiten. Diese Preise sind ja oftmals inakzeptable Kampfpreise, das geht doch gar nicht, damit kann man doch nicht arbeiten oder nur mit irgendwelchen Niedriglöhnen. Und wenn wir ehrlich sind: Da muss auch die AWO kritisch mit sich ins Gericht gehen und sagen wo ist unsere Grenze und wo machen wir auch irgendwann nicht mehr mit. Nicht im Sinne von Geschäft verlieren, denn Sie verlieren dabei sowieso. Wer arbeitet denn da im offenen Ganztagsschulbereich? Wenn wir von der Personalqualität ausgehen, dann ist das das problematischste Arbeitsfeld, denn dort gibt es überhaupt keine Standards, denn da werden Leute eingesetzt ohne irgendeine Regulierung, ohne irgendeine Vorstellung und das verschärft den Druck, den wir hier haben.

Und den Trägern aus der klassischen Jugendhilfe möchte ich zurufen, die Zeit des Aussitzens bei der Frage ihrer Personalprobleme ist vorbei. In der klassischen Jugendhilfe arbeiten zu über 25 Prozent Erzieherinnen und Erzieher, d.h. man

hat sich bedient aus der Breitbandausbildung der Erzieher und der Männer, die noch mit 10 Prozent in den Fachschulen vertreten sind und nur zu 3 Prozent in den Kitas landen. Und das ist so, weil die meisten Männer in den Jugendhilfebereich abgewandert sind. Obwohl natürlich die meisten für Kitas ausgebildet werden. Nunmehr ist man in den letzten Jahren seit 2004 in Verbindung mit den Studiengängen ein Weg der Spezialisierung gegangen und es gibt inzwischen sogar durchaus fragwürdige Subspezialisierungen, wie z.B. auf Inklusionskindheitspädagogik oder auf U3-Betreuung. Aus meiner Sicht wird sich dieser Weg der Spezialisierung irgendwann bitter rächen. Schauen Sie doch in andere Berufsfelder, die für die AWO wichtig sind. Beispielsweise in der Pflege gehen wir gerade den Weg, die spezialisierten lebensaltersbezogenen Ausbildungen zu beseitigen und zu einer generalisierten pflegerischen Grundausbildung zu kommen und auch die Studiengänge generalisierend anzulegen und erst später eine Spezialisierung, wenn es notwendig ist, einzuführen. Da gehen wir genau den Weg in Richtung Breitbandausbildung, während wir ihn bei den Erzieherinnen genau umgekehrt gehen.

### Appendix-Problematik der Sozialen Arbeit

- Abhängigkeit vieler Segmente der sozialen Arbeit von der kommunalen Haushaltslage und kommunaler Entscheidungen
- zugleich negative Effekte der Ökonomisierung in den großen Systemen (Bundesagentur für Arbeit, Fallpauschalensystem im Krankenhausbereich usw.)
- Verengung auf eine „Auftrags-Funktionalität“ (→ mit der doppelt negativen Folge der ausschließlichen Abhängigkeit von Budgetaspekten bei den Auftraggebern und einer Instrumentalisierung durch diese)
- „Träger-Bashing“ (→ Arbeitsmarktpolitik, Jugendhilfe, Pflege usw. → demnächst Krippen?)
- aber auch selbstgemachte Verstärker (→ „Dritter Weg“, Ausgründungen mit dem Ziel der Lohnkostensenkung usw.)

Und ich bin mir sicher, dass wir in ein paar Jahren eine Diskussion darüber bekommen, ob diese Spaltung, die wir jetzt auch im Ausbildungssystem bekommen, richtig war. Und diese verschärft aber die Rekrutierungsprobleme der klassischen Jugendhilfe ganz enorm und dann kommt ja noch hinzu, dass auch die Bologna-Reform bei den Studiengängen „Soziale Arbeit“/ „Sozialpädagogik“ dazu führt, dass ein bisher sehr breites Berufsfeld in das Nirwana der Subspezialisierung aufgelöst wird. Die Studiengänge haben ja mittlerweile fast alle eigene Namen. Sie können die Module gar nicht mehr miteinander vergleichen. D. h., der Rekrutierungsaufwand wird sich auch bei den „Akademikern“ erhöhen und erschweren und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Und das setzt neben der Frage des quantitativen Personalbedarfs, der in der Diskussion dominiert, die Systeme schwer unter Druck. Und deswegen plädiere ich an dieser Stelle unbedingt dafür, die fachliche Diskussion dahingehend zu führen, wie wir vor diesem Hintergrund, den wir ja jetzt nicht wegdefinieren können, wie wir nicht nur quantitativ genügend Leute in die Einrichtungen bekommen, sondern wie wir eine über diese drei Bereiche wieder einheitlichere Personalstrategie hinbekommen. Und deswegen füge ich am Ende wieder hinzu, an dieser Stelle die Einheit der Kinder- und Jugendhilfe aufzugreifen und als Chance zu nutzen, über diese Bereiche eine gemeinsame Standarddiskussion zu führen, auch zu lernen vielleicht von den Leuten aus der klassischen Jugendhilfe, wie man bestimmte Dinge definieren kann und muss. Und dabei auch abteilungs- oder sektorenübergreifend zu denken.

Wir sollten auch ehrlich darüber diskutieren, wie verhindern wir im Kita-Bereich eine Mechanik des nicht erfüllbaren Rechtsanspruches bei formaler Nicht-Abschaffung des Rechtsanspruches, dass am Ende ein Ergebnis herauskommt, mit dem der ganze Bereich der Bildung, Betreuung und Erziehung der kleinsten Kinder in Einrichtungen desavouiert wird. Und das treibt mich diese Tage am meisten um, weil das ganz viele Verlieren produziert: Dass die Kommunen alles versuchen werden, um den Rechtsanspruch zu erfüllen, aber gleichzeitig die Bedingungen so schlecht werden, dass gerade die bewussten Eltern abgestoßen werden. So wird nicht nur die Idee der Krippenbetreuung massiv geschädigt, weil die Leute dann irgendwann sagen, dass man da kein Kind hingeben kann, d. h. man schädigt das eigene Tun, die Mitarbeiter in den Kitas werden total überfordert und laufen gegen eine Wand. Und wir haben ja auch eine Verantwortung für die Menschen die heute in den Einrichtungen arbeiten und wir reden hier über ein- und zweijährige Kinder und wenigstens an dieser Stelle sollten wir als Fachleute der Politik sagen: Das ist Mindestniveau, darunter wird kein einjähriges oder zweijähriges Kind betreut, gebildet und erzogen, das sind doch keine Versuchskaninchen. Das sollte die zentrale Botschaft in den kommenden Monaten sein.



## Perspektiven jenseits das paralysierenden Status Quo

### (1) Finanzfrage

- Steuerpolitik als neue, zentrale Komponente wohlfahrtsverbandlichen Handelns
- Neuordnung der föderalen Finanzverfassung als Zielgröße

### (2) „Gegenkartellierung“ und Standards guter Arbeit

### (3) Verweigerung und Exit-Option

### (4) „Repolitisierung“ der Sozialwirtschaft in Verbindung mit einer vernünftigen Wirkungsorientierung der eigenen Arbeit

Weimar ■ 21.06.2012

www.stefan-sell.de

9

## „Erfolgsmodell“ Kinder- und Jugendhilfe !?



Weimar ■ 21.06.2012

www.stefan-sell.de

## Fachdiskussion in der Kinder- und Jugendhilfe seit 1990

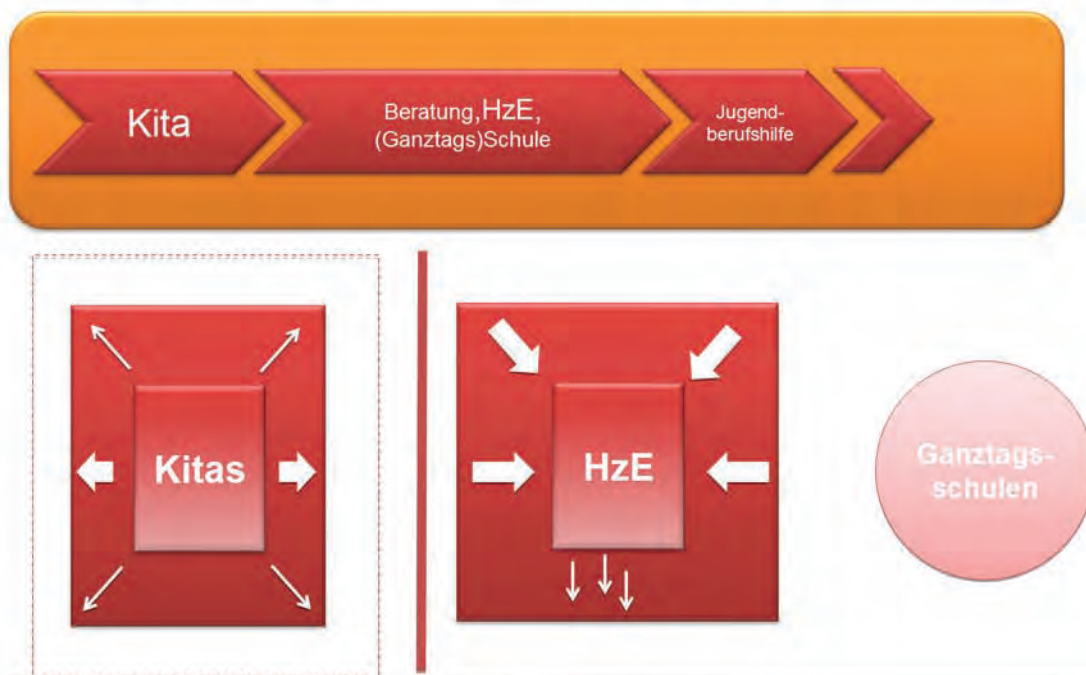
Fachdiskussion seit 1990:

- 1 **Gemeinwesen- und Sozialraumorientierung** als Konkretisierung des Anspruchs auf Lebensweltorientierung in der Jugendhilfe (→ allerdings ist Sozialraumorientierung mittlerweile zu einem „Catch-All-Begriff“ geworden)
- 2 Die **Qualitätsdebatte**, entstanden aus der Managementdiskussion, dann aber zunehmend unter fachlichen Gesichtspunkten „reformuliert“
- 3 Stärkung von **Selbsthilfepotenzialen** und **Betroffenenpartizipation**
- 4 Schaffung **integrierter Angebote und fallspezifischer Kooperation von Angeboten**, um die versäulte Finanzierungs- und Organisationsstruktur der Jugendhilfe zu flexibilisieren
- 5 **Niedrigschwellige Angebote und Prävention**

Weimar ■ 21.06.2012

www.stefan-sell.de

## Einheit der Kinder- und Jugendhilfe !? Zwischen Ideal und Realität



Weimar ■ 21.06.2012

www.stefan-sell.de

13



## 15 Jahre AWO-ISS-Armutsstudie – Zentrale Erkenntnisse und Konsequenzen für ein Aufwachsen im Wohlergehen

### Gelingendes Aufwachsen benötigt starke Familien (Vortragsdialog)

*Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS), Frankfurt am Main*

*Dr. Karin Jurczyk, Deutsches Jugendinstitut, München*

*Moderation: Verena Wittke, AWO Bundesverband e. V.*



#### **Frau Holz, welche Bedeutung hat Armut im Leben betroffener Kinder und Jugendlicher und ihrer Familien?**

Eine ganz entscheidende. Man kann 15 Jahre AWO/ISS-Studie nicht in fünf Minuten zusammenfassen, aber ich freue mich, dass so viele jetzt im Raum sind, die in irgendeiner Weise in diesen 15 Jahren daran mitgewirkt haben, sei es der Vorstand, sei es die Geschäftsführung, sei es die Steuerungsgruppe, seien es auch die Fachkräfte. Und wenn wir auf 15 Jahre zurückblicken, dann will ich auch einen Bezug zu ihnen allen herstellen.

Mitte der 90er Jahre begann die Diskussion um Armut in Deutschland, also vor 20 Jahren ungefähr. Der Blick, sowohl in der Forschung wie in der Praxis, galt nicht den Kindern und Jugendlichen, sondern es wurde immer von Familien gesprochen. Doch wenn wir von Familie sprechen, kommen wir ganz schnell auf das Bild von einer Mittelschicht – aus der Perspektive von damals gesehen – und Armut kam nur als Randnotiz hinzu. Das war ein Aufhänger zu sagen, wir reden immer über Armut, wissen aber überhaupt nichts über Kinder und Jugendliche in Armut und wissen auch nicht aus der Forschung, was Armut und Armutsfolgen heißt. Das war der erste Schritt. Die Studie hat 1997 begonnen, damals mit einer Vollerhebung, bezogen auf Einrichtungen der Kindertagesbetreuung. Eine der Erkenntnisse war: Wir wissen nichts über Armut im frühen Kindesalter, wir wissen sehr viel über Jugendliche, benachteiligte Jugendliche im Übergang, aber nichts über Armut in diesem frühen Alter. Es waren damals knapp über 1000 Kitas, die mit einbezogen worden sind. Heute hat die

AWO über 2200 Kitas. Daran zeigt sich, dass die Fragestellungen, die Armut betreffen, weiterhin eine hohe Bedeutung haben.

Damals war der Gedanke, überhaupt etwas über Armut wissen zu wollen. Daraufhin wurden ein kindgerechter Armutsbegriff entwickelt und daraus ein Konzept, das wiederum später Ressourcen der Familien mit der Lebenssituation der Kinder oder Jugendlichen verbindet. Im nächsten Schritt ging es darum, auf die Einkommenssituation der Eltern zu schauen, denn Kinderarmut ist in erster Linie an die Einkommenssituation der Familie gekoppelt. Welche Folgen hat das für die Lebenssituation, die Entwicklungsbedingungen, die Zukunftschancen der jungen Menschen? An dem Punkt setzte die AWO/ISS-Studie an.

Wir haben keine Repräsentativstudie gemacht, denn wir wollten nicht wissen, wie viel Anteil an Armut es in Deutschland gibt, sondern wir wollten wissen: Was heißt das? Mitgemacht haben zunächst 60 Kitas aus allen Bezirks- und Landesverbänden der AWO mit jeweils ungefähr 25 Kindern, so dass wir auf insgesamt 1000 Kinder kamen. Die ganze Zeit über waren die Kolleginnen und Kollegen aus den Kitas als Feldforscherinnen und Feldforscher miteingebunden. Auch das ist ein herausragender Punkt.

Erkenntnisse aus diesem Bereich: Kinder – auch arme Kinder – wachsen sowohl im Wohlergehen als auch multipel depriviert auf. Der Begriff des SGB VIII, „im Wohlergehen“ ist auch eine der Lebenslage-Typen der AWO/ISS-Studie geworden, nämlich nach Wohlergehen zu fragen, denn Armut hat ganz deutliche Auswirkungen auf die Lebenssituation der Kinder, das sollte damit noch

einmal herausgestellt werden. Ein erstes Ergebnis schlug sich im Sozialbericht 2000 nieder. Die damalige Ministerin hatte das Thema „Armut bei Kindern“ als relevant angesehen. Ich kann mich noch an die Pressekonferenz erinnern, wo wir das „Gesicht von Armut“ quasi deutlich gemacht haben.

Fortgesetzt wurde das Vorhaben in der zweiten Studie. Die Studie war zunächst gar nicht als Langzeitstudie geplant, sondern erst einmal nur als Überblick zum Thema „Armut bei Kindern“. Die obersten AWO-Gremien hatten dann beschlossen, die Studie weiterzuführen – mittlerweile sind es 15 Jahre! Der nächste historische Einschnitt kam 2002/2003: Schutzfaktoren, Resilienz – arme Kinder müssen nicht automatisch mit Gewalt und Sucht und sonst welchen deprivierten Situationen aufwachsen, denn es gibt Schutzfaktoren.

2005 startete die dritte Studie. Jetzt ging es um eine Wiederholungsbefragung. Die Kinder, die 1993 geboren worden waren, hatten das erste Mal als 6-Jährige an der Studie teilgenommen, das zweite Mal mit zehn Jahren. Welche Folgen von Armut bei den Kindern waren da zu erkennen? Die stärksten Folgen gab es im Bereich der existentiellen Grundsicherung – Essen, Trinken, Kleidung, Wohnen – Armut oder Einkommensarmut der Eltern hat gravierende Folgen für die Kinder. Hinsichtlich der kulturellen Situation: Schulweg, Übergänge in weiterführende, nicht im Sinne von höher gestellte, Schule, sondern Förderschulen. Dauerhaft in Armut lebten seit 1999 19 Prozent der Kinder. Aber es gab auch Dynamik. Kindheit heißt, es wechselt sehr häufig. Kinder sind sehr sensibel für negative wie für positive Bedingungen – sehr anfällig, aber auch sehr offen.

Wir sind in den Endzügen der vierten Phase. Wir haben 2009/2010 die Situation der Kinder zum dritten Mal untersucht. Jetzt sind sie 16 oder 17 Jahre und stehen vor dem Übergang in den Beruf bzw. in eine weiterführende Schule, in die Zukunftsorientierung. Was zeigt sich da? An dieser Stelle will ich kurz für die Hauptveranstaltung zum Thema werben, die am 25./26.9.2012 in Berlin stattfinden wird. Ich bitte das zu notieren, weil ich die Ergebnisse hier nicht alle vorstellen kann, aber sie sind zum Teil sehr erstaunlich, zum Teil sehr desillusionierend und verheerend. Ich möchte nur ein paar dieser neuesten Ergebnisse hier ansprechen:

Die Armutsbelastung oder die Folgen, die Armut hat, werden immer deutlicher. Ich hatte gerade von 19 Prozent gesprochen, die zwischen 1999 und 2003 dauerhaft in Armut lebten. Bezogen auf die Armutsdynamik 10 Jahre weiter, heißt das, dass 51 Prozent der Jugendlichen seit 1999 dauerhaft in Armut lebten. 78 Prozent der Jugendlichen, die wir uns angeguckt haben, waren nie arm. Die Dimensionen, das Spektrum zwischen beiden Gruppen, ist enorm. Von denen, die bereits als 6-Jährige schon Armutserfahrungen machen, ist jeder Zweite weder hinausgekommen aus der Armut noch hat eine Veränderung stattgefunden. Der Anteil ist größer geworden, die Belastungen sind größer geworden. Schauen wir uns den Lebenslage-Typ noch einmal an: Wohlergehen wird mit grün gekennzeichnet, das bedeutet eine positive Entwicklung, keine Auffälligkeiten; multiple Depriviertheit hingegen ist rot. Wenn wir das jetzt übersetzen: Von den Kindern, die 1999 arm waren, lebten 23 Prozent trotzdem im Wohlergehen, also unter einer positiven Rahmenbedingungen. Gleichzeitig sind von diesen Kindern aber 48 Prozent, jedes zweite, vom Wohlergehen in die multiple Deprivation hinuntergerauscht. Mit diesen Ergebnissen, das will ich noch deutlich machen, können wir sagen, welche Auswirkungen Armut hat, und wir müssen uns entscheiden, wie lange wir uns das angucken wollen. Mit diesem Wissen aus der Studie können wir gewissermaßen die Lebensperspektive der Kinder und Jugendlichen voraussagen. Umgekehrt, wenn ich mir die nicht-armen Kinder anschau, die auch 1999 nicht arm waren, dann sehe ich, dass 45 Prozent von ihnen eine wunderbare Kindheit und Jugend erlebt haben. Da ist es genau umgekehrt. Fazit: Armut in der frühen Kindheit führt klar zum Abstieg, nicht-arm zu sein ist ein positiver Effekt.

**Dankeschön, Frau Holz, das bringt uns zum Punkt „Lebenslagen von Familien“. Frau Dr. Jurczyk, das ist Ihr Forschungsthema: Wie leben Familien, wie leben arme Familien in Deutschland?**

Vielen Dank zunächst einmal für die Einladung. Ich freue mich, dass ich als Familienexpertin geladen bin – aus zwei Gründen: Familien sind mehr als *Kontext* für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Familien sind die *Perspektiven* der meisten Kinder und Jugendlichen. Wir haben eine unglaublich hohe Zustimmung zum Thema Familie und Familiengründung bei den jungen Menschen.

Von daher geht es nicht nur um den Rahmen für Kinder und Jugendliche, sondern auch um die Idee ihres Wohlergehens und ihrer Vorstellung von Lebensqualität. Wie kann man den Kindern und Jugendlichen von heute ermöglichen, dass sie nachher auch selber eine Familie gründen können? Das vorab. Nun skizziere ich in wenigen Minuten, wie Familien heute leben. Das ist nicht ganz einfach.

Ich fange mit einem positiven Punkt an. Wir haben durch die World Vision-Studie – und ich rede jetzt über *alle* Familien, nicht über die armen Familien – einen wirklich positiven Befund, der lautet: Wir haben ein durchgängig verbessertes Familienklima in den Familien, das heißt, wir haben immer besser werdende Beziehungen und einen guten Austausch zwischen Eltern und Kindern. Das, finde ich, ist ein ganz wichtiger und positiver Aspekt für die Kommunikation und Interaktion in der Familie – auch bei Problemen. Dass Familien divers sind, muss ich Ihnen hier nicht mehr erläutern. Ein Punkt ist dabei jedoch wichtig, den möchte ich herausgreifen: Wir haben einen klaren Trend weg von der Ehe. Dieser Trend ist deshalb so wichtig, weil wir wissen, dass das Trennungsrisiko bei nicht-verheirateten Paaren noch höher ist als das Scheidungsrisiko bei verheirateten Paaren. Das hat ja dann auch wieder unterschiedlichste Folgewirkungen für die unterschiedlichen Familienmitglieder, Mütter, Väter und nicht zuletzt die Kinder.

Diese Diversität von Familien, Sie wissen es, ist regional hoch differenziert. Wenn wir über Familien in Deutschland reden, müssten wir eigentlich über ganz unterschiedliche Orte reden, in denen Familie gelebt wird mit ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Diese Unterschiede gehen sehr oft unter, auch hinsichtlich der fortschreitenden ethnischen und kulturellen Differenzierung. Was sich aber verändert hat in den letzten zehn, 20 Jahren sind diese, wie wir es nennen, Entgrenzungsbedingungen – das sind die Arbeitsbedingungen der Eltern, vor allem sind das die Anforderungen an zeitliche und räumliche Flexibilität und auch eine zunehmende Intensivierung der Arbeit. Die ganze Burn-out-Debatte hängt mit entgrenzten Arbeitsbedingungen zusammen, und Burn-Out hat Folgen in den Familien. Wir haben zunehmend durch die Arbeit sehr geforderte Eltern. Wir haben Prekarisierungsbedingungen

durch die Arbeitswelt, schwierige Berufseinstiege. Wir haben Befristungen, wir haben Phasen von Erwerbslosigkeit und das schlägt sich ja in den Familien alles sehr deutlich nieder. Eine Gruppe, die hier besonders relevant sein könnte, ist die sogenannte „Working Poor“-Gruppe: Diese Eltern arbeiten nicht nur sehr viel, sondern sie bekommen dafür auch noch sehr wenig Geld. Das ist eine Gruppe, bei der viele Probleme kumulieren. Und: Wir haben nach wie vor eine massive Geschlechterungleichheit in Familien: Es gibt zwar einen steigenden Anteil erwerbstätiger Mütter, die arbeiten aber *alle* in Teilzeit und zwar zu einer extrem niedrigen Teilzeit. Wir haben eine Spitze bei 15 Wochenstunden, das heißt, da wird auch gar nicht viel Geld verdient. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe, die sehr interessant ist – das sind die sogenannten Familienernährerinnen. Es sind inzwischen 20 Prozent der Haushalte, in denen die Frauen mehr Geld verdienen und mehr zum gemeinsamen Einkommen beitragen als die Männer, einschließlich der Haushalte der Alleinerziehenden. Diese ganzen Konstellationen, auch der Geschlechterarrangements in den Familien, passen nicht zu den Wünschen der Eltern, das wissen wir. Nur ein Drittel der berufstätigen Eltern ist zufrieden mit seinen Arbeitszeiten. Nur ein Drittel! Die Frauen wünschen sich längere Arbeitszeiten, die Männer wünschen sich kürzere Arbeitszeiten und haben gleichzeitig zumindest einen Wunsch nach aktiver Vaterschaft. Zu all dem, was ich Ihnen gerade beschrieben habe, kommen weitere externe Faktoren. Da ist dieser gestiegene Druck auf Eltern, ihre Kinder angemessen zu qualifizieren durch eine Bildungsentwicklung, die sagt: Förderung nicht erst vom ersten Tag an, sondern Förderung schon im Mutterbauch. Sie hören eine gewisse Skepsis in meiner Stimme, denn ich finde, wir müssen diese Notwendigkeit von Förderung und Bildung auch ein Stück weit mit Abstand betrachten. Das ist ein Druck, der sich auf Eltern auswirkt und Eltern sind auch vermehrt erziehungsunsicher – sie wissen nicht mehr, ob sie das Richtige für ihre Kinder tun. Das gilt für alle Eltern. Und gleichzeitig, auf der gesellschaftlichen Ebene, haben wir so etwas wie ein kollektives „Eltern-Bashing“, das heißt, Eltern werden zunehmend als diejenigen dargestellt, die „es nicht mehr bringen“. Teilweise wird auch dieser Kita-Ausbau so kommentiert: Die Eltern können das ja alles nicht mehr, deswegen brauchen wir

mehr KITAS. Dass da mehrere Faktoren zusammenwirken, ist viel zu wenig im Blick. Eltern werden also als Defizitgruppe, als Risikoträger usw. auch für ihre Kinder betrachtet; hochgekocht ist dieser Tenor sehr in der Kinderschutzdebatte.

Ich fasse zusammen: Die Studien sagen, die Eltern sind unter Druck, Eltern sind erschöpft. Die Familienwissenschaft stellt fest, dass Familie zunehmend aktiv hergestellt werden muss. Das ist eine eigene Leistung. Wenn ich jetzt noch ganz wenige Anmerkungen machen kann zu dem, was wir wissen über *arme* Familien, ergänzt sich das ganz gut: Die Studien zeigen erstaunlich deutlich, wie sehr sich auch noch die ärmsten und die Deprivilegiertesten bemühen, das Beste für ihre Kinder zu tun. Wir haben beispielsweise diese schöne Studie aus Nürnberg, die das zeigt. Trotzdem wissen wir, dass in den Familien, in denen Risiken – und das heißt nicht nur monetäre Armut – kumulieren, Krankheit oder anderes eher dazukommt, das dort tatsächlich auch statistisch das Risiko für Kindeswohlgefährdungen steigt. Ein weiterer Aspekt, den ich noch nennen will, aus einer interessanten Studie, die wir am DJI gerade durchführen zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und ARGE, ist: Eltern, die in ALG II-Bezug sind, fühlen sich zwischen den Hilfesystemen zerrissen und brauchen im Grunde eine Verbindung zwischen beiden Systemen.

Der allerletzte Punkt: Die soziale Spaltung in den Städten nimmt auch sozialräumlich weiter zu: Wir haben eine deutliche Tendenz – so die neue DIFU-Studie –, dass arme Familien in Großwohnsiedlungen an den Stadtrand ziehen.

**Ganz herzlichen Dank! Es sind sehr umfassende Erkenntnisse, die wir zur Situation armer Familien haben, aber auch zur Situation von Armut betroffener Kinder und Jugendlicher. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für eine zukünftige Sozial- und Familienpolitik, wenn es darum geht, allen Kindern ein Aufwachsen in Wohlergehen zu ermöglichen? Wie können Familien, Eltern und Kinder in Deutschland gestärkt werden?**

Gerda Holz: Wir haben ja jetzt die wunderbare Situation, dass wir miteinander in den Dialog treten und diese Fragen vertiefen können. Was mir besonders am Herzen liegt, ist, dass man bei solchen

Fragen, wie sie die AWO/ISS-Studie oder wenige Studien zu Armut bei Familien und die Folgen stellen, die wir in Deutschland haben, sowohl in der Politik, in der Praxis, aber auch in der Wissenschaft an den Punkt kommt, zu sagen: Wir haben nicht nach sozialer Schichtung zu fragen, wir haben nicht nach sozialen Aspekten, bei denen Berufstätigkeit, Bildungsstand etc. und Erwerbstätigkeit der Eltern eine Rolle spielt, zu fragen, sondern es ist die Frage: Wie ist die Situation nach Einkommen? Und damit nach Einkommenslagen, sprich nach Armut oder Nicht-Armut. Standard ist: Wenn es um Familien geht, kann ich nicht sagen, es ist soziale Schichtung, sondern es ist die Frage nach der Einkommenslage. Ich mache das deutlich an den Familien mit Migrationshintergrund. Es wird gesagt, hier ist eine Familie mit Migrationshintergrund, die müssen wir uns angucken, aber wir erfassen die komplexe Lebenslage dadurch nicht. Das ist für mich ein Punkt, an dem wir noch viel differenzierter werden müssen, um die reale Lebenssituation der Familien in ihrer Komplexität zu verstehen anstatt davor Angst zu haben und genau in die falsche Richtung zu schießen.

Karin Jurczyk: Das möchte ich gern ergänzen. Ich halte viel von dem hier heute auch schon angesprochenen: Dreiklang von Zeit – Geld – Infrastruktur für eine veränderte Familien- und Sozialpolitik! Was aber dringend ergänzt werden muss, wie ich finde, ist – querschnittig dazu im Interesse nicht nur der Familien, sondern gerade auch der Kinder selber – der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit. Der 7. Familienbericht hat deutlich gezeigt, dass wir keine Familienpolitik mehr machen können, ohne systematisch auf Gleichstellung zu achten. Das hat ja dann auch wieder ganz viel mit den Einkommensmöglichkeiten der Eltern zu tun und mit der Partizipation von Frauen am Erwerbsleben. Was muss geschehen? Wenn ich die Familienpolitik der letzten fünf bis zehn Jahre angucke, dann sehe ich ganz deutlich einen zunehmenden sozial-selektiven Bias. Wenn ich das scharf formuliere, würde ich sagen, wir haben eine Debatte um „Wer kriegt in Deutschland die richtigen Kinder?“ oder „Wer sind die richtigen Leute, die Kinder kriegen?“. Das halte ich für ein ganz großes Problem. Das hat man gesehen zum Beispiel bei dem Grundsockel des Elterngeldes: Als es das Erziehungsgeld noch gab, wurden Sozialleistungen nicht angerechnet, da bekamen

alle den Grundsockel von 300 Euro. Im ersten Jahr mit dem Elterngeld gab es noch diesen Grundsockel, doch der wurde inzwischen ganz abgeschafft. Solche Sozialleistungen werden verrechnet bei Eltern, die sich ohnehin schon in prekären Lebenslagen befinden. Ich finde, da zeigt sich eine richtig scharfe Tendenz zu sagen, wir geben denjenigen, die die richtigen Qualifikationen mitbringen, denjenigen, die wir für gebildet halten, das sind die, die auch für die Zukunft Deutschlands die Richtigen sind, die dann die Kinder bekommen. Diese Blindstelle Sozialpolitik in der Familienpolitik muss noch einmal ganz neu beleuchtet werden, und diese Verrechnungen gehen so nicht an.

[Applaus]

Gerda Holz: Ich möchte das unterstützen und aus der Studie heraus verstärken: Wir schaffen uns unsere vererbte soziale Armut selber. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass es bei den 6-Jährigen schon zu sehen war, und die sind in diesen zehn, 12 Jahren in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht gefördert und unterstützt worden, weil die Familie überfordert war, heißt das, dass auch der Anteil gestiegen ist. „Working poor“ erlebte 2005 einen Anstieg. Dann wurde langsam gesehen, dass daraus die zweite Armutssäule entsteht. Das ist dann der Anlass zu sagen: „Es kriegen die falschen Familien die falschen Kinder.“ Das ist Unsinn! Vielmehr ist es so, dass die Familien, die Kinder haben, nicht die Chance kriegen, ihre Kinder vernünftig aufwachsen zu lassen, und wir haben anschließend die Folgen. Daher mein Plädoyer dafür, diese Fragestellung in der Kinder- und Jugendhilfe früh anzugehen und nicht auf spätere Hilfen zu setzen. Bei den 6-Jährigen kann ich es sehen. Wir haben uns die Einschätzung der Kita-Erzieherinnen damals bei den Untersuchungen noch einmal angeschaut, wie prägnant die im Sinne von Ressourcenentwicklung Stärken von Kindern angesprochen haben. Die wurden dann aber selten aber weiter gefördert, weil die Eltern es nicht konnten, weil sie mit „Working poor“ beschäftigt waren, oder weil auch die Zugänge zu Ressourcen nicht mehr vorhanden waren. Wir reden hier über eine große Gruppe von einkommensschwachen Familien, die in der nächsten Generation vielleicht schon Hilfen zur Erziehung benötigt.

Karin Jurczyk: Wir haben von Herrn Sell eben einen zentralen Vortrag über das Geld und die Finanzstrukturen gehört. Das fand ich sehr hilfreich. Was ich dahingehend noch einmal in Erinnerung bringen möchte: Deutschland ist europaweit eines der Länder mit den höchsten monetären Leistungen für Familien. Wir haben einen unglaublichen Umfang an monetären Leistungen und es kann auch nicht nur darum gehen, Geld in Infrastruktur zu verschieben – wir müssen das Geld an sich anders verteilen. Natürlich gibt es monetäre Engpässe in Familien, aber die Gelder, die Leistungen, die da jetzt sind – das berühmte Ehegattensplitting, Sie kennen die Debatte –, da kann man sich doch überlegen, wie man mit den monetären Leistungen für Familie umgeht und es denjenigen geben, die es wirklich brauchen. Da wäre auch innerhalb der gegebenen Haushalte sehr viel zu machen. Das wird politisch nicht oder zu wenig in den Blick genommen.

[Applaus]

Gerda Holz: Eine andere Frage, um die es gehen sollte: Wer sollte gefördert werden, Kind, Eltern oder Familie? Auch heute heißt es immer noch ganz schnell: die Familie. In erster Linie geht es aber um Kinder, um Jugendliche und dann Erwachsene. Auf der einen Seite stehen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung, auf der anderen Seite stehen die Eltern als Erwachsene. Beide gehören aber tatsächlich zusammen, denn wenn ich mir die Ergebnisse gerade aus der letzten Studie angucke, sehe ich, wie zentral die Familie für Jugendliche ist. Insgesamt, aber vor allem für die armutsbetroffenen. Die Eltern sind die wichtigste Vertrauensperson. Die Eltern sind die wichtigsten Berater bei der Frage der Auseinandersetzung mit der zukünftigen Berufsorientierung. Die Eltern sind diejenigen, die sich die Hacken ablaufen, um für ihren Jungen oder ihr Mädchen einen Praktikumsplatz zu finden. Das Praktikum ist der am stärksten positiv bewertete Punkt, wenn es darum geht, sich zu orientieren. Doch, wenn ich nicht die richtigen Beziehungen habe, das „Vitamin B“, wie kriege ich Zugang? Arme und nicht-arme Familien unterscheiden sich ganz deutlich, weil armutsbetroffene Jugendliche viel stärker gezwungen sind, *in* der Familie zu bleiben. Die Entwicklungsaufgaben des Jugendlichen, die Freizeit, die Alltagsbeschäftigungen, die alle mit



den Eltern gemacht werden, sind signifikant unterschiedlich – „Ich bin zu etwas gezwungen und gleichzeitig wird mir das Hinausgehen in die Welt versperrt.“ Daher braucht es eher die Differenzierung und nicht ein Entweder-Oder. Für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe bedeutet dies, die Zusammenhänge zu sehen, aber gleichzeitig zu differenzieren.

Karin Jurczyk: Ich muss sagen, dass es mich immer ärgert, wenn das so gegeneinander ausgespielt wird. Die Familienpolitik hat derzeit eine Tendenz, sich so breit zu entwickeln, dass man diese verschiedenen Perspektiven – Eltern, Kinder, Familien – gar nicht mehr genau differenzieren kann. Kinder wollen und brauchen ein starkes Zuhause in jeder Hinsicht, aber Kinder und Jugendliche brauchen auch eigene Rechte und eine eigene Politik. Ich finde, man muss die Unterschiede, die möglichen Widersprüche und die möglichen Konflikte in den Blick nehmen. Es kann ja sein, dass das alles gar nicht so perfekt zusammenpasst. Wir brauchen auch eine Politik für Väter und für Mütter und vielleicht ist die unterschiedlich. Ich glaube, dass das nicht ausreichend differenziert angeguckt wird: wie passt Kinder- und Familienpolitik, wie passt Mütter- und Väterpolitik und dann die Kinderpolitik, wie passt das denn alles zusammen? Das ist auch ein Problem mit dem Thema Familie, dass man da so leicht Einheit und Harmonie suggeriert, die aber überhaupt nicht besteht und ich finde, das ist eine Herausforderung auch für Ihre Arbeit, dass Sie [die Zuhörer, die AWO] die Perspektiven differenzieren.

**Frau Dr. Jurczyk, das ist eine wunderbare Überleitung zu einem Punkt, mit dem ich diesen sehr interessanten Dialog gerne auch beschließen würde. AWO setzt sich traditionell und seit Jahrzehnten für eine Politik und eine Praxis ein, die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für Kinder, für Jugendliche, für Männer und Frauen und Familien herstellen will. Stichworte sind zum Beispiel die Einführung – oder die Diskussion über die Einführung – einer Kindergrundsicherung, der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur, der Frühförderung, aber auch innovative Konzepte mit Blick auf ein inklusives Bildungssystem oder Veränderung auch in Richtung eines gerechteren Lohnsystems. Was kann oder sollte aus Ihrer Sicht AWO als Wohlfahrtsverband noch darüber**

**hinaus leisten? Welche Schwerpunkte sollte AWO vertiefen, um chancengerechtes Aufwachsen für Kinder noch wirksamer mitzugestalten? Gleich anschließend: Wir haben heute hier die „Weimarer Erklärung“ vorgestellt – was geben Sie uns mit auf den Weg? Ich hätte gerne von Ihnen jeweils ein kurzes Statement.**

Gerda Holz: Zum letzten Punkt, den Sie, Frau Jurczyk, angesprochen haben, möchte ich gern noch einen Impuls für die Zukunft geben – zum Punkt „Männer- und Väterpolitik“. Der Blick auf die Daten aus der letzten Studie und die Frage „Was passiert eigentlich in den Familien?“ ist auch deswegen interessant – für Politik und die öffentliche Diskussion wie auch die Verbandsarbeit und die Praxis – weil es hier um die *Rolle* der Väter geht. Monheim, MOKI, Monheimer Neueltern-Studie, da wurden alle Eltern, die zwischen 2009 und 2011 ein Kind bekommen haben, einmalig befragt. Ein Ergebnis: 10 Prozent der befragten Monheimer Neueltern haben angegeben, dass drei Monate nach der Geburt nicht mehr der leibliche Vater in der Familie lebt. Nach drei Monaten!

Nehme ich ein anderes Beispiel aus der AWO/ISS-Studie. Die wichtigste Beraterin der Jugendlichen in allem ist die Mutter mit über 80 Prozent. Der Vater liegt unter 50 Prozent. Die Aussage „Mein Vater interessiert sich für mich“ ist eklatant. Am stärksten von den Jugendlichen, die in schwierigen Lebenslagen aufgewachsen sind. Deshalb auch an die AWO: Wir stellen immer fest, was alles getan werden muss, arbeiten, erziehen, Kinder kriegen und wir gucken immer auf die Mütter. Was sind Pflichten von Vätern gegenüber Kindern? Ich meine dabei nicht nur Geld, sondern Anwesenheit, Unterstützung. Die Bedeutung beider Elternteile ist der Punkt und da sehe ich viel Handlungsbedarf. Das wäre ein Punkt für die „Weimarer Erklärung“. Und noch einmal weiter: da ist in der Weimarer Erklärung ein kleiner Punkt zum Thema Gender, aber das reicht nicht. Das reicht auch nicht in der öffentlichen Diskussion, wenn ich aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen gucke.

[Applaus]

Karin Jurczyk: Dann schließe ich da an. Ich würde mir von der AWO eine deutlichere Positionierung gegen dieses Unwort der „Wahlfreiheit“



wünschen. Es heißt ja immer wieder, Familien sollen so leben können, wie sie es wollen. Das ist vollkommen richtig. Ich glaube aber, dass wir uns alle in die Tasche lügen, wenn wir die sozial-ökonomischen Bedingungen von Familien, auch im Hinblick auf die Verhinderung von Armut, nicht endlich ernst nehmen und nicht sagen, es muss – über den gesamten Lebensverlauf hinweg – Möglichkeiten geben, dass Frauen und Männer gleichermaßen erwerbstätig sind. Das heißt nicht, dass beide die ganze Zeit Vollzeit arbeiten, es muss Reduktionen geben, es muss Unterbrechungen geben können, aber für *beide* Geschlechter. Wir tun so, als ob sich Frauen heute noch erlauben könnten – vor allem mit Blick auf dieses neue Unterhaltsrecht –, wirklich ernsthaft *nicht* auf Berufstätigkeit zu setzen. Familien- und Sozialpolitik nicht darauf auszurichten, das finde ich so was von überholt, und ich bitte Sie dringend, dass Sie da wirklich genauer hinschauen und sich da klarer positionieren. Das ist der eine Punkt.

[Applaus]

Der zweite Punkt. Sie reden über Kinder, sie reden über Familie, aber was ich gerne deutlicher hätte, ist, dass Sie auch bei den Angeboten, die Sie beschreiben, Eltern systematisch als Ko-Produzenten sehen, sie als Partizipierende und auch als Einzubeziehende in Kitas, in Schulen ernst nehmen. Man kann nicht einerseits was für die Kinder, andererseits was für die Eltern tun. Die Eltern müssen als *Akteure* in den Einrichtungen ernst genommen werden – nicht nur in Form von Ombudsstellen für Beschwerden von Seiten der Eltern und der Kinder selber, wenngleich ich diese begrüße. Aber es muss um wirklich partizipative Elemente in der gesamten Arbeit bei den verschiedenen Angeboten gehen.

**Frau Holz, Sie haben das Schlusswort.**

Gerda Holz: Es ist wichtig, darüber zu sprechen, dass Armut ist einfach zu einem großem Teil die



Lebensbedingung von Familie ist. Doch wir müssen auch schauen, was es an Armutspräventionen gibt. Die AWO ist bereits auf dem Weg. Aber Eltern brauchen nicht nur Zeit, Infrastruktur und Geld, sondern auch Unterstützung, oder anders gesagt: Kompetenz. Arbeit mit Eltern darf nicht nur als Anhängsel begriffen werden, sondern als ein ganz klarer Teil von Infrastruktur. Da stehen wir hier auf kommunaler Ebene noch ganz am Anfang. Die Konzepte, die da entwickelt werden, sind ein entscheidender Punkt, doch muss dies Thema einen noch deutlicheren Stellenwert haben.

Das nächste betrifft Prävention und Inklusion. Das Thema Inklusion wird bundesweit immer stärker auf Menschen mit Behinderungen fokussiert – das Verständnis der AWO – Inklusion als Klammer um alles herum – das sollte noch stärker nach außen getragen werden.

Ein letzter Punkt: Was zeichnet AWO in der Frage von Leitorientierung für die Kinder, die

Jugendlichen und die Familien aus? Vier, fünf Punkte, die dann aber auch AWO-weit angewendet und weiterentwickelt werden. Dazu gehören Lebensbedingungen, dazu gehört Inklusion, dazu gehören Väter und Mütter und vielleicht noch andere Punkte. Dass daran noch einmal inhaltlich weitergearbeitet wird, das wären meine Bitten, Wünsche und Träume für die nächsten Jahre.

**Ganz herzlichen Dank an Sie Frau Dr. Jurczyk, und an Sie, Frau Holz, für diesen leider sehr kurzen, sehr komprimierten, aber höchst spannenden Dialog. Ich würde mich freuen, wenn wir ihn bei Gelegenheit fortsetzen und vertiefen könnten. Ganz herzlichen Dank und Ihre Aufträge nehmen wir mit in unser „Gepäck“. Vielen Dank!**

## Gemeinsame Verantwortung für ein chancengerechtes Aufwachsen meint mehr als pädagogische Angebote.

### Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe

Prof. Dr. Gaby Flösser,  
Universität Dortmund



Ich danke ganz herzlich für die Einladung und freue mich, mit Ihnen hoffentlich einige provokante Thesen diskutieren zu können. Deswegen bin ich auch gebeten worden, auf die Tube zu drücken, damit im Anschluss an den Vortrag noch ein bisschen Zeit ist, auch im Plenum zu diskutieren, bevor Sie in die Arbeitsgruppen entschwinden. Ich habe entsprechend gekürzt. Das ist mir aber auch nur möglich, weil ich mich relativ gut aufgehoben finde in dem Kreis meiner Vorredner und Vorrednerinnen, die einige Punkte schon angesprochen haben. Ich will das gerne noch einmal zuspitzen und da ich jetzt keine so nette Moderatorin habe, werde ich die Frage „Was schreibe ich der AWO ins Gepäck?“ selber stellen.

Ich habe einen Titel gewählt, der vielleicht schon an sich etwas provozierend ist. Es geht natürlich um pädagogische Angebote, aber für mich geht es um die Frage „Wie schaut man denn auf pädagogische Angebote?“ und „Aus welcher Richtung werden pädagogische Angebote definiert?“. Hierzu habe ich spontan eine These entwickelt, die, meine ich, sowohl an Stefan Sell als auch an Gerda Holz und Karin Jurczyk anschließt: Eine eigenständige gesellschafts- und sozialpolitisch relevante Kinder- und Jugendhilfepolitik ist derzeit nicht machbar. Und es gibt sie auch nicht. Sie verschwindet zwischen bildungs- und familienpolitischen Diskussionen auf der einen Seite und ordnungspolitischen Diskussionen auf der anderen Seite. Es wäre mein Anliegen, dass Sie darüber noch einmal verschärft nachdenken, wenn Sie an Ihrer Weimarer Erklärung weiterarbeiten; zu schauen, wie Sie diese eigenständige Kinder- und Jugendhilfepolitik wieder etablieren können. Mein Vortrag, den ich Ihnen jetzt präsentieren werde, ist ein Stück weit Beweisführung für diese These.

Ich fange an, mit dem von Ihnen gewählten Begriff der „Chancengerechtigkeit“, die faire Chance zur freien Teilhabe an der Gesellschaft, die auch gewährleistet wird durch eine gerechte Institution Schule, in der Schüler keine zusätzlichen Nachteile aufgrund ihrer sozialen und natürlichen Merkmale erfahren, durch eine Förderung der Befähigung aller und durch eine wechselseitige Anerkennung der an Schule beteiligten Personen. (Quelle: Chancenspiegel „Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme. 2012) Die Chancengerechtigkeit, die hier gemeint ist, ist die der Leistungsgerechtigkeit der Eltern. Der Bildungsspiegel- oder der Chancenspiegel, der sich empirisch auch nachweisen lässt, zeigt dies genau. Das liegt an den Gerechtigkeitskriterien, die man zugrunde legt, um diesen Begriff der Chancengerechtigkeit mit Leben zu füllen. Will man ihn für eine Kinder- und Jugendhilfepolitik nutzbar machen, dann muss man ihn jenseits des schulischen Anforderungssystems definieren und noch einmal überlegen, was Gerechtigkeit aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen heißt. Die hier genannte Definition ist die mittlerweile etablierte Variante und ich denke, sie ist Ausdruck dessen, wie man solche Begrifflichkeiten tatsächlich noch mit etwas besetzen kann, was andere schon besetzt haben. Da wird es kompliziert. Noch einmal zum Überblick: die Gerechtigkeitsdimensionen innerhalb der Chancengerechtigkeit sind die Integrationskraft, die Durchlässigkeit, die Kompetenzförderung und die Zertifikatsvergabe. Das sind rein schulisch bezogene Dimensionen und sie werden als Indikatoren auch nur über die Schulen erfasst. Die Kinder- und Jugendhilfe taucht hier nicht auf und leistet auch keinen Beitrag dazu. Wenn wir gucken „Was heißt Pädagogik?“, dann ist das die

Erweiterung von Lernzeit und Lernarrangements – das ist sicherlich auch relativ schulbezogen –, die individuelle Förderung, die qualifizierte Betreuung, Sozialisationsraum schaffen und die Verbesserung der sozio-kulturellen Infrastruktur – und wie wir aus den Ganztageevaluationen wissen ist das häufig nicht integriert in Schule oder in irgendeiner Weise auf die Schule bezogen, sondern rein additiv an die Schule angehängt und dementsprechend kompliziert. Also: wir kriegen hier eine Engführung der Pädagogik, das sehen Sie und das hat Herr Sell vorhin auch schon gesagt. Auch in den Studiengängen wird das deutlich. Die Erziehungswissenschaft verabschiedet sich langsam von der Bühne, die Bildungswissenschaft definiert Erziehungswissenschaft als schulbezogene Veranstaltung. Das kenne ich auch aus dem eigenen Haus, an den Fachhochschulen finden Sie eine Vielzahl von anderen Studiengängen, die aber auch klar machen, dass die Schule im Moment der Fokus ist, unter dem sich alles versammelt und sie eine gewisse Definitionshoheit hat, was die Angebote angeht.

Für die Kinder- und Jugendhilfe bedeutet das, dass Kindheit und Jugend eigentlich nur noch als Phasen, die dem Qualifikationserwerb dienen, gesehen werden. Kindheit und Jugend verlieren ihren eigenständigen Wert, sie sind funktional auf die Qualifikationen auszurichten. Qualifikationen werden in der Schule vermittelt und bestehen in instrumentellen Wissensformen. Die gesellschaftlich gewünschten Qualifikationen werden vom Arbeitsmarkt aus definiert und von der Schule zertifiziert und ich erinnere mich an ein Memorandum des Bundesjugendkuratoriums, das einmal etwas provokant gefragt hatte, „Ist Bildung eigentlich mehr als Schule?“. Heute können wir, meine ich, feststellen: Wir hatten eine intensive Debatte darüber, aber durchgesetzt hat sich „Bildung ist Schule“. Dementsprechend werden wir darauf reduziert. Die Pädagogik wird reduziert auf einen Erfüllungsgehilfen und Ausfallbürgen für die Herstellung von schulischer Chancengerechtigkeit. Das haben Sie heute Morgen von der Ministerin auch gehört. Sie plädiert für eine Ausweitung der Schulsozialarbeit. Das ist noch einmal das Konzept, dort stromlinienförmig hineinzugehen. Ich habe nichts gegen Schulsozialarbeit, nur die Frage ist: Ist das der Rest, der übrig bleibt, von der Kinder- und Jugendhilfe, wenn man die Programme so zuschneidet?

Dann haben wir den demografischen Wandel als Herausforderung, der im Prinzip für die Kinder- und Jugendhilfe auch eine zwiespältige Botschaft bringt, denn Jugend wird zu einer marginalen Phase. Als knappes Gut, könnte man ökonomisch sagen, wird sie wertvoller. Ich habe da meine Zweifel, sie rückt aus dem Fokus und Kindheit dementsprechend auch. Kindheit wird ohnehin momentan vorrangig unter der Kita-Frage diskutiert.

*„Nach der mittleren Variante der aktuellen 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Gesamtbevölkerung bis 2050 um etwa 9 Prozent zurückgehen und die Bevölkerung im Erwerbsalter voraussichtlich überproportional um 20 Prozent schrumpfen, während die Anzahl der über 65-Jährigen und der über 80-Jährigen um 54 Prozent bzw. 174 Prozent zunehmen wird. Deren Bevölkerungsanteil wird dann 29,6 Prozent bzw. 12 Prozent betragen“ (Fünfter Altenbericht 2005, 36).*

Das übergeordnete Thema, das auch heute Morgen schon in den Eröffnungsstatements angesprochen wurde, ist der Fachkräftemangel, auf den wir zusteuern. Die Prognosen für das Erwerbspersonenpotenzial sind, dass es drastisch nach unten wegrißt, das heißt, wir können auch kein Kind mehr verloren geben, wir müssen alle Kinder mitnehmen. Diese Sprüche kommen dann ja auch entsprechend. Aber die Sprüche kommen relativ einseitig, wie der Kollege Klemm es dann noch einmal formuliert hat: Wir brauchen für das Erwerbspersonenpotenzial alle Heranwachsenden und wir müssen sie so qualifizieren, dass ihre Erwerbsarbeit auf dem Arbeitsmarkt gefragt sein kann. [Klaus Klemm: Bildung und Demographie. DIPF Expertenworkshop am 12.12.2008 in Berlin] Das kann eine Herausforderung für die Arbeiterwohlfahrt sein, aber ob es das Einzige ist, was die Kinder- und Jugendhilfe noch leiten kann, das ist die spannende Frage. Der Auftrag ist da, es ist sicherlich auch erst einmal eine positive Botschaft, aber wir kriegen ein anderes übergeordnetes Politikfeld, das uns sagt, was wir zu tun haben. Die Kinder und Jugendlichen selber tauchen in diesen Visionen nicht auf. Sie sind Mittel zum Zweck, um einen ansonsten lädierten Arbeitsmarkt zu bedienen.



Das wäre meine Quintessenz: Der demografische Wandel und die „neue Krise“ der Arbeitsgesellschaft – also der Fachkräftemangel – beeinflussen überdurchschnittlich stark die aktuelle Sozial- und Familienpolitik. Die gegenwärtigen Konzepte orientieren sich dabei einseitig an pronatalistischen Strategien – da haben wir die Frage, welche Frauen sollen denn die Kinder kriegen, aber Fakt ist, sie sollen Kinder kriegen, das als zentrales Argument – und weniger an Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und Solidarität. Vorrangiges Ziel der Politik ist es, Arbeitskräfte zu schaffen und die Employability der arbeitsfähigen Bevölkerung sicher zu stellen. Sozialer Ausgleich ist nachrangig. Das wird die Dienste und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe aus meiner Perspektive prägen. Überall da, wo wir Zuwachs haben, wo wir neue Dienste aufbauen, wo wir neue Arbeitsfelder erschließen, erschließen wir sie genau in diesem Bereich, der sozusagen die Zulieferfunktion für den anderen Bereich übernimmt.

Familienrelevante Leistungen, das sind die Punkte, die Sie in Ihrer Weimarer Erklärung als Leistungsbereiche beschrieben haben, werden fast ausschließlich aus der Perspektive der Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzipiert. Das

Betreuungsgeld schenke ich mir jetzt hier, dazu ist genug gesagt worden, aber die Perspektive der Kinder und Jugendlichen fehlt vollständig. So kommen keine qualitativen Gesichtspunkte über die „Vereinbarkeit“ zur Geltung, die Programme reduzieren sich ausschließlich auf „Familie haben“ und „Berufstätig sein“. In welcher Konstellation und in welcher gelingenden Konstellation das Ganze stattfinden soll, darüber werden keine Aussagen getroffen. Das war, meine ich, die Botschaft, die Gerda Holz und Karin Jurczyk eben gerade in den Raum gebracht haben: dass es nicht nur darum geht, statistisch irgendwie nachzuweisen, dass man die Frauen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt integriert und auf der anderen Seite die Anzahl der Geburten in die Höhe treibt, sondern es steht dann ja auch immer noch die Frage, wie das beides miteinander kombiniert wird. Und es wird individuell kombiniert und auch das spielt im Moment keine große Rolle.

Das Bildungssystem: Im Bildungssystem können wir eine zunehmende Standardisierung und Typisierung feststellen. Das machen die bildungsforschenden Kolleginnen und Kollegen ziemlich deutlich, wenn Sie an PISA denken oder an IGLU oder an VerA oder wie die ganzen

## Forderungen

- AWO fordert: Kinderrechte sind der Maßstab
- AWO fordert: Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern
- AWO fordert: Deutschland kinder- und familienfreundlicher gestalten
- AWO fordert: Gleichstellung gewährleisten
- AWO fordert: Frühe Förderung ist entscheidend
- AWO fordert: Gerechte (Aus)Bildungschancen
- AWO fordert: Inklusion umsetzen
- AWO fordert: Fachlichkeit Sozialer Arbeit sichern – Strukturen erhalten
- AWO fordert: Jugendpolitik umsetzen – Jugend(verbands)arbeit stärken

Leistungsmessungen heißen. Dort finden Sie immer Gruppen von Schülern, die dann etwas können oder etwas nicht können, die rausfallen, die reinfallen, die die Übergänge schaffen, die nicht Übergänge schaffen ... Das heißt, wir klassifizieren Kinder und Jugendliche anhand dieser Merkmale ganz deutlich und wir positionieren Sie damit auch in dieser Gesellschaft. Wir weisen ihnen soziale Platzierungen zu, aus denen sie sich – das kam dann bei der Armutsstudie noch einmal ganz deutlich – so nicht mehr befreien können. Diese soziale Platzierungsform kollidiert mit den hohen Anliegen der Chancengerechtigkeit, die vorne definiert worden ist. Das mag etwas zynisch sein, aber mir ist nicht klar, was denn eine gerechte Schule sein soll, die diese Funktion weiterhin ausübt. Man müsste dann vielleicht die Funktion von der Schule entfernen, aber das wäre eine andere Diskussion. Durch diese Typisierung und Standardisierung geben wir den Kindern und Jugendlichen einen klaren Lebenslauf mit und zwingen sie, nur in diesen Geschichten zu denken. Wenn Sie eben an diesen Filmbeitrag denken, der hier eingespielt wurde, da tauchte bei dem einen Mädchen die Frage auf „Wer bin ich?“ – das war auch groß auf die Fliesen oder auf die Steine dort gemalt – und die andere sagte: „Ich

fühle mich wie eine Puppe. An mir zerren alle herum.“. Ich glaube, dieses Bild der Puppe ist ganz treffend mit dem, was ich meine: Es wird den Jugendlichen, zwar mit unterschiedlichen Motivationen, der Weg ganz klar vorgegeben. Die brauchen nicht nach links und rechts zu gucken, die brauchen auch nicht zu denken. Die müssen stromlinienförmig darin einpassen und das Einzige, was wir dann noch tun ist, sie zu begleiten in dieser Stromlinienförmigkeit. Hier fände ich es tatsächlich spannend für die Kinder- und Jugendhilfe, ob man nicht da noch einmal darüber nachdenken könnte, ob sie vielleicht auch das Gezerre etwas abmildern kann. Die beiden Jungs [in dem Film], die das toll fanden, dass man da kochen kann ... Wer hat ihnen denn gesagt, dass man da kochen soll? Man kann in der Spüle ja auch andere Dinge tun als kochen ... also: pädagogisch noch einmal darüber nachdenken, wie man diesen, von anderen Institutionen geprägten Weg öffnen kann, andere Wege gehen kann, die diesem nicht zuwider laufen müssen, aber die man vielleicht auch noch einmal anders beschreiben kann. Der kleine Junge, der sagte „Jugendarbeit ist die Erholung vom Bildungsstress.“, den fand ich symptomatisch. Ich glaube, was wir uns alle nicht richtig bewusst machen ist, was

## Ergänzungen

### Diagnose

- Die Kinder- und Jugendhilfe verliert gegenwärtig immer mehr an Eigenständigkeit. Stattdessen ordnet sie sich unter oder ein in die sozial-, familien- oder bildungspolitische Großwetterlage. Sie übernimmt keine Vorreiterrolle mehr für eine innovative Gestaltung der sozialen Dienste.

### Maßnahme 1: Den Eigensinn der Kinder- und Jugendhilfe stärken

- Um diesem Trend etwas entgegenzusetzen benötigen wir eine neue anwaltschaftliche Kinder- und Jugendhilfe, die den Anforderungen des Bildungs- und Arbeitsmarktes konsequent die Perspektive von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien gegenüberstellt.

### Maßnahme 2: Die Infrastruktur sichern und neu justieren

- Hierfür bedarf es in erster Linie Orten und Gelegenheiten, an und in denen sich Kinder und Jugendliche ausprobieren und selbstbestimmt agieren können.

### Maßnahme 3: Neue Professionalität entwickeln

- Die Herausforderung liegt dann weniger in der Anpassung der pädagogischen Angebote an die neuen Zielformate, sondern vielmehr in dem Aushalten von Unsicherem und Ungewissem.



das für Kinder und Jugendliche heißt, den ganzen Tag in der Schule zu verbringen und danach noch ein paar pädagogisch motivierte Angebote in Anspruch zu nehmen, dann nach Hause zu kommen und die noch vorhandenen Hausaufgaben noch erledigen zu müssen und am nächsten Tag gut gelaunt und motiviert das Ganze wieder anzutreten. Das ist purer Stress.

Jetzt komme ich zur Kinder- und Jugendhilfe. Versagen die Familien, weil das mit der Familienpolitik und den nicht ausdifferenzierten Arrangements, wie das denn klappen soll, zum Versagen einlädt, dann versagen auch die öffentlichen Bildungsagenturen, dann benötigen wir auch zukünftig komplementäre Dienste und Einrichtungen, die die an den Arbeitsmarktnormen gescheiterten oder zu scheitern drohenden Menschen resozialisieren, also auf ihre Funktion als Arbeitskraft vorbereiten. Menschen, die ihre Arbeitskraft nicht produktiv verwerten, können wir uns angesichts der 2050 existierenden Arbeitskräfteknappheit nicht leisten. Gerade die Kinder- und Jugendhilfe wird deshalb daran gemessen, ob und inwieweit sie einen Beitrag dazu leistet, dass die jungen Menschen, die sie erzieht, betreut, bildet, begleitet etc. auf dem 1. Arbeitsmarkt platziert werden können. Wenn ich mir die Wirkungsforschung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe anschau, dann ist das ein relevantes Qualitätsmerkmal: Gelingt es hinterher, die Kinder und Jugendlichen auf dem 1. Arbeitsmarkt zu platzieren oder nicht. Von daher wird auch die finanzielle Zuweisung über diesen QM-Indikator weiterlaufen. Sind diese Kompensationsleistungen immer noch nicht hinreichend – haben die also die Berufsgrundschuljahre immer noch nicht so absolviert, wie wir das eigentlich hoffen; die Jugendsozialarbeit hat nicht geklappt; die vorrangigen Aufgaben haben nicht geklappt –, dann wird mit ordnungspolitischen Maßnahmen gedroht. Die Debatte um den Kinderschutz zeigt, dass dort die Interventionsbereitschaft relativ hoch ist, wenn man vermutet, dass etwas nichtgerade läuft. Dieses ist noch einmal ein Hinweis darauf, wie stromlinienförmig das Ganze ist. Für meine Begriffe zerfällt die Kinder- und Jugendhilfe dann in einerseits Bildungsangebote oder Zulieferangebote für Bildungsangebote und in andererseits ordnungspolitische und verhaltensregulierende Maßnahmen.

Das, was ich jetzt sage, ist dann auch schon relativ folgerichtig. Meiner Ansicht nach, wenn Sie meiner Diagnose ein Stück weit folgen können, geht es darum, sich noch einmal über den Eigensinn der Kinder- und Jugendhilfe Gedanken zu machen, diese aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen zu denken und nicht nur, sie zu befragen, was sie wollen, sondern genauer hinzugucken, was denn tatsächlich vor Ort der Fall ist. Und – vielleicht lauf ich da bei Ihnen offene Türen ein – die pädagogischen Angebote mit ihnen *gemeinsam* zu entwickeln, nicht *für* sie, sondern mit ihnen *gemeinsam*. Das andere machen die anderen schon, da brauchen wir uns, glaube ich, nicht groß zu machen. Das heißt, die vorhandene Infrastruktur muss auf der einen Seite natürlich gesichert werden, aber sie muss auch ein Stück weit neu justiert werden. Sie muss noch einmal genau dahingehend überprüft werden: Ist es das, was tatsächlich gewollt, gefordert, dem Bedarf entsprechend da ist? Wenn man so etwas mit Kindern und Jugendlichen zusammen macht, das wissen wir aus den Partizipationsdebatten, dann begeben sich Profis in unsicheres Terrain, weil: Ihre Angebote kennen sie, das machen sie schon lange, das können sie auch gut, aber sich auf Neues einzulassen ist immer mit Unsicherheit verbunden. Hierin die Professionalität noch ein Stück weiter zu entwickeln, fände ich ganz schön. Meine Schlussthese lautet demnach: Wenn man mehr will, als nur die Angebote, dann braucht man mehr als funktionierende Arbeitskräfte und dann braucht man Kinder und Jugendliche, die sich engagieren. Damit sich Kinder und Jugendliche engagieren, braucht man engagierte Fachkräfte, denn die [Kinder und Jugendlichen] machen das nicht von sich aus und sie stehen auch nicht alle an der Straße und wollen irgendwo partizipieren, sondern Partizipation muss gestaltet werden. Dementsprechend hänge ich mich jetzt aus dem Fenster und würde sagen, es geht nicht um Anforderungen *an* eine Politik für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, sondern es geht um Forderungen *für* eine Politik *mit* Kindern, Jugendlichen und ihren Familien.

Dankeschön.



## Arbeitsgruppen

### AG 1: Zukunft der Jugend(verbands)arbeit

Moderation: Katrin Riedel, Jakob Immer

Die Gruppe wurde aus inhaltlichen Gründen noch einmal in zwei Unterguppen unterteilt:

#### Gruppe 1: Zentrale Frage war: Was bedeutet "mehr Eigensinn" in der Kinder- und Jugendhilfe?

Es sollte das Ziel sein, eigene AWO Qualitätsstandards für gute Arbeit zu entwickeln. Diese grenzen uns von anderen Anbietern ab, schaffen Mindeststandards welche intern umzusetzen sind und extern beworben werden können und stellen die hohe Qualität der Arbeit in der AWO sicher.

Der Eigensinn soll gefördert werden. Dies betrifft gleichermaßen die Fachkräfte wie auch die Kinder und Jugendlichen. Diese Offenheit und Anerkennung unterschiedlicher Sichtweisen und Handlungen müssen von allen Beteiligten erlernt und gefördert werden. Um nicht in die Belanglosigkeit und politische Neutralität zu rutschen, gelten die Grundwerte der AWO als Rahmen der Freiheit bzw. des Eigensinns, welche nicht überschritten werden dürfen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen darf nicht nur als Ziel gesetzt werden, sondern muss sich auch in der täglichen Arbeit niederschlagen. Rahmenbedingungen müssen dementsprechend angepasst werden und Methoden und Kompetenzen an Fachkräfte vermittelt werden, damit Partizipation gelebt werden kann. Dies passiert nicht automatisch und ist mit intensiver Vorbereitung verbunden.

Es wurde angeregt, dass sich die AWO mit sich selbst beschäftigt und mit Bezug auf diese Ideen und einem breit angelegtem Dialog, ein neues Selbstbewusstsein entwickelt, welches der aktuellen und zukünftigen Kinder- und Jugendhilfe gerecht wird.

Es sollen Ziele für die Kinder- und Jugendhilfe entwickelt werden, welche über die bloße Arbeitsmarktorientierung hinaus gehen. Diese kann ein Teil der Ziele sein, sollte aber nicht – wie so häufig in der politischen Diskussion vorzufinden

– das alleinige Ziel sein. Es wurde angeregt, sich auf drei Schwerpunkte zu konzentrieren: 1. Menschlichkeit, Emanzipation und Solidarität, 2. Veränderung der unmenschlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – also politische Arbeit, 3. Erlernen von Kompetenzen, die das Leben in der heutigen Gesellschaft ermöglichen (u.a. Arbeitsmarktorientierung).

Wichtige Aspekte, welche die Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigen und ermöglichen soll sind: Freizeit, Genußfähigkeit, Lebenskunst, Verantwortung, Selbstständigkeit und die Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit.

Es müsste noch weiter diskutiert werden, was dieses neue Verständnis für die Akteur/innen der Kinder- und Jugendhilfe bedeutet?

Es wurde kritisch diskutiert, wie eine Zertifizierung von Kompetenzen, welche innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe erworben wurden, aussehen kann. Zugleich wurde die ausschließlich auf den Arbeitsmarkt orientierten Zertifikate der gesamten institutionellen "Bildung" in Frage gestellt und kritisiert.

Neben den Diskussionen und Zielen zum Erwerb von Kompetenzen wurde deutlich betont, dass das Leben und die Kinder- und Jugendhilfe besonders auch viel Raum bieten muss, der es erlaubt "einfach da zu sein" ohne Sinn und Planung, ohne Verwertungsdruck und Ansprüche Für die vielseitige und anspruchsvollen Aufgaben und Tätigkeiten innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe braucht es eine positive Anerkennungskultur zwischen allen Beteiligten und auf Augenhöhe.

#### Zusammenfassung der Diskussion aus Gruppe 2:

- Bildungssystem: Ganzheitliche Bildung nur durch starke Kinder- und Jugendarbeit zu erreichen! Bildung ist mehr als Schule/ Wissensaneignung! -> Persönlichkeitsentwicklung/ Selbstwirksamkeitserfahrungen absolut notwendig für individuelle Lebensbewältigung ebenso wie für eine demokratische Gesellschaft.
- Kinder und Jugendhilfe als Gegengewicht zur Schule: Kinder und Jugendlichen brauchen



diesen anderen Kontext. Jugend(verbands)arbeit eröffnet die nötigen Freiräume und Lernmöglichkeiten außerhalb der Schule. Eine gleichberechtigte Kooperation aller Träger einer Bildungslandschaft ist unabdingbar (Schule, Eltern, Akteure der Jugendhilfe). ABER: Kooperation heißt nicht Integration. Eigenständigkeit der Jugendarbeit erhalten (statt einseitige Verschmelzung mit Schule)!

- Emanzipation der Kinder und Jugendlichen in der Bildungsarbeit wird vorausgesetzt: Kinder und Jugendliche sind als mündige Individuen zu verstehen, die an sie betreffenden Entscheidungen partizipieren können müssen (→ Schulentwicklung in Richtung „Gesellschaft gestalten“ ausrichten)
- Der Fokus auf Schule und Berufsorientierung/Integration in den Arbeitsmarkt wird den Lernbedürfnissen und -erfordernissen der Kinder und Jugendlichen nicht gerecht -> Gefährdung von Selbstbestimmung
- Was kann Kinder- und Jugendarbeit für die Stärkung benachteiligter Kinder und Jugendlicher bewirken? -> Impulse geben, die die eigene Familie nicht leisten kann (z.B. Musikinstrumente zur Verfügung stellen); Mit Stärkung der Kinder und Jugendhilfe wird wichtige Beziehungsarbeit vor Ort gestärkt: feste Ansprechpartner gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche wichtig (Schulsozialarbeit, PädagogInnen in Jugendtreffs/ Jugendverbänden, HzE)
- Chancengerechtigkeit heißt individuelle Möglichkeiten und Stärken fördern
- Ehrenamtliche Strukturen müssen gefördert werden, um Jugend(verbands)arbeit zu erhalten und zu stärken (Beispiel Thüringen: Ehrenamtsstiftung des Landes)

## AG 2: Inklusion – Barrieren auflösen, Vielfalt ermöglichen

Moderation: Michael Komorek, Katharina Vogt

Einstiegsfrage: Wie sieht eine INKLUSIVE Kinder- und Jugendhilfe aus?

*Idee: Konzept der Persönlichen Zukunftsplanung*

Ausgehend von der Vorstellung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe sollten die aktuellen Rahmenbedingungen und – damit verknüpft – die zentralen Herausforderungen für die Umsetzung des Leitprinzips Inklusion diskutiert werden. Insbesondere die Verknüpfung einer Vision mit konkreten Umsetzungsansätzen kann das Spannungsverhältnis zwischen Theorie und Praxis zwar nicht auflösen, aber zumindest konkretisieren und dadurch handhabbar machen.

Um die Herausforderungen auch mit Umsetzungs-Ideen zu verknüpfen, wurden im nächsten Schritt auch Handlungsschritte und Ressourcen aufgegriffen, die unmittelbaren Einfluss auf die Rahmenbedingungen/ Herausforderungen haben können. Abschließend sollte der eigene nächste Schritt eines jeden Teilnehmenden der Arbeitsgruppe formuliert werden, um deutlich zu machen, dass Inklusion „im Kopf beginnt“.

- Inklusion
  - Vielfalt steht im Zentrum: Diversität und Vielfalt als Chance
  - Andere in ihrer Individualität zu sehen und nicht defizitorientiert
  - Chancen auf Zugang zu Bildung
  - Individuelle Förderung und Angebotsentwicklung entsprechend des individuellen Bedarfs
  - Aufeinandertreffen auf Augenhöhe
- Klarstellung der Begrifflichkeiten gefordert: Was sind die Barrieren? Was ist das Verständnis von Inklusion?
  - Abbau von Zugangsbarrieren (rechtliche, strukturelle, nicht nur bauliche)
  - Leichte Sprache statt Kommunikationsbarrieren
- Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren im Bezug zu Inklusion
  - Zuschreibungen werden erlernt
  - Ein leistungsorientiertes Bildungssystem fördert die Zuschreibungen und vor allem Selektion und Ausgrenzungserfahrungen (Leistungsorientiert)
  - Es darf keine „unerträglichen Restmengen“ geben, beim Schwierigsten anfangen
  - Inklusion braucht Ressourcen: Umbaumaßnahmen, individuelle Schulbegleitungskräfte, uneingeschränkter Transfer der Ressourcen aus dem „Sondersystem“ ins „Regelsystem“
  - Ambulantisierung ist ebenfalls kostspieliger – Frage: Ist wirkliche Inklusion tatsächlich gewollt?
- Möglichkeiten und Ressourcen
  - Reflektion der erlernten Zuschreibungen
  - Inklusion leben: Inklusion muss erlebbar gemacht werden; Damit wird der Wert für alle deutlich
  - Inklusion ist eine Haltung und erfordert die fachliche Begleitung der Beschäftigten, der Eltern
  - Barrierenabbau in den Köpfen; Sensibilisierung in Ausbildungs- und Studiengängen (auch Architektur usw.)



- Inklusive Gesellschaft ist ein Ziel/eine Vision, die von allen Handlungsfeldern diskutiert werden soll
- Dialog mit Situationen grenzüberschreitender Erfahrungen
- Durch die Realisierung von Inklusion im Kitabereich wird die ganze Gesellschaft langfristig in ihrer Haltung verändert – ABER: Grundschule, Sek I und II ebenfalls mitdenken, inklusionsorientierte Übergänge realisieren.
- Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sollte AWO Ziel sein
- Kritische Begleitung der Praxis der Umsetzung und basierend darauf realpolitische Forderungen klarer formulieren
- Realisierung der inklusiven Gesellschaft zunächst AWO intern und später erst Positionierung nach außen; Maßgeblich: durch Fortbildungen und Aufklärung
- Anknüpfen an ähnliche Konzepte, wie Sozialraumorientierung, Interkulturelle Öffnung



## AG 3: „We are family“

Moderation: Natali Reindl, Claudia Lissewski,  
Melike Çinar

Leitfrage: **Was sind Visionen für eine echte Wahlfreiheit und Anerkennung vielfältiger Lebensentwürfe?**

- Im Vortragsdialog ist deutlich gemacht worden, dass Wahlfreiheit die Freiheit von prekären Umständen bedeutet; dazu wird ergänzt:
    - Strukturen der Arbeitswelt müssen dann auch Männern wie Frauen die Möglichkeit zur Arbeit bieten
    - Veränderte Väterpolitik muss herbeigeführt werden um Gleichheit näher zu kommen
  - Die Politik ist dafür verantwortlich, einen guten Nährboden für Familien zu schaffen. Gleichberechtigung kann ohne durch Politik geschaffene Voraussetzungen nicht erreicht werden.
  - Formal ist vieles vorhanden, aber in der Praxis muss immer wieder alles diskutiert und erkämpft werden (auch innerhalb der AWO); Männer erfahren noch mehr Gegenwind, es wird als absurd empfunden, dass ein Mann äußert, einen Tag Home Office machen zu wollen oder Elternzeit zu nehmen um sein Kind betreuen zu können → die Strukturen sind zum Teil vorhanden, es muss am Bewusstsein gearbeitet werden
  - Anerkennung fehlt / Rollenverständnisse bleiben unverändert starr
  - Es gibt zwar viele Forderungen und Erwartungen, aber manchmal wollen wir auch nichts dafür tun oder nichts von unserem Standard hergeben
  - Innerhalb des patriarchal bargain scheint es auch eine Rolle zu geben, in der die Frau sich als allein und heldenhaft stilisiert
  - Die Politik ist weiter als die Gesellschaft: sie kennt unterschiedliche Familienformen längst, nur die Gesellschaft akzeptiert sie nicht; es gibt Einwände: ebenso lehnt Politik per Gesetz Lebensentwürfe ab (Ehegattensplitting etc.); die Strukturen z.B. auf dem Arbeitsmarkt sind nicht fähig, die gesetzlich erwarteten Lebensbedingungen zu realisieren
  - Wesentlicher als Familie ist das Bewusstsein, dass das Individuum alleine leben können muss
  - Es kommt immer drauf an: Der Staat handelt in seinem Interesse und dem Interesse seiner Klientel und Lobby
  - Kritik an der WE: Die Formulierung „Immer mehr Familien brechen auseinander“ impliziert ein konservatives Familienverständnis und schließt bestimmte Konstellationen als Familien aus
  - Was bedeutet Wahlfreiheit? Vorschlag: Dass ich etwas, das ich tun möchte, auch tun kann. Und das nicht auf Kosten eines anderen. Wo ich jemand anderen einschränke, hört die Wahlfreiheit auf.
  - Wie steht es aber um Wahlfreiheit wenn aus Strukturgründen Hindernisse bestehen? Z.B. Substanzabhängigkeit, fehlender Abschluss.. Gelder müssen anders eingesetzt werden, nicht nur zum Systemerhalt, will denn die Gesellschaft, dass wir alle Wahlfreiheit haben? Gelder dürfen nicht an Prävention gespart werden → Resilienz
  - Es wird die Hoffnung geäußert, dass die WE noch modifiziert wird. Es fehlt der Kinderschutz, dessen Wichtigkeit an der Basis immer wieder gesehen wird.
  - Fehlende Unterstützungsmaßnahmen für verschiedene Lebensformen können auch als Unwille von Politik und Gesellschaft gelesen werden
- Was heißt das für die AWO?
- Zuallererst muss es einen weiten Familienbegriff geben, der auch durchgesetzt wird was Gliederungen und Mitglieder angeht. Das, was die AWO definiert, muss in die Mitgliederstruktur getragen werden und auch in den Einrichtungen gelebt werden.

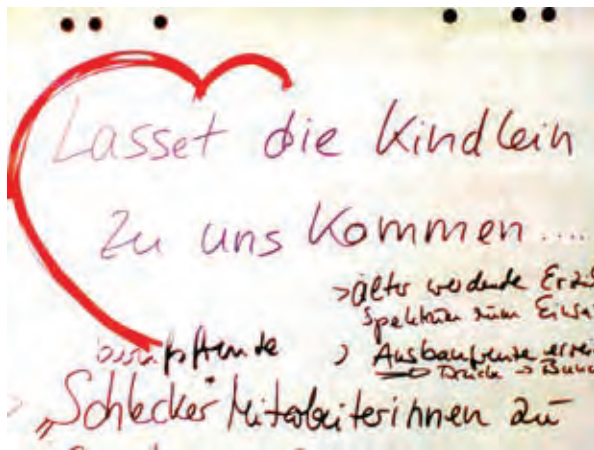
- Bei jeder Forderung, die politisch gestellt wird, müsste es von Seiten der AWO auch eine Selbstverpflichtung geben.
  - Die AWO ist im Schnitt sehr weit. Das soll auch als Botschaft mit nach Berlin genommen werden.
  - Die AWO muss die Realität sichtbar machen. All die vorhandenen Lebenswirklichkeiten müssen sichtbar gemacht, benannt und unterstützt werden. In Sprache, Bild etc.
  - In allen Bereichen der AWO muss Menschenverachtung, Erniedrigung und Abwertung offen und laut begegnet werden. Transparente Bekämpfung von Diskriminierung macht Menschen stark.
  - Vielfalt soll durchweg als gelingend geschaffen werden und positiv konnotiert werden.
  - Kinderrechte stärken – Angebote schaffen, die Kinder selber anrufen können
  - Wie wird in AWO-Kitas über Familie gesprochen? Bilderbücher sollen dringend Vielfalt abbilden. Wie werden Erzieher\_innen darin unterstützt, ein vielfältiges Bild zu präsentieren? Gibt es Fortbildungen dazu?
  - Ein großer Vorteil und zugleich eine große Verantwortung bedeutet die konfessionelle Unabhängigkeit der AWO.
- Konkret zur WE
- Thematisierung Rolle der Väter
  - Gibt es Wahlfreiheit? Obgleich es Ungleichheit in der Struktur gibt? Die Voraussetzungen für den Arbeitsmarkt sind unzureichend in der WE.
  - Gleichstellungsfragen kommen nur verkürzt vor.





## AG 4: „Lasset die Kindlein zu uns kommen ...“ – Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung zwischen Ausbaudynamik und Qualitätsgebot

Moderation: Karin Kaltenbach, Matthias Ritter-Engel, Nathrin Najasek



### Offene Diskussion

Der Dialog spaltete sich in zwei Teile – eine Diskussion zum Thema frühkindliche Erziehung und eine Diskussion über die Weimarer Erklärung/ Sozialkonferenz.

Die Diskussion zum Thema Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung enthielt verschiedene Spannungsfelder

- Eine Teilnehmerin, Leiterin einer Kita in Hessen und in der Kommunalpolitik aktiv, eröffnete den Dialog mit der Beschreibung ihrer Sorgen hinsichtlich einer **Entprofessionalisierung der Erzieher\*innen**. Sie erlebt einen Widerspruch, dass einerseits der Anspruch an die Erzieher\*innen immer höher wird und andererseits Berufsfremde zum Einsatz kommen sollen. Dabei bemängelte sie in erster Linie die schlechte Vorselektion – ein Grund für die fehlende Motivation in der späteren Erzieher\*innen. Die Teilnehmerin zeigte sich besorgt hinsichtlich der Zukunft der Kitas.

- Sie erhielt Zustimmung anderer AG-Teilnehmer\*innen und es wurde von einem Teilnehmer gefragt, was die Gründe dieser Situation sein könnten und welches Ziel verfolgt werden sollte. Als Gründe formulierte er die fehlende Anerkennung des Berufes. Das zeigt sich bspw. an der schlechten Bezahlung. Ein Ziel wäre die Ausbildung zu verbessern, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Bildung nicht nur in der Schule stattfindet.

**Er forderte Geld in eine gute Qualifizierung zu investieren und die Vorauswahl der Erzieher\*innen und Kinderpfleger\*innen stärker in den Blick zu nehmen.**

- Ein weiterer Teilnehmer äußerte sich zu dem Thema mit der Aussage, dass es schwer ist qualifiziertes Personal zu finden und eine Folge wäre, den Ausbau von Kitas nicht zu forcieren oder andere Wege zu gehen. **Hier wäre es durchaus möglich auf gut qualifizierte Wiedereinsteiger\*innen oder Quereinsteiger\*innen zu setzen.**
- Darüber hinaus wurde bei der Personalpolitik kritisch gesehen, dass sich die Spitzenverbände nicht einig sind. Dieser Punkt wäre insbesondere für die Politik wichtig. Eine Interessensvertretung der Wohlfahrtsverbände könnte dem entgegenwirken. Auch Beiträge und neue Erkenntnisse der Wissenschaft sollten auf politische Entscheidungen mehr Einfluss nehmen – hier scheint die Politik aber beratungsresistent. Als dritten Punkt formuliert der Teilnehmer aus Thüringen, dass nur eine Veränderung des SGB XIII einen Einfluss auf die Jugendämter ermöglichen könnte.

**Um Kürzungen etc. und der derzeitigen Entwicklung entgegenzuwirken (Verweis auf Prof. Sells Vortrag), bedarf es einer Liga der Wohlfahrtsverbände, die sich darüber gemeinsam positionieren und einheitliche Qualitätsstandards in der Erzieher\*innen-Ausbildung festlegen ( von diesem TN kam der Vorschlag, eine altersgruppenspezifische Qualifizierung anzubieten, da derzeit die Erzieher\*innen eine Breitbandausbildung ist.), die mit gemeinsamen Druck der WW durchgesetzt werden müssen.**

- Darauf reagierte eine TN mit der Aussage, dass es eine große Konkurrenz zwischen den WV gibt und die Privaten schnell „die Lücken füllen“, sobald die freien WV „mobil machen“.
  - Da aber nicht alle Private für die Arbeit qualifiziert sind, so ein anderer TN, müssen Standards erhöht und nicht reduziert werden. Lösungsansätze für das finanzielle Problem sah dieser in der Steuerreform und einer zweckgebundenen Verteilung der Steuergelder.
  - In der folgenden Diskussion wurde konkreter, unter Einbeziehung der persönlichen Erfahrungen, die **Ausbildung zur/zum Erzieherin/ Erzieher** diskutiert. Ein Teil der Diskutanten sprach sich für eine Breitbandausbildung aus. Damit ist ein großes Einsatzgebiet gegeben. Nicht selten verändern Erzieher/innen im Laufe ihrer Berufstätigkeit ihren Wirkungskreis. Das Spektrum der Erzieher/innen sollte noch erweitert, eine niveauvolle Ausbildung nicht aus dem Blick verloren werden. Dem stimmten nicht alle TN zu.
  - In der Jugendhilfe sollten klare Strukturen geschaffen werden, bspw. eine gemeinsame Fach-Leistungs-Stunde (für alle Träger). Der sozialräumliche Aspekt in der Vernetzung aller Träger usw. ist besonders wichtig. Ergänzt wurde dieser Punkt von einer TN durch die Forderung einheitlicher Standards beim Personalschlüssel.
- Matthias Ritter-Engel formulierte das Zwischenfazit wie folgt: **„Nur zusammen geht's – es sollte trägerübergreifend gedacht und gearbeitet werden“.**
- Daraufhin betonten einige TN noch einmal die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind. Bspw. ist ein gemeinsames Auftreten sehr schwierig, da im Kitabereich viele beteiligt sind und damit eine große Konkurrenz besteht. Die Kommunen seien dazu verpflichtet eine Trägervielfalt zu gewährleisten. Wichtig wäre die Eltern mit einzubeziehen und sich ihren Einfluss zu nutzen. **Eine andere TN weist noch einmal darauf hin, dass der Kita-Ausbau seine Grenze erreicht hat und der Druck auf den**

Lasset die Kindern  
zu uns kommen

→ geht vorwärts Erzieher  
Spielraum kein Ersatz  
→ Ausbaupunkte erreicht  
→ Druck → Band

→ schlechter Mitarbeiterinnen zu  
Erzieherinnen?

→ Geld in Qualifikation → Kindertagesstätten  
→ Auswahl der Erzieherinnen  
→ Wie reagiert AWO bei Antritt  
Bedarf am Fachpersonal  
→ Quereinsteiger → Rolle der Eltern  
→ Interessenssucherinnen WV erhöhen  
→ D-standards durchsetzen mit  
gemeinsamen Druck der WV  
→ Vormarsch der Privaten?  
→ Sozialraum & Volkshilfe

Waimanns Erklärung

→ bei eigenen Bildungsanstalten Kita  
zu tun  
- Personal Qualifizierung Fachkräfte  
- " " Ganztagschule 2 Erklärungen  
- eigenständige Ki-Ja-politik  
Ganzheitlich Alles zu erklären → auf  
Ganzheitliche Beschreibungen  
→ zu viele Themen am einen Tag  
Fokus? z.B. "Chancenparität"  
Kindes-Jugendhilfe Ganztags gerade wichtig  
→ "Familie" als eigene Tagung?  
→ Kindes + Jugendliche im Fokus der  
Erklärung  
→ Formale übersichtlicher  
→ Zielgruppe klären  
→ Abstract



**Bund erhöht werden sollte, das Ausbauprogramm nochmal aufzulegen.**

- In einem Beitrag einer TN aus Hamburg wurde Gegenteiliges berichtet. In Hamburg bestehen keine der genannten Probleme und der Betrieb einer Kita wird auch finanziell als lohnenswert angesehen. Das beruht auf unterschiedlichen Finanzierungsmodellen.

**Diskussion zur Weimarer Erklärung/Sozialkonferenz**

- Ein TN äußerte sich außerordentlich kritisch zur Weimarer Erklärung. Dabei merkte er verschiedene Punkte an: es fehlen ein eigenes Bildungsverständnis Kita (Bildung ist nicht nur Schule!), das Thema Ganztagschule, bereits bestehende Positionen der AWO, eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik (diese vermischen sich mit Familienpolitik) und ein Hinweis zum sogenannten „Kooperationsver-

bot“ in der Bildungs- und Sozialpolitik. **Die Weimarer Erklärung hat nach seiner Meinung den Anspruch alles zu erklären, sollte sich aber besser auf Grundsätzliches beschränken und auf zentrale Aspekte konzentrieren. Er sah die Erklärung als gescheitert an. Sein Vorschlag: 2 Erklärungen schreiben.** Auch zu der Konferenz wurde sich kritisch geäußert. Zu viele Themen an einem Tag ließen nicht nur die Teilnehmer von „einer Veranstaltung zur nächsten hetzen“, sondern verhinderten zusätzlich eine Fokussierung auf ein zentrales Thema und zentrale Aussagen während der Veranstaltung.

- Den Aussagen schlossen sich weitere Diskutanten mit verschiedenen Ergänzungen an. **Die Konferenz, wie auch die Weimarer Erklärung wurden als überambitionierte Vorhaben gewertet. Für das Gesamtvorhaben hätte eine Fokussierung des Kinder- und Jugendhilfebereiches ausgereicht.** Zudem wird



das spezifische, was den Kinder- und Jugendhilfebereich betrifft, nicht deutlich.

Eine weitere TN forderte, dass „Familienpolitik nicht in einen Topf mit Kinder- und Jugendhilfe gesteckt werden sollte“. Familie wäre besser auf einer Extratagung zum Thema gemacht worden.

- Ein Teil der Gruppe war sich einig, **dass ein roter Faden in der Weimarer Erklärung fehlt, dass sie auch formal übersichtlicher gestaltet (z.B. Überschriften als Forderungen), dass die Zielgruppe stärker in den Blick genommen (an wen richtet sich die Weimarer Erklärung) und sich auf einen Bereich begrenzt werden sollte (oder aber das Angebot einer ausgiebigen, detaillierten Weimarer Erklärung neben mehreren Kurzfassungen für bestimmte Bereiche, z.B. Kita, Jugendhilfe, Familie ).**

Die AG wurde mit der Zusicherung abgeschlossen, dass die Diskussion in der AG in die Gesamtdokumentation der 3. Sozialkonferenz und Kritik, bzw. Anregungen in die Überarbeitung der Weimarer Erklärung mit aufgenommen werden. Die Gruppe bestimmte einen Repräsentanten der AG „Lasset die Kindlein zu uns kommen...“ – Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung zwischen Ausbaudynamik und Qualitätsgebot für die Abschlusspräsentation.

## AG 5: Chancengerechte Bildung in der Schule – (An)Forderungen an eine zukunftsorientierte Jugendhilfepolitik

Moderation: Dieter Eckert, Angelika Herzog

Die Arbeitsgruppe setzte sich aus Vertreter/innen aus Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendarbeit (Jugendwerk), zusammen.

Eingangs wurde auf die sich verschlechternden Eingangsvoraussetzungen mancher Schüler/innen hingewiesen, deren Kompensation durch die Schule erwartet wird. Hier wäre es für die Lehrer/innen hilfreich, wenn durch diagnostische Kompetenzfeststellungsverfahren die Stärken und Chancen des einzelnen Schülers/der einzelnen Schülerin transparent gemacht und zur Grundlage

individueller Förderung würden.

Die Realität zeichnet vielfach noch ein anderes Bild: Schule ist nicht darauf vorbereitet, dem einzelnen Schüler/der einzelnen Schülerin individuell gerecht zu werden. Damit verstärkt Schule die Chancenungleichheit. Dies zu überwinden erfordert eine umfassende Reform von Schule hin zu einer ganzheitlich ausgerichteten Bildungsinstitution. Schule muss sich verändern, muss in einen integrierten Unterricht investieren, muss eine qualitativ gute individuelle Förderung leisten und ihre kognitiv ausgerichteten Angebote durch non-formal und informell angebotene Bildungsinhalte erweitern. Hier bieten sich der Jugendhilfe und Jugendarbeit die Chance, ihre (sozial) pädagogischen Kompetenzen zielgerichtet in die Institution Schule einzubringen.

Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule erfordert ein neues Verständnis von Kooperation, ein neues Miteinander, welches von Respekt vor



dem professionellen Selbstverständnis der jeweils anderen Berufsgruppe gekennzeichnet ist.

Im Rahmen regionaler Bildungslandschaften und im Ausbau von Ganztagschulen bieten sich vielfältige Möglichkeiten, unterschiedliche Bildungskompetenzen in die Schule hereinholen, multiprofessionelle Teams zu koordinieren und zu steuern, um ganzheitliche Bildungsangebote zu realisieren. Dies ist ein Prozess, der vielfach noch am Anfang steht. Am Beispiel des AWO Jugendzentrums Jena wurde verdeutlicht, wie Jugendarbeit ihre Stärken aus dem außerunterrichtlichen Bildungsbereich in die Angebote einer Ganztagschule einbringen und zugleich einen Beitrag zum demokratischen Lernen in der Schule leisten kann.

Im Ergebnis der Beratungen in der Arbeitsgruppe wurden mit Blick auf die „Weimarer Erklärung“ folgende Themen angesprochen:

- In mehreren Beiträgen wurde die Wichtigkeit der Partizipation, der aktiven Einbindung der Interessen von Kindern, Jugendlichen, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in die Arbeit der Jugendhilfe in der Schule und in deren Umfeld (Sozialraum) hervorgehoben und zur Verwirklichung angemahnt. Jugendhilfe muss auf Rahmenbedingungen hinarbeiten, die neben den gesetzlichen Möglichkeiten (wie Jugendhilfeausschüsse, Schüler- und Lehrerkonferenzen) diese Partizipation ermöglichen, nämlich kinder- und jugendpolitische Beteiligungs- und Vertretungsstrukturen sicherzustellen (wie Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendräte, Kinder- und Jugendbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte oder lokale Bündnisse für Kinder und Jugendliche).
- Die vielfache Unterfinanzierung der Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe muss die AWO wachrütteln, auch den politischen Konflikt zu wagen. Die Gefahr der Zwei-Klassen-Pädagogik in der Schule muss angeprangert werden zum Wohle einer chancengerechten Bildung in der Schule.
- Die Ressourcenausstattung in der (Ganztags) Schule lässt vielfach zu wünschen übrig, erst recht dann, wenn die Kommunen keine nennenswerten Finanzmittel einbringen können. Hier sollte in der Weimarer Erklärung die Problematik der kommunalen Finanzierung für Bildungsangebote prägnanter herausgestellt und auf staatliche Ausgleichszahlungen zur Stärkung des kommunalen öffentlichen Sektors gedrängt werden.
- Die AWO hat immer wieder auf die schwierige Haushaltssituation der Kommunen und Landkreise aufmerksam machen. Die AWO ist gefordert, sich fiskalpolitisch kundig zu machen und eigene Vorschläge zu erarbeiten wie es gelingen kann, auch bei schwieriger Finanzlage eine chancengerechte Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.



## AG 6: Familien unterstützen – Eltern stärken

Moderation: Otto Meyer, Verena Wittke

Die Diskussion in der AG lässt sich grob unter drei Aspekte fassen: fachliche Anforderungen, Anforderung an die Rahmenbedingungen sowie (fach)politische Positionierung der AWO.

Im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Eltern wird eine Haltung eingefordert, die Eltern als Co-Produzenten und Partner versteht und weniger an den Defiziten als vielmehr an den Ressourcen von Familien ansetzt. Familien sollen durch Hilfe zur Selbsthilfe in ihrer Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden. Daher ist zu fragen, was – in Abgrenzung zu anderen Verbänden – Arbeit mit und für Familien in der AWO ausmacht. Eine Aufhebung der Versäulung unterschiedlicher Hilfe- und Bildungssysteme, die Schaffung und Nutzung von Synergien – auch systemübergreifend – wie auch eine stärkere Kooperation und Vernetzung z.B. von Schule und Jugendhilfe sind im Interesse von Kindern, Jugendlichen und Familien unabdingbar.

Qualitativ hochwertige Bildung und Erziehung, wie sie als Recht der Kinder auch im Grundgesetz verbrieft sein sollten, setzt entsprechende Rahmenbedingungen voraus. Zum einen müssen die in der Bildung und Erziehung beschäftigten Fachkräfte als solche verstanden, wertgeschätzt und entgolten werden, und zum anderen müssen dringend die Rahmenbedingungen verbessert werden – Kinder wie auch Fachkräfte haben das Recht auf einen Personalschlüssel, der ihnen hochwertige Erziehungs- und Bildungsarbeit erlaubt. Gute Konzepte der AWO und ihre

Kompetenzen müssen nach innen und außen sichtbar gemacht werden. Gleichzeitig ist für qualitativ hochwertige Arbeit eine angemessene Finanzierung notwendig. Offen bleibt dabei die Frage, ob und inwieweit die AWO als prominenter Träger der Wohlfahrtspflege und Sozialer Arbeit nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben muss, sich (ggfs. im Verbund mit anderen Trägern) der Übernahme einer Aufgabe zu verweigern, wenn erkennbar wird, dass gute Arbeit unter angemessenen Bedingungen nicht zu erbringen ist.

Die AWO wird aufgefordert, klar Stellung zu beziehen gegen Ausgrenzung und für Chancengerechtigkeit. Das bedeutet auch, dass die AWO sich nicht allein als Vertreterin von Trägerinteressen, sondern verstärkt auch als Vertreterin der Interessen der Kinder und Jugendlichen verstehen muss. Gleichzeitig muss sie sich fragen (lassen), inwieweit sie Kindheit und Jugendphase unter dem Aspekt ihrer „Verwertbarkeit“ betrachten will oder ob sie nicht vielmehr die Stärkung von Kindern, Jugendlichen und Familien und eine starke, partizipationsorientierte Kinder- und Jugendhilfe als ihren originären Auftrag und als Zukunftsinvestition („Jugendhilfe ist ‚sexy‘“) versteht. Konsequenz wäre das Eintreten für eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik, die ihre Aufgaben auch in Abgrenzung von einer nachhaltig wirksamen Familienpolitik definiert.



## AG 7: Integration in Ausbildung und Beschäftigung

Moderation: Antje Helbig, Klaus Wagner

Die Arbeitsgruppe diskutierte aktuelle Herausforderungen und Anforderungen im Übergangsgeschehen aus unterschiedlicher Perspektive.

Allgemein lässt sich auf der Fachebene feststellen, dass sich die Strukturen, vor dem Hintergrund der aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen (Einsparmaßnahmen, Instrumentenreform) verschlechtert haben. Weiterhin wird das Nebeneinander verschiedener Akteure und Förderprogramme der unterschiedlichen Ebenen als unübersichtlich erlebt, nach wie vor besteht der Bedarf an einer verbesserten Abstimmung zwischen den lokalen Akteuren vor Ort. So ließen sich auch Warteschleifen abbauen. Ein Problem ist auch, dass gegenüber Auftraggebern, wie der Bundesagentur mehr über Quantität (also TN-Zahlen) als Qualität der Eingliederung gesprochen würde.

Als interessante Anregungen für eine verbesserte Eingliederungspraxis am Übergang Schule-Beruf nannten die AG-Teilnehmer Praktika, eine frühzeitige Kooperation mit Schulen (hier seien die Unterschiede der Systeme Schule-Jugendhilfe zu bedenken), die Förderung der Sprachkompetenzen und die Elternarbeit genannt worden. Hier wurde insbesondere betont, dass für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Elternarbeit von besonderer Bedeutung ist, da in vielen Familien nach wie vor die Bedeutung von guter Bildung unterschätzt und Kenntnisse über das Bildungssystem in Deutschland kaum vorhanden sind. In den einschlägigen Projekten fehlt es aber häufig an den entsprechenden

Ressourcen für eine intensive Elternarbeit. Darüber hinaus wurde von guten Erfahrungen mit Lernpartnerschaften mit Betrieben und Schulen berichtet. Das Projekt einer Verbleibsforschung auf kommunaler Ebene, die den Verbleib der Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Schule dokumentiert brachte wertvolle Erkenntnisse.

Als besonderer Aspekt wurde in der Arbeitsgruppe die Perspektive der Jugendlichen selbst mit einbezogen. Es ist wichtig, Jugend nicht nur als Phase der Ausbildung zu begreifen sondern als eine Lebensphase, in der wichtige Entwicklungsaufgaben bewältigt werden müssen. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren die Anforderungen an die Jugendlichen gestiegen. Für viele Ausbildungen, die früher ein Haupt- oder Realschulabschluss notwendig war, ist heute ein Abitur Voraussetzung. Hauptschüler/-innen seien zusätzlich in einer erschwerten Situation, da hier die Berufsorientierung bereits mit 16 Jahren erfolgt, Abiturient/-innen haben hier 2-3 Jahre länger Zeit trotz häufig besserer Startbedingungen.

Für viele Jugendlichen in der Jugendberufshilfe fehlt es an (positiven) Vorbildern in den eigenen Familien. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist derzeit eine Rückwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen in die Herkunftsländer der Familien zu beobachten, was nach Beobachtung einiger AG-Teilnehmer die Jugendlichen frustriert.



AG 6



AG 7

## Plenum: Das Wichtigste aus den Arbeitsgruppen

Wolfgang Stadler,  
Vorstandsvorsitzender des AWO Bundesverbandes e. V.



Frage: Was war mir oder was war der Arbeitsgruppe wichtig, in Hinblick auf die Vormittags- und Nachmittagsvorträge hier im Plenum und auch in Bezug auf die Weimarer Erklärung?

### Gruppe 1: „Zukunft der Jugendverbandsarbeit“

Vielen Dank, wir haben gefühlt Stoff für mindestens ein Wochenende gesammelt, und versucht soviel wie möglich in der kurzen Zeit zu besprechen und uns dabei konkrete Fragen geeinigt. Ich will nicht ins Detail gehen, hier soll ja auch nur ein kurzer Überblick gegeben werden. Mir ist vor allem aufgefallen, wie wichtig es ist zu klären, welche wichtige Funktionen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit insbesondere auch in Ergänzung zur Schule und zu schulischer Bildung haben. Unserer Meinung nach ist Bildung tatsächlich mehr als Schule. Was genau ist der Auftrag für, also was vermitteln wir neben, vorhin als Employability bezeichnet, eigentlich, wenn es nicht um die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt geht? Da sind Schlagworte gefallen wie Genussfähigkeit, Lebenskunst, Selbstwirksamkeit, Emanzipation. Das sind die Dinge, die wir vermitteln wollen und das nicht nur in Bezug darauf, dass man dem Arbeitsmarkt möglichst früh und möglichst hoch qualifiziert zur Verfügung steht. Dafür, sind wir der Meinung, brauchen wir auch eine gute außerschulische Jugendbildung, die von Jugendarbeit, und Jugendverbandsarbeit geleistet werden muss. Wie können wir als Jugendarbeit insbesondere diejenigen Jugendlichen unterstützen, die in Armut aufwachsen. Ein zentraler Punkt für uns dabei war, durch Jugendarbeit, bzw. Jugendverbandsarbeit junge Menschen zumindest punktuell

aus ihren schwierigen Umständen herausholen zu können, und sie die Erfahrung von Selbstwirksamkeit [(Emanzipation)] machen zu lassen und damit das Gefühl vermitteln selbst etwas verändern zu können und nicht der Situation, hoffnungslos ausgeliefert zu sein.

### Gruppe 2: „Inklusion“

Was wir in der Arbeitsgruppe erarbeitet, und auch in den Vorträgen den ganzen Tag über gehört haben, bezieht sich letzten Endes auf einen zentralen Aspekt: die Entwicklung einer Leitidee, eines Leitkonzeptes „Inklusion“ für die Handlungspraxis, also das, was an der Basis letzten Endes passiert, was durchgeführt werden kann und wirksam werden muss. Man darf nicht nur auf einem relativ abstrakten Niveau Forderungen aufstellen, „wir wollen eine inklusive Gesellschaft!“, sondern parallel dazu auch in kleinen Schritten immer wieder überlegen, wie wir eigentlich zu dieser inklusiven Gesellschaft kommen können. Das war der Hauptdiskussionspunkt in unserer Arbeitsgruppe. Eines ist auch klar geworden: das geht nicht von heute auf morgen, sondern braucht Zeit. Dieser Kontext der Entschleunigung ist beim Themenfeld „Inklusion“ ganz relevant. Wir werden das nicht in drei Jahren schaffen, Frau Döcker war sehr optimistisch mit zehn Jahren, wenn wir da noch ein, zwei, drei Jahrzehnte draufpacken, glaube ich, haben wir unsere inklusive Gesellschaft realisiert.



### Gruppe 3: „We are family“

Wir haben uns ganz lang über den Familienbegriff unterhalten, haben festgestellt, der Familienbegriff der AWO ist schon ziemlich weitreichend. Das vielleicht nur so am Rande als Anmerkung und wir haben uns gedacht, dass das auch ein Herausstellungsmerkmal ist, was wir hinsichtlich der Kitas auch noch einmal betonen können. Unser Familienbegriff beinhaltet schon viel mehr als der Familienbegriff von zum Beispiel kirchlich geprägten Verbänden. Inhaltlich war uns folgender Aspekt wichtig auch in Bezug auf die Beschlüsse: die Rolle von Vätern. Was für eine Rolle spielen Väter im Zusammenhang mit der tatsächlichen Wahlfreiheit? Das haben wir heute auch schon einmal angerissen: Gibt es die Wahlfreiheit? Können sich Väter und Mütter tatsächlich für das entscheiden, was sie gerne leben würden? Fehlen vielleicht noch Strukturen? Wie können wir die Strukturen unterstützen? Welche Forderungen haben wir in Bezug auf Arbeitsmarkt

usw.? Es ist wichtig, dass wir das auch als Selbstverpflichtung nehmen und zwar nicht nur gefühlt, sondern auch tatsächlich gelebt. Wir haben schon viele Selbstverpflichtungen in der AWO und trotzdem können wir vor Ort feststellen, dass wir sie nicht wirklich immer leben.

### Gruppe 4: „Lasset die Kindlein zu uns kommen“

Bei uns ging es um frühkindliche Bildung. Ich möchte im Namen der AG-Teilnehmer/innen vorweg sagen, dass wir uns herzlich bedanken wollen, dass das Thema Kinder- und Jugendpolitik vom Bundesverband überhaupt zum Thema einer solchen Sozialkonferenz gemacht worden ist, weil es diesen Bereich unseres Verbandes eben auch stärkt. Die Gruppe hatte in der Diskussion zwei Teile: inhaltlich und strukturell. Es wurde hier noch einmal gesagt – was in der Diskussion und in den Vorträgen heute auch vielfach angerissen



worden ist: es muss darum gehen, die Qualität der Ausbildung von Erzieher/innen tatsächlich wenigstens zu erhalten, mit entsprechenden Zugangskriterien. Auch das von von der Leyen-Zitat mit den Kolleginnen kam noch einmal ins Spiel: wenn sich die Wirtschaft in Krisen befindet, dass man dann nicht den Sozialbereich als Auffangbecken nutzen sollte. Es wurde zu Standards noch einmal etwas gesagt. Zum einen: Welche Standards geben wir uns selbst, welche Standards sollten bundesweit, also durch die Länder einheitlich, festgelegt werden. Hierzu wurde der Personalschlüssel in Kindertagesstätten angesprochen. Ein ganz konkreter Auftrag wäre an die AWO wäre, in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege eine Anregung einzubringen, gemeinsam die Standards zu verteidigen und zwar auf allen Ebenen, dem Bund –, den Ländern- und Kommunen. Weniger die Konkurrenzsituation der Wohlfahrtsverbände sollte im Blick sein, sondern die Gemeinsamkeiten. Ein weiteres Thema war noch – auch mit Blick auf den Vortrag von Herrn Sell – wie Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen sind, ihre Aufgaben zu erledigen.

Im zweiten Teil ging es mehr um Strukturen. Es wurde schon gesagt, dass es sehr ambitioniert war, die Themen Kinder- und Jugendhilfe und Familienpolitik in einen Tag zu packen. Wir haben sicherlich alle einige Probleme gehabt, die Vorträge wirklich zu verarbeiten oder überhaupt aufzunehmen, weil wir doch teilweise in Zeitnot gekommen sind und einige der Vortragenden ihre Vorträge nicht in Gänze leisten konnten. Hier wäre vielleicht weniger mehr gewesen. Das trifft dann am Ende auch auf die Weimarer Erklärung zu. Hier wurde festgestellt, dass für einige Bereiche einige wichtige Ergänzungen erforderlich sind. Die Frage ist: Wer ist die Zielgruppe für diese Erklärung? Ein jetzt schon siebenseitiges Papier ist sicherlich schwierig zu vermitteln, insbesondere denen, an die wir die Forderungen stellen und es sollte vielleicht überlegt werden – das war ein Vorschlag –, die Weimarer Erklärung inhaltlich aufzuteilen und zwei oder drei Papiere für die entsprechenden Verantwortungsträger in Politik, Verwaltung oder andere zu erstellen.

#### Gruppe 5: „Chancengerechtes Aufwachsen in der Schule“

Ich würde gern auf ein paar Punkte eingehen, die mir auch persönlich sehr wichtig waren in der Diskussion. Wir haben uns vor allem auch über das Spannungsfeld Schule unterhalten, gerade im Hinblick auf Jugendhilfe und Ganztagschule: Wie müsste es denn aussehen, wenn Schule, Eltern, Lehrer und auch Schüler und Schülerinnen, die Jugendhilfe usw. zusammenarbeiten, um erfolgreich eine Ganztagschule zu gestalten? Da ist mir persönlich wichtig, und das nehme ich auch als Impuls nämlich wie sollte das Verhältnis zwischen Schule und Jugendverbandsarbeit aussehen? Da gibt es sehr viele Herausforderungen, vor denen wir als Jugendwerk stehen und alle anderen Jugendverbände. In der Diskussion kamen wir dann darauf, was uns auch in der Weimarer Erklärung gefehlt hat, und zwar die klare Forderung nach entsprechenden Rahmenbedingungen,: Wenn man Ganztagschule will, muss man adäquate ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Die Forderung wollen wir noch einmal unterstreichen. Abschließend kam die Idee auf, ein Konzept zu entwickeln für eine ganzheitliche Bildung in Schule, mit Jugendhilfe, Jugendverbandsarbeit und allem, was dazu gehört. Das fehlt aus unserer Sicht noch sowohl bei der AWO als auch beim Jugendwerk. Damit sollten wir uns unbedingt befassen.

#### Gruppe 6: Familien unterstützen – Eltern stärken

Bei uns spielte es eine ganz große Rolle, dass Familien nicht gesehen werden sollten als die, die wir zu beglücken haben, wo die Defizite liegen, sondern – das war ja auch in einem Vortrag heute Morgen gesagt worden –, wir sollten sie als Partner betrachten. Wir sollten Hilfe zur Selbsthilfe geben, zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit in den Familien und da spielt Partizipation eine herausragende Rolle. Wenn wir mit den Familien, mit den Eltern gemeinsam arbeiten, dann führt das auch zu einer besseren Akzeptanz und Wirksamkeit unserer Arbeit. Es ging in unseren Diskussionen darum, die Rahmenbedingungen zu verbessern, mit Personalschlüsseln und mit den Finanzen. Die Föderalismus-Hürden



müssen überwunden werden, d. h., dass das Kooperationsverbot, das uns die Verfassungsreform gebracht hat, rückgängig gemacht werden muss. Ein ganz wichtiger Punkt, um wirklich wirksam arbeiten zu können. Das Thema Kinder- und Jugendhilfe macht die AWO auch irgendwo sexy. Es macht schon Spaß, auch einmal über Probleme oder Dinge und Themen, die die Kinder- und Jugendhilfe und Familien betreffen, in der AWO zu diskutieren. Ich glaube, das führt auch dazu, dass sich das Image der AWO positiv verändert.

### Gruppe 7: „Integration in Ausbildung und Beschäftigung“

In unserer Gruppe ging es um den Übergang Schule–Beruf. Wir waren eine sehr heterogene Gruppe, was ich sehr bereichernd fand. Es wurde aus sehr unterschiedlichen Perspektiven diskutiert. Zum einen ging es um die Strukturen und die Bedingungen der Arbeit. In den letzten Jahren sind die Förderangebote im Übergang Schule–Beruf akut bedroht durch Einsparmaßnahmen, durch Instrumentenreform, durch Umstrukturierungen. Das regionale Übergangsmangement funktioniert häufig noch nicht richtig. Es ging auch um Anforderungen an die Strukturen vor Ort, z.B., dass im Rahmen von Ausschreibungsverfahren die Quantität der Vermittlungen im Vordergrund steht gegenüber der Qualität der Vermittlungen.. Dann haben wir noch über spezielle Angebote von Trägern gesprochen, z.B. die Bedeutung der Arbeit mit den Eltern insbesondere auch hinsichtlich von Missverständnissen über unser Bildungssystem von Eltern mit Migrationshintergrund Schließlich, was ich besonders spannend fand und was mir auch heute an der ganzen Konferenz gut gefallen hat ist, dass die Perspektive der Jugendlichen betont wurde. Dabei wurde die Gefahr benannt, dass die Jugendphase verkürzt wird als Berufsfindung und Ausbildung und die anderen wichtigen Entwicklungsaufgaben von Jugend aus dem Blick geraten ... In dem Zusammenhang fand ich die Beteiligung des Jugendwerks sehr wichtig und dass die Jugendlichen zu Wort kamen.

Ich möchte recht herzlichen Dank sagen, dass ihr alle so lange ausgehalten habt. Es sind noch fast 250 da, ein paar weniger, aber wir haben schon zu Beginn gesagt: Wir sind richtig stolz, dass es funktioniert hat, in eine Gegend zu kommen, die von der Anbindung her etwas schwieriger zu erreichen war. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir das richtige Thema gewählt haben und ich glaube auch die richtige Stadt. Von daher, Werner Griese noch einmal recht herzlichen Dank für Eure Einladung. Ich glaube, wir haben alle gespürt und auch in dem Geiste Maria Juchacz gearbeitet, die hier 100 Meter entfernt Ihre erste Rede gehalten hat: „Meine Herren, meine Damen ...“; den Rest kennt ihr alle, wäre richtig Stolz auf uns heute, dass wir nach 1921 wieder eine Fachkonferenz zur Kinder- und Jugendpolitik veranstaltet haben. Von daher allen recht herzlichen Dank.



## **Weimarer Erklärung**

# **„Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien“**

Beschluss des AWO Präsidiums vom 24.08.2012



Bundesverband e. V.

## I **Chancengerechtes Aufwachsen in gemeinsamer Verantwortung – (An-)Forderungen an eine Politik für Kinder, Jugendliche und Familien**

Die Arbeiterwohlfahrt fordert ein kinder- und familienfreundlicheres Deutschland. Auf der Sozialkonferenz zur Kinder- und Jugendhilfe am 21. Juni 2012 in Weimar beschäftigte sich die AWO intensiv mit der Frage, wie man die dafür notwendigen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen schaffen kann. Die vorliegende „Weimarer Erklärung“ dient daher einer grundsätzlichen Positionsbestimmung der AWO.

### I **Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen**

Die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in der Familie und im öffentlichen Leben haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert und mit wachsendem Tempo ausdifferenziert. Die Phase von Kindheit und Jugend wird stärker als früher von gesamtgesellschaftlichen, soziokulturellen, ökonomischen, aber auch demografischen Entwicklungen und Einflussfaktoren geprägt. Dabei geht es der Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in Deutschland heutzutage scheinbar so gut wie nie zuvor. Fortschritt und Bildung spalten die Gesellschaft jedoch verstärkt in Gewinner und Verlierer, genauso wie die moderne Arbeitsgesellschaft die Kluft zwischen Armen und Reichen vertieft.

Alarmierend sind im Hinblick auf die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen folgende beispielhafte Zahlen und Fakten:

- Immer mehr Kinder leben mit nur einem Elternteil zusammen. Damit einher geht sowohl für den jeweiligen Elternteil (ca. 90 Prozent Mütter) als auch für die Kinder ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko.
- Fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren wächst in sozialen, finanziellen und/oder kulturellen Risikolagen auf. In der aktuellen UNICEF-Studie „Kinderarmut messen – Neue Ranglisten der Kinderarmut in den reichen Ländern der Welt“ (Mai 2012) belegt Deutschland beim sogenannten Deprivationsindex, der die absolute Mangelsituation von Kindern abbildet, im Ranking von 29 europäischen Staaten lediglich Platz 14.
- Die Zahl der Sonderschüler/innen nimmt laut Bildungsbericht in fast allen Bundesländern zu. 15–20 Prozent der Jugendlichen befinden sich in einem Abwärtsstrudel, mit nur geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.
- Nur 13 von 100 Kindern der Eltern mit Hauptschulabschluss besuchen das Gymnasium.

Werden junge Menschen von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen und werden ihnen gleiche Chancen verwehrt, stellt das für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ein erhebliches Risiko dar.

Gleichzeitig hat die Geburtenrate in Deutschland ein historisches Tief erreicht. Liegt dabei der Tatsache, dass Frauen und Männer immer weniger Mut zu Kindern haben, sicher ein komplexes Bedingungsgefüge zugrunde, so ist sie doch auch Ausdruck der gesamtgesellschaftlichen Lage. Die zunehmende Individualisierung von Risiken beispielsweise durch eine unsichere Arbeitswelt und einen ständig wachsenden Druck „mithalten“ zu wollen oder zu müssen – sowohl für Eltern als auch für Kinder und Jugendliche – können nicht als förderliche Voraussetzungen und Bedingungen bezeichnet werden. Zudem stellt die wachsende (Erfordernis zur) Erwerbstätigkeit beider Elternteile hohe Anforderungen an die Vereinbarkeit des Berufsalltags mit der familialen Fürsorge, die Gestaltung von Generationenbeziehungen, die Erziehung und Bildung der Kinder, die Pflege von Angehörigen und das damit verbundene familiäre Zeitmanagement.





## I Das Leistungssystem

Die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien hängt maßgeblich von der jeweiligen Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und Sozialsystems ab. Die Bedingungen des Aufwachsens werden aber auch von den nationalen politischen Steuerungsentscheidungen sowie der finanziellen Prioritätensetzung entscheidend beeinflusst.

Die Steuerreformen der letzten 20 Jahre haben die Investitionskraft der öffentlichen Hand entscheidend geschwächt. Aufgrund der föderalen Finanz- und Bildungsverfassung sowie isolierter Strategien einzelner Politikbereiche und Ressorts können bestehende Systemmängel bestenfalls durch ebenso isolierte Einzelmaßnahmen kompensiert werden. Was wir dringend benötigen, um gerechte Teilhabechancen zu ermöglichen, sind aber langfristig wirkungsvolle Gesamtstrategien.

Zudem ist insbesondere das System der *familienrelevanten Leistungen* in Deutschland – vor allem im Bereich der monetären Leistungen – intransparent, ungerecht und zeigt zum Teil sogar widersprüchliche Effekte (z. B. Ehegattensplitting). Gleichstellungsaspekte werden oft vernachlässigt. Darüber hinaus werden die vielfältigen Familienformen bei der Gestaltung von Leistungen in der Regel nicht ausreichend mitgedacht und berücksichtigt. Betreuungsmöglichkeiten, die sich an den heterogenen Bedürfnissen und Bedarfen der Kinder und Familien orientieren, fehlen häufig.

Das deutsche **Bildungssystem** steht mit seiner hohen Selektivität national und international in der Kritik. Der belegte Zusammenhang von sozioökonomischer Armut und Bildungsarmut stellt ein massives Problem unserer Gesellschaft dar.

Die **Kinder- und Jugendhilfe** steht seit Jahren als zu teuer und ineffektiv in der Kritik. Real belief sich ihr Anteil allerdings auf lediglich 3,2 Prozent des gesamten Sozialbudgets im Jahr 2010. Maßgebliche Einflussfaktoren wie wachsende sozioökonomische Belastungen und ein daraus eventuell resultierender höherer Hilfebedarf, das Systemversagen anderer Leistungssysteme sowie die Untauglichkeit „Neuer Steuerungsmodelle“ bleiben in der Diskussion vielfach unberücksichtigt. Die Kinder- und Jugendhilfe ist angesichts eines Abbaus von Leistungen und Qualitätsstandards immer weniger in der Lage, ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht zu werden, nämlich an der Reduzierung von Benachteiligungen mitzuwirken. Trotz einer steigenden Anzahl von Fachkräften und höheren Kosten klafft eine immer größere Lücke zwischen gesetzlichem Auftrag und Umsetzungswirklichkeit.

## I Grundsätze

- Die Familie ist und bleibt als primäres Interaktionssystem der wichtigste Ort, um gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. Der Wandel von Familie muss politisch nachvollzogen werden. Die Förderung von Selbstbestimmung stellt dabei einen Grundsatz dar, dem familienrelevante politische und fiskalische Entscheidungen folgen müssen.
- Nur das Ineinandergreifen aufeinander abgestimmter Strategien und Maßnahmen aus Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Familien-, Gleichstellungs-, Gesundheits-, Sozial- und Jugendhilfepolitik kann langfristig dazu führen, die armutszementierenden und teilhabebegrenzenden Entwicklungen umzukehren.
- Die Phase von Kindheit und Jugend darf nicht allein auf die Erfordernisse einer (zukünftigen) Erwerbsgesellschaft ausgerichtet sein, sondern muss Freiräume beinhalten, die Kinder, Jugendliche und Familien selbstbestimmt und nicht am Effizienzdenken orientiert gestalten können.
- Kinderrechte sind Menschenrechte, die für alle Kinder Gültigkeit haben, egal welcher Herkunft sie sind oder welchen Aufenthaltsstatus sie oder ihre Eltern besitzen. Kinderrechte dürfen nicht als Rechte, die Erwachsene für Kinder beanspruchen wollen, missverstanden werden.
- Teilhabe und individuelle Verwirklichung lassen sich nicht ohne direkte Mitgestaltungsmöglichkeiten und Mitbestimmung denken. Aus diesem Grunde sind Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Lebensbereichen entsprechende Partizipationsgelegenheiten verbindlich einzuräumen.
- In einer Gesellschaft, in der Inklusion gelebt wird, darf es keine Gruppen mit Sonderstatus geben, die in die Mehrheitsgesellschaft integriert und „angepasst“ werden müssen. Vielmehr muss Heterogenität als Normalität anerkannt sein, denn jede/r ist auf ihre/ seine Art und Weise einzigartig und ein Teil der gesellschaftlichen Vielfalt.

**Das müssen wir erreichen!**



### **Die AWO fordert:**

Ein abgestimmtes Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept gegen Kinder- und Jugendarmut mit konkreten und nachprüfbaren Zielvereinbarungen. Föderale Hürden und starre Ressortprinzipien zwischen unterschiedlichen Leistungssystemen müssen überwunden werden, um den Aufbau und die Finanzierung aufeinander bezogener, integrativ konzipierter und miteinander vernetzter Angebote und Hilfen zu ermöglichen.

Durch strukturelle und finanz-/steuerpolitische Maßnahmen müssen insbesondere die Kommunen und Landkreise in die Lage versetzt werden, erforderliche Aufgaben und Leistungen wahrnehmen und finanzieren zu können. In Betracht zu ziehen sind z. B. kommunale Ausgleichszahlungen durch Bund und Länder, aber auch grundsätzliche Neuordnungen föderaler Zuständigkeiten.

### **Deutschland kinder- und familienfreundlicher gestalten**

Familienpolitik muss sich an den unterschiedlichen Formen und Lebenslagen von Familien orientieren sowie an deren größtmöglicher Selbstbestimmung. Familienpolitik ist eine ressortübergreifende Aufgabe, die auch Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligen muss. Die AWO fordert eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung gegenüber Familien und Kindern, die von Unterstützung und Wertschätzung geprägt ist, die Kinder als eigenständige Akteure anerkennt und deren wirtschaftliche Absicherung gewährleistet.

Die AWO setzt sich für ein bedarfsdeckendes System der Kindergrundsicherung für alle Kinder ein, die in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern versteuert wird und damit das heutige Nebeneinander verschiedener Leistungen (Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag etc.) ersetzt.

Eltern wollen und benötigen Zeit für Familie. Die AWO fordert eine familienbewusste Neuausrichtung arbeitszeitrechtlicher Grundlagen, die eine Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Frauen und Männer gleichermaßen möglich macht. Dazu gehören zeitpolitische Konzepte und Maßnahmen auf kommunaler Ebene, die helfen, die unterschiedlichen Zeitkonflikte abzubauen, denen Familien täglich ausgesetzt sind.

Um ihre anspruchsvollen Aufgaben umfassend und im Interesse der Kinder erfüllen zu können, brauchen Familien neben geeigneten familienpolitischen Strukturentscheidungen – unabhängig von ihrem Einkommen und Bildungsstand – Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote, die sie in der Bewältigung ihres Familien- und Erziehungsalltags stärken und unterstützen. Die AWO fordert die Schaffung eines flächendeckenden bedarfsgerechten, innovativen, kostenfreien und nachhaltigen Bildungsangebotes, das Familien in unterschiedlichen Lebensphasen und -lagen frühzeitig, dezentral und sozialraumorientiert erreicht.

(Werdende) Eltern benötigen niedrigschwellige Zugänge zu Unterstützungs- und Beratungsleistungen sowohl frühzeitig im Leben ihres Kindes als auch rechtzeitig in Belastungs- und Problemlagen. Diese sind in lokalen Netzwerken als Präventionsketten zu organisieren und vorzuhalten. Bestehende Strukturen müssen überprüft und den tatsächlichen Erfordernissen vor Ort angepasst werden. Ein anzustrebender Rechtsanspruch auf Eltern- und Familienbildung soll gewährleisten, dass alle Familien Angebote der Familienbildung und -förderung in Anspruch nehmen können.

### **Kinderrechte sind der Maßstab**

Die Kinderrechte sind in Deutschland bisher nicht im Grundgesetz verankert und werden daher bei wichtigen Entscheidungen von Politik, Justiz und Behörden nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt. Das Wohl des Kindes muss jedoch bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, Vorrang haben: im Bundestag, im Gerichtssaal, in den Städten, in Kindertageseinrichtungen und in Schulen. Hierzu bedarf es als wichtiger Voraussetzung einer Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz und in die Landesverfassungen sowie der konkret-operativen Umsetzung dieses Leitprinzips. Dabei haben die Beteiligung des/r Betroffenen sowie altersgerechte Beschwerdemöglichkeiten eine herausragende Bedeutung.

### **Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern**

Eine bedarfsgerechte Gesundheitsförderung muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden, der das Prinzip der systematischen Zusammenarbeit und Vernetzung von Gesundheitswesen sowie Kinder- und Jugendhilfe zugrunde liegt. Dies gilt insbesondere auch für die Netzwerke Früher Hilfen und den Kinderschutz. Hier sind dringend sozialgesetzliche Anpassungen in Angriff zu nehmen, die integrative Hilfe- und Versorgungsleistungen frühzeitig ermöglichen.





### **Gleichstellung gewährleisten**

Die AWO fordert eine Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männern gleiche Teilhabechancen im Erwerbsleben einräumt und eine gleichberechtigte Verantwortung für familiäre Sorgearbeit fördert. Das bedeutet einerseits bestehende rechtliche Vorgaben, die eine traditionelle Rollenaufteilung in Bezug auf das Erwerbsleben begünstigen, konsequent abzubauen, und andererseits gezielt Maßnahmen zu fördern, die eine partnerschaftliche Verteilung und Verantwortung für die Familien- und Sorgearbeit beider Geschlechter stärken. Zu einer in sich schlüssigen Gleichstellungspolitik gehört auch die Verwirklichung eines gleichen Lohnes für gleiche Arbeit und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

### **Frühe Förderung ist entscheidend**

Angebote zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung sind quantitativ und qualitativ weiter auszubauen. Der Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege ab August 2013 muss umgesetzt werden. Entscheidend ist dabei, dass auch die Qualität der Angebote bundesweit kontinuierlich weiterentwickelt wird. Die AWO fordert zudem eine regelmäßige, differenzierte, regionale Erhebung des quantitativen und qualitativen Förderungsbedarfs der Familien und Kinder und eine darauf aufbauende Jugendhilfeplanung sowie eine konsequente Realisierung der Hinweispflicht auf das Wunsch- und Wahlrecht und dessen Umsetzung.

Förderungsangebote in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören auch Leistungen wie z. B. eine kostenlose Verpflegung.

### **Gerechte (Aus)Bildungschancen**

Für gerechte (Aus-)Bildungschancen müssen das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich revidiert, eine verlässliche, bedarfs- und qualitätsgerechte Finanzierung der Ganztagsschulangebote gesichert und bundeseinheitliche Standards hinsichtlich der Bildungsziele und -inhalte geschaffen werden.

Schüler/innen sollen bis zum Ende der Sekundarstufe I (10. Klasse) in integrierten Ganztagschulen miteinander lernen.

Die Schule soll zum Lern- und Lebensort von Kindern und Jugendlichen weiterentwickelt werden. Das beinhaltet kostenfreie Lernmittel für alle Kinder sowie bei Bedarf die kostenlose und umfassende Bereitstellung von Nachhilfe- und Förderunterricht.

Insbesondere erfordert es eine interdisziplinäre und interkulturell offene Ausrichtung mit verschiedenen, multikulturell geprägten Professionen und ein kooperatives, gleichberechtigtes Miteinander von Schule, Schulträger, Kommune, Jugendhilfe und außerunterrichtlichen Bildungsträgern. Die Zusammenarbeit aller Akteure ist in entsprechenden Landesregelungen zu verankern.

Der Übergang von der Schule in den Beruf muss durch ein kohärentes Förderkonzept auf lokaler bzw. regionaler Ebene, mittels systematischer Steuerung der Zusammenarbeit aller Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und effizientem Einsatz aller Ressourcen neu gestaltet werden.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, strukturelle Reformen im Bildungssystem und in der Arbeitsmarktpolitik umzusetzen. Dabei soll jeder junge Mensch das allgemeinbildende Schulsystem mit einem Abschluss verlassen. Zudem soll allen Jugendlichen ein anerkannter Berufsabschluss ermöglicht werden, wenn erforderlich auch außerbetrieblich bzw. durch den Ausbau schulischer Berufsausbildung.



## **Inklusion leben**

Die gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen müssen so entwickelt werden, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe und barrierefreie Zugänge in allen gesellschaftlichen Subsystemen möglich ist bzw. sind. Dies gilt insbesondere für die Phase des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen, da hier die entscheidenden Weichen für zukünftige Teilhabechancen gestellt werden. Inklusiv Kinder- und Jugendhilfe bedeutet, dass jedes Kind – unabhängig von Herkunft und Lebenswelt, ob mit oder ohne Handicap – seine individuelle Ansprache und Förderung erfährt. Durch die UN-Behindertenrechtskonvention wird die Dynamik um das Thema Inklusion beschleunigt. Die AWO fordert konkretere Ansätze und Maßnahmen, die der Prämisse Inklusion entsprechen und appelliert an Politik, Verwaltung, Träger und soziale Dienste, sich der Herausforderung zu stellen, das Leitprinzip Inklusion losgelöst von der Verknüpfung zum Behinderungsphänomen zu realisieren. Die Zusammenführung der Leistungsansprüche und Hilfen für alle Kinder – unabhängig von ihren individuellen und besonderen Bedarfen – sollte unmittelbar in einem gemeinsamen Leistungsgesetz im Sinne der sogenannten "Großen Lösung" (Integration der Eingliederungshilfe in das SGB VIII) umgesetzt werden.

## **Fachlichkeit Sozialer Arbeit sichern – Strukturen erhalten**

Das Fachkräftegebot muss sichergestellt, tarifgebundene Löhne gezahlt, unbefristete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse realisiert und prekäre Arbeitsverhältnisse verhindert werden. Insbesondere sind die tarif-, arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen und Bedingungen der Freien Träger bei der Verhandlung über Leistungsverträge und Leistungsentgelte zu berücksichtigen. Die AWO setzt sich deshalb für einen allgemeinverbindlichen Entgelttarifvertrag „Soziales“ ein.

Der Rechtsanspruch auf individuelle Hilfen und Leistungen nach dem SGB VIII muss erhalten, konsequent umgesetzt und insbesondere auf den Bereich einer frühzeitig möglichen Inanspruchnahme von Unterstützungsmaßnahmen ausgeweitet werden.

Eine ausreichende und qualifizierte Personalausstattung der Jugendämter hat im Hinblick auf den Mitteleinsatz oberste Priorität. Sie müssen vorrangig in die Lage versetzt werden, ihren strukturellen und einzelfallbezogenen Steuerungs-, Beratungs- und Interventionsaufgaben gerecht zu werden.

Die Jugendhilfeplanung muss kleinräumig durchgeführt werden und alle relevanten Akteure einbeziehen. Mit dem Gesetz zur Kooperation und Kommunikation im Kinderschutz sind neue Erfordernisse zur Bildung von Netzwerkstrukturen entstanden, die im Rahmen der Angebotsplanung und -steuerung genutzt werden müssen.

Beschwerde- und Ombudsstellen für Kinder und Jugendliche sind im Rahmen der örtlichen Jugendhilfestrukturen mit einzuplanen und altersentsprechend zur Verfügung zu stellen.

Wachsende Organisations- und Vernetzungserfordernisse benötigen fachlich qualifizierte und eindeutige Zuständigkeiten. Die strukturelle Verfasstheit der Jugendhilfe ist zu erhalten. Jugendämter auf kommunaler und Länderebene sind als eigenständige Organisationseinheiten zu stärken und nicht abzubauen.

### **Strategien gegen Gewalt ausbauen – Kinder effektiv schützen**

Der effektivste Kinderschutz sind „starke Familien“ und kompetente Eltern, nicht jedoch von mehr Misstrauen und rigideren Kontrollen geprägte Strategien. Dafür sind Investitionen in kommunale Präventionsprogramme sowie der Ausbau von Beratungsangeboten und Fachberatungsstellen erforderlich.

Zur Sicherstellung eines gewaltfreien Aufwachsens von Kindern, insbesondere im Bereich des Schutzes vor sexualisierter und häuslicher Gewalt, gehören aber auch Rechtsansprüche für Frauen und ihre Kinder auf Schutz und Zuflucht sowie auf die erforderlichen Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Ein entsprechendes Unterstützungssystem für von Gewalt betroffene Frauen ist durch Bund, Länder und Kommunen verlässlich vorzuhalten.



## **Jugendpolitik umsetzen – Jugend(verbands)arbeit stärken**

Die AWO fordert Jugendpolitik als ein eigenständiges Politikfeld zu etablieren, das die Jugendphase als Ganzes in den Blick nimmt und politikfeldübergreifend sowie abgestimmt zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein chancengerechtes Aufwachsen ermöglicht.

Die im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorgesehene Förderung der Angebote der Jugendarbeit und der Strukturen von Jugendverbandsarbeit sind unabdingbare Voraussetzungen für die Umsetzung einer nachhaltigen Partizipationspolitik. Politik, Verwaltung sowie Träger der Jugendhilfe stehen in der Verantwortung, Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen auf allen politischen Ebenen zu erschließen, zu stärken und jugendgerecht auszugestalten. Die Jugend(verbands)arbeit muss durch eine entsprechende finanzielle Absicherung dauerhaft in die Lage versetzt werden, ihren eigenständigen Auftrag zu erfüllen.



## I Das Fazit

Die mehr als 2,5 Millionen von Armut betroffenen Kinder in Deutschland sind ein erdrückender Beweis dafür, dass die politischen Institutionen hier bisher versagt haben. Verfehlte Prioritäten und falsche politische Entscheidungen lassen die Zahl der Kinder und Jugendlichen, deren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind, immer weiter steigen.

Diese Entwicklung muss umgehend gestoppt werden. Das gelingt in erster Linie, indem die Investitionen in Kinder, Jugendliche und Familien endlich tatsächlich als Investitionen in die Zukunft des Landes anerkannt und damit deutlich erhöht werden. Nur ein intakter, handlungsfähiger und ausgleichender Sozialstaat ist in der Lage, soziale Ungerechtigkeiten abzumildern und faire Teilhabechancen für alle Menschen zu ermöglichen.

Berlin, August 2012



Bundesverband e. V.

AWO Bundesverband e.V.  
Heinrich-Albertz-Haus  
Blücherstraße 62/63  
10961 Berlin

Telefon: +49(0)30 -26309-0  
Telefax: +49(0)30 -26309-32599  
E-Mail: [info@awo.org](mailto:info@awo.org)  
Internet: [www.awo.org](http://www.awo.org)

Verantwortlich: Wolfgang Stadler, Vorsitzender des Vorstandes

© AWO Bundesverband e.V.  
September 2012

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers.  
Alle Rechte vorbehalten.



Bundesverband e. V.

